



Plenum

67. Sitzung

München, Dienstag, 15. Dezember 2020, 13:00 bis 18:09 Uhr

Plenarsitzung in hälftiger Besetzung.....	8748
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Thorsten Schwab	8748
Abweichung von der Geschäftsordnung (§ 193 BayLTGeschO).....	8748

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten **zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder.....	8748
Katharina Schulze (GRÜNE).....	8762
Thomas Kreuzer (CSU).....	8768 8774 8775 8775 8776
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	8773
Markus Plenk (fraktionslos).....	8774 8774 8795
Maximilian Deisenhofer (GRÜNE).....	8775
Julika Sandt (FDP).....	8776
Katrin Ebner-Steiner (AfD).....	8776
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	8779 8783 8784 8785
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	8783
Toni Schuberl (GRÜNE).....	8784
Franz Bergmüller (AfD).....	8785
Horst Arnold (SPD).....	8785 8798
Alexander Muthmann (FDP).....	8790 8793
Sandro Kirchner (CSU).....	8793
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	8793 8795 8795 8799
Tobias Reiß (CSU).....	8796 8798 8799 8800
Christian Kligen (AfD).....	8799
Uli Henkel (AfD).....	8800

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern - ein harter Lockdown ist unvermeidbar (Drs. 18/12042)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam die Pandemie bekämpfen (Drs. 18/12043)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Christian Klingen, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

Die Alternative zu Söders Lockdown: Risikogruppen schützen, den anderen das Leben ermöglichen. (Drs. 18/12044)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Weitere Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Gesundheit schützen, soziale und wirtschaftliche Belastungen abfedern, Perspektiven schaffen! (Drs. 18/12045)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Lockdown-Notbremse nutzen, um effektive Virusbekämpfung vorzubereiten (Drs. 18/12046)

Helmut Radlmeier (CSU).....	8803 8805 8806 8806
Markus Plenk (fraktionslos).....	8805
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	8806
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	8807
Andreas Winhart (AfD).....	8810 8812
Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU).....	8812
Volkmar Halbleib (SPD).....	8812 8815 8815 8815 8816 8832
Christian Klingen (AfD).....	8815 8827 8828 8829
Matthias Fischbach (FDP).....	8816 8819
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	8819
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	8820 8823 8824 8825
Julika Sandt (FDP).....	8823
Toni Schuberl (GRÜNE).....	8824
Ferdinand Mang (AfD).....	8825
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	8825 8827
Albert Duin (FDP).....	8828
Andreas Krahl (GRÜNE).....	8829
Bernhard Seidenath (CSU).....	8829 8831 8832
Beschluss zum CSU/FW-Dringlichkeitsantrag 18/12042.....	8832
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 18/12043.....	8832
Beschluss zum AfD-Dringlichkeitsantrag 18/12044.....	8832

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 18/12045.....	8832
Beschluss zum FDP-Dringlichkeitsantrag 18/12046.....	8833
Schluss der Sitzung.....	8833

(Beginn: 13:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast war zu erwarten, dass wir uns in der vergangenen Woche nicht zum letzten Mal sehen würden und die Schlussworte nicht die eigentlichen Schlussworte sind. Sie gelten trotzdem genauso fort. Das Coronavirus hält sich eben nicht an unseren Sitzungsplan.

Deswegen eröffne ich die Sondersitzung, die 67. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Auch heute darf ich Sie wieder darauf hinweisen, dass der BR live überträgt, sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen. Diese Sitzung findet wieder in halber Besetzung statt.

Der Ministerpräsident wird gleich wieder eine Regierungserklärung halten. Wir folgen dem Verfahren, wie wir es bereits verabredet haben und wie wir es zuletzt erfolgreich praktiziert haben. Im Anschluss an die Regierungserklärung wird es wieder die Dringlichkeitsanträge mit Abstimmung geben. Ich gehe davon aus, dass damit alle Fraktionen einverstanden sind.

Ich will auch noch einen Glückwunsch aussprechen. Am 12. Dezember hatte Herr Kollege Thorsten Schwab einen halbrunden Geburtstag. Ihm wünsche ich im Namen des Hohen Hauses alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen noch formal darüber abstimmen, dass in Abweichung von der Geschäftsordnung im Einzelfall nach § 193 unserer Geschäftsordnung die Dringlichkeitsanträge mit einer Gesamtrededzeit von 68,5 Minuten einen eigenen Tagesordnungspunkt darstellen. Besteht damit Einverständnis bzw. gibt es Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten zur aktuellen Lage hinsichtlich der Corona-Pandemie

Ich darf Dr. Markus Söder um sein Wort bitten.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger! Erneut trete ich vor den Landtag. Erneut hat sich die Lage nicht verbessert, sondern verschlechtert. Corona gerät außer Kontrolle. Die Lage wird von Tag zu Tag dramatischer, überall in Deutschland. Bayern ist besonders betroffen. Wir liegen auf Platz 3 bei den Inzidenzzahlen. Heute gibt es 700 Fälle von Infizierten mehr als vor einer Woche. Besonders erschreckend ist die Zahl der Todesfälle mit 126. Damit ist für den heutigen Tag die höchste Zahl der Todesfälle, die wir bislang je hatten, gemeldet worden.

Wir hatten alle in Deutschland die Hoffnung, dass die Zahlen langsam wieder abnehmen, von Nord nach Süd wandernd. Jetzt ist es genau umgekehrt: Von Süd nach Nord geht es sprunghaft nach oben. Ausnahmen gibt es nicht mehr. Nahezu alle Bundesländer befinden sich in einem stetig hohen, steigenden Wachstum. Die Folgen, meine Damen und Herren, sind absolut dramatisch. Dies ist kein Alarmismus. Dies ist keine Panikmache. Ich will die Situation aber auf keinen Fall schönreden oder verharmlosen, wie es so viele nach wie vor tun. Wir haben den Katastrophenfall nicht nur ausgerufen, weil es viele praktische Gründe hat, sondern ich sage in aller Deutlichkeit: Corona ist die Katastrophe unserer Zeit, und wir müssen endlich aufwachen. Wir müssen Corona ernst nehmen. Nur so können wir das Virus bekämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Deswegen auch meine Bitte: Augen auf! Lassen Sie uns nicht jeden Tag diese Klein-Klein-Debatten führen. Statt über das Kleine zu diskutieren, darüber, was hier und da noch besser und gerechter wäre, bitte ich darum, das Große und Ganze und somit die Kernherausforderung zu sehen. Die Situation ist jetzt einfach schlimmer als im Frühjahr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben so viele Erkrankte wie noch nie in Deutschland und in Bayern. Alle 17 Minuten stirbt in Bayern ein Mensch, alle 3 Minuten in Deutschland.

(Zuruf)

Laut Bundesgesundheitsminister Jens Spahn wird COVID-19 wahrscheinlich die dritthäufigste Todesursache in Deutschland werden. Im Dezember gab es bis heute bereits mehr Todesfälle als im November. Im November waren es schon siebenmal so viele wie im Oktober. Natürlich gibt es – anders als von so vielen behauptet – die sogenannte Übersterblichkeit. Laut dem Bundesamt für Statistik gab es allein bei der ersten Corona-Welle in Bayern und Baden-Württemberg fast 30 % mehr Todesfälle. Bei der zweiten Welle wird es noch mehr geben.

Deswegen sage ich all denjenigen, die glauben, dies ständig leugnen oder kleinreden zu müssen, oder die behaupten, Corona gäbe es gar nicht: Wenn wir nicht alle gemeinsam lernen, das Virus entschlossen zu bekämpfen, werden wir den größten Schaden nehmen. Deshalb lautet mein Appell an alle demokratischen Kräfte hier im Haus und darüber hinaus: Lassen Sie uns jetzt mitmachen! Wir müssen die Notbremse ziehen. Wenn wir jetzt nicht konsequent herunterfahren, sind die Schäden enorm groß. Das wollen und werden wir nicht verantworten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Die Zahl der Todesfälle steigt. Die Krankenhäuser sind kurz vor der Überlastung. Ich nenne nur einige Beispiele: Das Klinikum Nürnberg meldet in seiner Pressemitteilung die Ausrufung des Pandemiefalls. Die Lage sei – Zitat: "sehr, sehr ernst". Man könne keine weiteren Patienten aufnehmen. Das Universitätsklinikum Augsburg meldet einen Aufnahmestopp für elektive Patienten. Die Situation sei dort extrem angespannt. Zitat: "Wir haben deutlich mehr junge Patienten im Vergleich zur ersten Welle, die heute um ihr Leben kämpfen." Der Klinikchef von Starnberg sagt: "Wir sind hart an der Kante [...]. Was früher ein Peak war, ist inzwischen Dauerzustand für uns."

(Zuruf)

In der "FAZ" vom letzten Sonntag sagt Prof. Bernhard Zwißler vom Klinikum der LMU in Großhadern, die Lage sei sehr angespannt. Man habe hier in München praktisch nie ein frei verfügbares Bett.

Zu diesen Zitaten kann man noch einige Ergänzungen geben. So sah der Stand gestern bei der Frage der Betten mit invasiver Beatmung aus – obwohl wir diese in den letzten Monaten massiv ausgebaut haben: In Landshut gibt es kein freies Bett mehr. Im Landkreis Regen gibt es noch zwei freie Betten.

(Zuruf)

In der Stadt Hof ist noch ein Bett frei. Meine Damen und Herren, das zeigt relativ eindeutig, wie die Situation aussieht. Darum kann ich nur sagen: Allein aus Respekt vor den Pflegerinnen und Pflegern sowie den Ärztinnen und Ärzten und aus Respekt vor den Patienten müssen wir alle bei der Art und Weise, wie wir über

diese Herausforderung sprechen, bedenken: Wer Corona immer noch, meine Damen und Herren, in parteipolitischem Klein-Klein behandelt, der macht sich mitverantwortlich dafür, dass wir die Situation nicht entschärfen und verbessern können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bin sehr dankbar – für viele in ganz Deutschland, weit über die Parteigrenzen hinweg –, dass wir jetzt nicht mehr nur über Ausnahmen reden, sondern über wirkungsvolle Maßnahmen, dass wir keine halben Sachen mehr machen wollen, sondern ganz oder gar nicht und für alle gleich. Ein Problem der letzten Monate war, dass wir uns alle zusammen in Deutschland im Dickicht der Ausnahmen endlos verheddert haben, sodass die Verständlichkeit und Einheitlichkeit der Regeln für den einen oder anderen zu hinterfragen war.

Wir haben einen Lockdown light durchgeführt. Dieser war kein Flop, sondern hatte eine Wirkung, aber nicht die Wirkung, die wir uns alle erhofft haben. Warum? – Die Leopoldina beschreibt relativ genau die Unterschiede zum Frühjahr. Im Frühjahr haben wir mit dem ersten Lockdown 63 % der Kontakte reduziert. Mit dem Lockdown light waren es jetzt 43 %. Wir haben die Mobilität im Frühjahr um 40 % nach unten gebracht, jetzt um 11 %. Damit ist relativ klar beschrieben, was wir tun müssen. Wir müssen nachlegen. Kontakte müssen runter, Infektionszahlen müssen runter. Nur so werden wir die Lage wieder besser in den Griff bekommen. Dafür, dass das möglich ist, gibt es genügend Beispiele im eigenen Land und darüber hinaus.

Wir hatten übrigens lange Zeit, von Mai bis Oktober, das ganze Geschehen unter Kontrolle. Deswegen ist es wichtig, dass wir unsere Strategie weiter fortsetzen und sie deutlich verstärken – übrigens wie überall auf der Welt. Gestern hat ein sehr liberales Land wie Holland etwas Ähnliches beschlossen.

Ist das alles alternativlos? – Nein, natürlich nicht. Es gibt verschiedene Alternativen, aber keine, die besser wirkt. Machen es manche besser? – Vielleicht. Länder wie China haben größere Erfolge, weil sie autoritäre Staaten sind. Es gibt auch bestimmte Länder, die den Vorteil haben, dass sie keine Grenzen und sehr strenge Einreisebestimmungen haben, beispielsweise Australien. Ansonsten gibt es überall in der Welt das gleiche Bild. Das ist kein lokales Phänomen und kein nationales Problem. Das ist die internationale Herausforderung unserer Zeit. Überall rollt die zweite Welle durch das Land und durch die Welt. Überall!

Wie wir aus der Geschichte von Pandemien wissen, ist die zweite Welle viel gefährlicher. Warum? – Weil in der zweiten Welle ein Großteil der Menschen nicht mehr ganz so an die Gefahr glaubt und sie etwas unterschätzt. Deswegen gibt es an der einen oder anderen Stelle einen Schlendrian. Daher ist das, was wir sagen und was wir tun, nicht etwa übertrieben, sondern es ist umso wichtiger, noch einmal deutlich zu warnen und darauf hinzuweisen, dass wir am Ende die Folgen zu spüren bekommen werden, wenn wir nicht alle zusammenhalten und geschlossen handeln. Ich sage es so deutlich: Es macht alles keinen Spaß, aber ich bin davon überzeugt, und wir sind davon überzeugt, dass es der richtige Weg ist. Wir müssen sagen: Hier stehen wir, und wir können nicht anders. Unsere Aufgabe ist es, Bayern zu schützen, und diesem Auftrag kommen wir nach.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir haben übrigens letzte Woche schon begonnen. Ich glaube, das war ein wichtiges Signal für Bayern, aber auch darüber hinaus. Wir haben Ausgangsbeschränkungen und Ausgangssperren verfügt. Um fast 40 % wurde der Schulunterricht schon deutlich reduziert. Am letzten Sonntag haben wir nach nur einer Stunde

einen rekordverdächtig schnellen Beschluss gefasst. Er war gut vorbereitet und ist von einem einheitlichen Gedanken und einer ganz einheitlichen Philosophie in Deutschland getragen. Das Motto heißt: Kontakte runter und daheimbleiben! Wirklich daheimbleiben!

Meine Damen und Herren, Deutschland war im Frühjahr so gut, und wir waren auch ein bisschen stolz darauf, dass Deutschland es so gut geschafft hat. Würden wir jetzt nicht reagieren, würde die große Gefahr bestehen, dass wir vielleicht sogar nach hinten rutschen und Schlusslicht in Europa werden. Deswegen ist es unser Vorschlag, ab morgen einen kompletten Lockdown zu machen. Ist das jetzt zu hart? Ist das jetzt zu viel? – Ich kann Ihnen nur eines sagen: Nach meiner Einschätzung ist es fünf vor zwölf. Wo auch immer, zeigt sich doch eine Erfahrung der letzten Monate: Immer wenn man zum Zeitpunkt des Beschlusses einer Maßnahme glaubt, sie sei zu hart oder zu schwierig, dann ist diese These meistens durch die Entwicklung der folgenden Tage widerlegt. Manchmal muss man sich sogar fragen, ob man noch entschiedener handeln hätte müssen.

Deswegen ist es besser, jetzt konsequenter und ohne Ausnahmen klare Regeln für alle zu schaffen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Das, was für alle gilt, ist auch gerecht. Oberstes Ziel ist es, das Virus gerade über die Ferienzeit vernünftig, besonnen, aber entschlossen und konsequent zu bekämpfen.

Wie lange werden die Maßnahmen dauern? – Solange es notwendig ist. Wir werden im frühen Januar darüber reden, wie es weitergeht. Wir werden die Entwicklung bewerten und bilanzieren. Ich will aber nicht wieder einen festen Endzeitpunkt nennen. Ich will auch keine falschen Hoffnungen machen. Wir versuchen alles gemeinschaftlich im Land, nicht nur Regierung und Parlament, sondern wir alle. Wir versuchen alles, um dieses Virus zu bekämpfen und einzudämmen. Ob es uns gelingt, hängt davon ab, ob alle mitmachen und ob wir auch erfolgreich sind.

Manche fragen jetzt, warum die Zahlen in Bayern immer noch so hoch sind, obwohl wir doch konsequent und streng sind. Ist es vielleicht ein Fehler, es so zu tun? Frau Prof. Protzer hat es erst jüngst im Bayerischen Fernsehen gesagt: Einer der Gründe ist, dass wir von Anfang an und die ganze Infektionszeit hindurch die höchsten Zahlen hatten. Der Sockel war schon immer unabhängig von der täglichen Infektionsrate hoch.

Ein weiterer Grund ist, dass wir die längste Grenze haben. Frau Priesemann vom Max-Planck-Institut, eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten, die ich in den letzten Tagen in den Medien erlebt habe, weist eindeutig darauf hin, dass Grenzen und Grenzverläufe natürlich Einfluss auf den Eintrag des Virus haben. Wir haben mit über 1.000 Kilometern die längste Außengrenze. Laut Bundesagentur für Arbeit – auch die Zahl ist neu – haben wir auch die höchste Zahl der Grenzpendler in Deutschland. Wir haben 46.000, Baden-Württemberg hat 26.000 und Nordrhein-Westfalen nur 21.000. Ohne einen Vorwurf zu machen, stelle ich fest, dass die Zahl der Grenzpendler einer – nicht der einzige – der Gründe dafür ist, dass es bei uns etwas anders ist. Also haben wir ab morgen einen Lockdown.

Hätte man schon früher damit anfangen können, vielleicht sogar schon gestern? – Ich hätte damit kein Problem gehabt. Mir war es aber wichtig, den Landtag einzubinden. Vielleicht ist es auch für viele Eltern, für die es ohnehin nicht einfach ist, gut, bis morgen noch Zeit zu haben, um eine Betreuung zu organisieren. Also der Lockdown ab Mittwoch!

Was ist der Lockdown? – Das meiste kennen Sie schon. Ich will es nur skizzieren. Wir fahren die Kontakte in den Innenstädten deutlich herunter. Das ist für den betroffenen Einzelhandel schwierig. Keine Frage! Aber wir tun es, um auch da eine Entzerrung zu schaffen. Deswegen sind nahezu alle oder zumindest viele Geschäft-

te geschlossen. Ausnahmen gelten für den Lebensmittelhandel und für den Handel mit alltäglichen Bedarfsgegenständen. Der Alkoholkonsum wird auf allen öffentlichen Plätzen verboten. Einen Ausgleich gibt es für den Handel in Form der Überbrückungshilfe III. Dafür werden möglicherweise wieder 11 Milliarden Euro ausgegeben, und das mit besseren Konditionen als die bisherigen Überbrückungshilfen. Bis zu 500.000 Euro gibt es im Einzelfall. Nach Fixkosten werden diese Hilfen entsprechend berechnet und ergänzt. Herr Wirtschaftsminister und Herr Finanzminister, durch eine sofortige steuerliche Berücksichtigung des Wertverlusts von Waren und Inventar sollen die Unternehmen Liquidität behalten.

Ich habe wirklich Verständnis für alle Sorgen. Hier geht es um Existenzen. Gerade beim Weihnachtsgeschäft hat man sich viel überlegt. Das ist überhaupt keine Frage. Natürlich müssen die Hilfen in Deutschland auch noch besser organisiert werden. Die Zahlungen müssen schneller, klarer und unbürokratischer erfolgen. Eines erlaube ich mir aber schon zu sagen, und das muss auch einmal gesagt werden: Da Corona kein nationales, sondern ein internationales Phänomen ist, lohnt sich zumindest der Vergleich mit anderen Ländern. Wie ist der in der Realität? – Andere Länder haben deutlich mehr Einschränkungen und geben viel, viel weniger Ausgleich. Ich will nur eines sagen: Die gesamte deutsche Solidargemeinschaft leistet für die betroffenen Branchen einen ganz großen Beitrag. Das sollte man auch respektieren und würdigen. Wir diskutieren in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich sehr hohen Niveau. Wir leisten diesen Beitrag, aber lassen Sie uns bitte immer klarstellen: Niemand leistet an Hilfe und Ausgleich mehr, als wir es im Moment in Deutschland tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zu Schulen und Kitas. Sie werden ab morgen geschlossen. Wir haben den Betrieb schon entzerrt, aber es reicht nicht. Warum ist die Schließung notwendig? – Studien zeigen eindeutig, dass es in Schulen und Kitas viele Infektionen gibt. Das RKI sagt, die Ansteckungsrate bei Kindern und Erwachsenen sei ähnlich. Das Helmholtz Zentrum in München sagt in seiner Antikörperstudie, dass Kinder und Jugendliche bis zu sechsmal mehr infiziert sind, als es die gemeldeten Zahlen ausweisen. Entscheidend dabei ist, dass die Hälfte davon überhaupt keine Symptome zeigt. Wenn keine Symptome bestehen, besteht auch kein Verdacht, und damit ist die Ansteckungsgefahr höher. Neue Studien aus Österreich zeigen: Schulen sind keine Inseln der Seligen; wenn man sie nicht schließt, geht man ein erhebliches Risiko ein. Das ist genau die Grundüberlegung und die Abwägung, um die es mir geht. Wie viel Risiko wollen wir wagen, oder wie sicher wollen wir sein? Ich plädiere dafür, es ist die Zeit, auf Nummer sicher zu gehen. Wir machen keine Experimente.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher bleiben Schulen und Kitas geschlossen. Wir haben uns entschieden, die Schulpflicht nicht aufzuheben, so nach dem Motto: Die Eltern können selber entscheiden, ob sie die Kinder in die Schule bringen, oder die Schüler entscheiden sogar selbst, ob sie zur Schule gehen. Ich glaube, dass dies zu noch mehr Verunsicherung geführt hätte. Wir wollen nicht den Eltern die Verantwortung vor die Füße legen, sondern wir brauchen schon eine einheitliche Regelung.

Dafür gibt es Maßnahmen. Es gibt den Distanzunterricht, der sein muss. Ich bin auch sehr froh darüber, dass das heute Morgen klargestellt wurde, nachdem es einige Missverständnisse gegeben hat. Vielen Dank dafür. Ich muss Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Kultusminister in dieser Zeit zu sein, ist keine einfache Aufgabe. Auch wenn da manches zu verbessern ist, sollten wir Respekt zeigen. Schulen sind immer eine gewisse Herausforderung. Deswegen auch Danke für die Arbeit im Kultusministerium!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt für die, die es brauchen, eine Notbetreuung an Schulen und Kitas. Es gibt einen finanziellen Ausgleich, wenn Eltern es nicht schaffen, eine andere Betreuung zu organisieren und deswegen daheimbleiben müssen. Bis zu 67 % des Nettoeinkommens werden als Lohnfortzahlung geleistet. Der Bund regelt das. Und es gibt auch den Appell an die Unternehmen, noch mehr Homeoffice zu machen. An den bayerischen Ministerien arbeiten derzeit bereits zwei Drittel der Beschäftigten im Homeoffice, und das werden wir auch noch verstärken. Betriebsferien über Weihnachten zu machen, ist auch eine sinnvolle Idee, die wir unterstützen.

Es bleibt bei der klaren Zusage, die für mich ein absoluter Gradmesser unserer Schulpolitik ist: Kein Zusatzstress für Schüler wegen zwei, drei, vier Tagen, die nicht so stattfinden. Abschlussprüfungen müssen auf gleichem Niveau bleiben. Deswegen müssen Inhalte und Termine der Prüfungen der Pandemie entsprechend angepasst werden. Aber, meine Damen und Herren, es wird ein ordentliches Abitur geben, es wird eine gute Mittlere Reife geben, und es wird auch gute Qualis geben. Dafür stehen wir, und wir werden alles dafür tun. Das ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ist ab dem 10. Januar schon wieder alles klar? – Ich glaube nicht. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir den Januar über noch Wechselunterricht haben werden. Deswegen ist meine klare Botschaft: Bis zum Januar muss dann alles genau geklärt sein, damit es im Wechsel- und Distanzunterricht keine Missverständnisse und keine Probleme gibt. In drei Tagen etwas zu organisieren, ist nicht einfach. Aber bis 10. Januar muss das alles stehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir gehen hier auf Nummer sicher.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie wollten die Schulen auflassen!)

– Meine Damen und Herren, ich glaube übrigens: Wenn wir uns in den ganzen Monaten nur an der AfD orientiert hätten, dann wäre unser Land im Chaos versunken.

(Anhaltender Beifall – Zuruf von der AfD)

Meine Damen und Herren, eine Partei, die selbst zerstritten ist, eine Fraktion, bei der im Landtag zum Teil die eigenen Leute rausgehen, wenn die anderen reden, hat nicht im Mindesten den Anspruch, auch noch zu stören,

(Zuruf von der AfD)

wenn es um eine wichtige Debatte geht, die für 13 Millionen Bayern von Bedeutung ist.

(Lebhafter Beifall)

Wir gehen also auf Nummer sicher. Was sonst wäre klug?

Kontakte müssen runter; neben der Schule natürlich auch in allen anderen Bereichen, gerade in der Ferien- und Weihnachtszeit, in der das die größte Herausforderung ist. Daher werden wir neben der Ausgangsbeschränkung auch die Ausgangssperre von 21 bis 5 Uhr für ganz Bayern verhängen. Wir sind ein Gesamthotspot. Das ist kein schönes Mittel, beileibe nicht. Aber es ist ein wirksames Mittel. Es verhindert massive Mobilität und sehr viele Partys, auf die die Polizei schon jetzt bei den vielen Kontrollen, die sie macht, entsprechende Hinweise bekommt. Wir machen das jetzt übrigens auch nicht nur für fünf Tage oder für zehn

Tage – das hat doch keine Wirkung –, sondern wir machen das jetzt für die gesamte Zeit der Maßnahmen bis zum 10. Januar.

Meine Damen und Herren, wir müssen diese Zeit jetzt nutzen. Es gibt vielleicht keine bessere. Wir dürfen nicht wieder vorzeitig abbrechen, nicht aus Ungeduld Corona eine neue Chance, einen neuen Vorteil verschaffen, und wir müssen uns bitte alle daran halten. 80 %, 90 % der Bürger halten sich großartig an alles. Aber beispielsweise zur Ausgangssperre kann ich nur sagen: Wer da ganz bewusst anders handelt, muss auch mit Sanktionen rechnen. Deswegen wird es auch ein entsprechendes Bußgeld geben. Es bleibt dabei: Die Vernünftigen helfen uns, aber die Unvernünftigen sind eine Herausforderung, und wir müssen die Vernünftigen vor den Unvernünftigen schützen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also: Kontakte runter, auch an den beiden großen Festen. Das ist ja auch deswegen die spannendste Zeit des Jahres, weil innerhalb von einer Woche zwei ganz großartige und für viele Menschen besondere Feste stattfinden, Weihnachten und Silvester.

Lassen Sie mich mit Silvester beginnen. Das wird in der Tat ein ruhiges Silvester und ein ruhiges Neujahr. Natürlich darf man sich freuen, das neue Jahr begrüßen und auch feiern – das ist doch klar –, aber eben daheim, mit weniger Personen als sonst, mit nur zwei Haushalten und maximal fünf Personen. Damit ist übrigens gewährleistet, dass keiner allein ins neue Jahr gehen muss.

Wir haben uns in Deutschland gemeinschaftlich entschieden, keinen Verkauf von Böllern oder Feuerwerk zu erlauben. Warum? – Nicht, weil wir glauben, dass eine Rakete per se eine pandemische Auswirkung hätte, sondern weil uns die Krankenhäuser massiv gesagt haben, dass sie große Sorge haben, dass jedes Jahr an Silvester viele Menschen unsachgemäß mit Feuerwerkskörpern umgehen und deswegen viele Krankenhäuser dann auch noch zusätzlich belastet sind. Das würde bei der ohnehin großen Überlast an der Stelle dann einfach zu viel sein. Deswegen wird es in der Tat ein stilles Silvester werden.

Wie ist es an Weihnachten? – Weihnachten geht uns allen ans Herz. Das ist natürlich emotional. Aber hier müssen wir besonders sorgfältig sein. Ich bitte wirklich, die Herausforderung zu sehen durch die Balance zwischen Freude und Frieden des Weihnachtsfestes und der Herausforderung und dem Risiko; denn nirgendwo sonst – das ist an Silvester nicht so klar – sind alle Generationen so vereint wie an Weihnachten. Deswegen müssen wir aufpassen.

Wir haben Beispiele aus anderen Ländern, aus den USA, wo man zu Thanksgiving ganz bewusst alle Regeln außer Acht gelassen hat. Im Rückblick würde das keiner wieder so machen.

Deswegen sage ich Ihnen eines voraus: Nach jetzigem Stand werden die Zahlen die nächsten Tage eher steigen denn sinken, weil alles, was wir jetzt beschließen, ungefähr zwei Wochen braucht, bis es eine erste Wirkung zeigt. Deswegen ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Zahlen in den nächsten Tagen steigen werden, bei der gegenwärtigen Entwicklung eher höher. Da kann man jeden Experten fragen. Vielleicht haben wir dann sogar genau an Weihnachten, um Weihnachten herum, die höchste Zahl.

Deswegen bitte ich alle, das nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Wir müssen an dem Tag das tun, was das Beste ist, nicht, was das Bequemste scheint. Weihnachten feiern? – Klar, aber sicher und mit großer Vorsicht.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich nicht. Das sage ich aus persönlicher Sicht, aber auch aus Verantwortung für unser Land: Ich möchte nicht, dass wir uns Mitte oder Ende Januar treffen und feststellen: Hätten wir nur an Weihnachten etwas vorsichtiger gehandelt. – Diese Herausforderung möchte ich nicht. Ja, es kann sein, dass das Weihnachtsfest etwas anders ist. Aber mir ist lieber, dass es ein bisschen anders ist, als dass es am Ende zu einem großen Risiko wird, meine Damen und Herren. Wir müssen auch an Weihnachten auf Nummer sicher gehen. Das sind wir unseren Eltern und Großeltern ganz besonders schuldig, meine Damen und Herren.

Daher gilt: Natürlich soll niemand allein sein, auch nicht derjenige, der keine Familie hat. Die Regelung der zwei Haushalte mit maximal fünf Personen gilt. Das heißt: Keiner muss allein feiern, auch das ist klar. Natürlich ist mehr Familie möglich. Aber die bisherigen Zahlen, die auf der Ministerpräsidentenkonferenz vereinbart wurden, waren vielen einfach zu unsicher. Deswegen ist das noch mal reduziert worden: Der eigene Haushalt – das sind also alle, die daheim wohnen – und maximal vier Familienmitglieder, nicht mehr vier Kumpels, wenn ich das sagen darf. Das gilt drei Tage lang.

Ich höre von so vielen Familien bereits jetzt in E-Mails, dass das nicht einfach ist, aber dass in den drei Tagen eine Menge toll organisiert wird. Gestern schrieb mir jemand: Opa und Oma haben dabei immer Vorrang. Wir organisieren das schon, wir bekommen das hin.

Ja, die Ausgangssperre gilt für Silvester und auch für Weihnachten. Das gilt für alle. Es wird keine Sonderregelung geben, für Familien nicht und für Kirchen nicht. In allen Fällen gilt genau das Gleiche. Denn entweder machen wir es richtig oder gar nicht. Entweder nehmen wir die Pandemie ernst oder nicht. Corona ist nicht bereit, einen Tag auszusetzen, sondern Corona nimmt sich jeden Freiraum, den wir ihm bieten.

Drei Tage sind möglich. Übernachten ist möglich, meine Damen und Herren. Aber das Ziel ist – und darum gibt es auch diese Begrenzung –, keine zusätzlichen Weihnachtspartys zuzulassen, die Feier nach der Feier. Jeder, der ehrlich ist, weiß, dass das sehr stark stattfindet.

Sollten sich die Zahlen bis Heiligabend dramatisch verbessern – was das schönste Geschenk wäre, das man jedenfalls mir machen könnte –, könnte man über eine Stunde mehr oder weniger reden. Aber meine Sorge ist ehrlicherweise, dass es eher schlechter und schlimmer wird. Dazu sage ich Ihnen eines: Ich jedenfalls und wir, wir ducken uns an der Stelle nicht weg. Das ist für viele schwierig. Aber ehrlich gesagt ist es notwendig. Ich bitte ganz herzlich um Verständnis. An der Stelle sitzen wir alle im gleichen Boot. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unsere Aufgabe, gerade auch an Weihnachten, besonders zu schützen und besonders auf Nummer sicher zu gehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Den Familien fällt das nicht leicht, natürlich auch unseren Kirchen nicht. Deswegen ein Dank an die vielen, die auch für diese Regelung Verständnis haben. Natürlich gibt es Gottesdienste, aber eben anders als sonst: mit Abstand, mit Maske, auch mit Anmeldung. Klar, das muss gut organisiert sein. Ich weiß, dass sich die einen oder anderen dabei schwertun, sich das anders vorstellen. Aber ich danke zum Beispiel dem Landesbischof der Evangelischen Kirche. Er hat heute sein Verständnis signalisiert und auch die Bereitschaft mitzumachen: nicht nach 21 Uhr.

Übrigens hatten wir an Ostern, das für den christlichen Glauben eigentlich das bedeutendere Fest ist – wenn ich das sagen darf –, bei niedrigerer Inzidenz gar keinen Gottesdienst.

Ich darf aber sagen: Wir handeln nicht allein. Ich bin sehr beeindruckt, dass zum Beispiel der Heilige Vater, der Papst, in Rom entschieden hat, trotz einer etwas niedrigeren Inzidenz als bei uns seine Christmesse um zwei Stunden vorzulegen, um die dortigen Regeln einzuhalten. Ich finde, das ist ein sehr beeindruckendes Beispiel. Ich habe in der "Süddeutschen Zeitung" gelesen, dass ein Pfarrer sagte: Weihnachten geschieht nicht nur am Altar, sondern auch und vor allem in unseren Herzen. – Ich fand diesen Satz sehr schön. So sollten wir es alle halten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch ergänzen: Es herrscht Pandemie; es ist schlimmer als im Frühjahr. Manche haben das aber immer noch nicht akzeptiert, wie ich auch hier aus Zwischenrufen heraushöre. Manche haben das noch nicht akzeptiert. Wir reden an einigen Stellen über das Feiern, über das Einkaufen, wie lange wir feiern dürfen und was wir trinken und essen dürfen. Meine Damen und Herren, am Heiligen Abend, an Weihnachten, werden unzählige Menschen in unserem Land um ihr Leben kämpfen. An Heiligabend und über die Feiertage werden Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte rund um die Uhr arbeiten und ihren Job machen. Wir schulden ihnen Respekt. Sehen wir ein, dass es Wichtigeres gibt als die Frage, wie lange man feiern kann, und freuen wir uns darüber, wie schön es ist, dass man überhaupt feiern kann, gesund ist und gesund zusammen sein kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Also: Es gibt Weihnachten, es gibt Silvester, aber es ist eben anders als sonst.

Die Sorge, die wir haben, gilt natürlich ganz besonders der älteren Generation, den Alten- und Pflegeheimen und den Behinderteneinrichtungen. Dort sind unsere Sorgen am größten. Obwohl es seit Monaten umfangreiche Hygienekonzepte gibt und diese auch umgesetzt werden, zeigt sich, dass dort die Lage weiterhin am schlimmsten ist. Obwohl viel gemacht wurde, und zwar nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland, spürt man, dass es Einträge gibt – nicht nur durch Besuche, sondern leider auch durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Auch dies ist kein Vorwurf, sondern nur die Beschreibung der Realität.

Deswegen freue ich mich, dass die Maßnahmen, die wir letzte Woche auf den Weg gebracht haben, jetzt auch für ganz Deutschland gelten: ein Besuch am Tag, Test und Maske. Ich sage noch einmal: Neben den Masken, die der Bund zur Verfügung stellt, stellt auch der Freistaat Bayern 2 Millionen Masken für die Besucherinnen und Besucher sowie mindestens zweimal in der Woche einen Test für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung, übrigens auch für mobile Pflegedienste. Nach Rücksprache mit dem Gesundheitsministerium haben wir uns noch entschieden, vonseiten des Freistaates Bayern zusätzlich Masken für daheim pflegende Angehörige auszugeben; denn deren Beitrag wird immer viel zu wenig gewürdigt. Unglaublich viele Menschen leisten hervorragende Pflegearbeit zu Hause. Dies wollen wir unterstützen. Deswegen auch eine Unterstützung durch den Freistaat Bayern durch Masken für daheim.

(Beifall)

Wir entscheiden uns nicht, abzusperrn oder einzusperrn, sondern mehr zu machen und für mehr Sicherheit zu sorgen. Ich bitte die Heimaufsicht ganz herzlich,

sich zusammen mit den Kommunen jeden einzelnen Fall anzusehen und, wenn es irgendwo ein Problem gibt, mit maximalem Einsatz zu unterstützen.

Ein letzter Punkt, der uns alle sehr beschäftigt, ist das Reisen. Im Frühjahr, im Frühsommer und im Sommer war es das Hauptrisiko, jedenfalls was die Infektionszahlen betrifft. Deswegen sollten wir besonders vorsichtig sein. – Ja, die Grenzen sind offen, aber es wäre besser, wenn sich jeder überlegt, ob er wirklich eine Urlaubsreise braucht oder ob es nicht besser wäre, daheimzubleiben. Wer sich aber entscheidet zu reisen, muss Folgendes wissen – für EU-Bürger ist dies klar –: Wer aus einem Risikogebiet kommt – und das sind nahezu alle Länder –, muss für zehn Tage in Quarantäne.

(Zuruf)

– Das ist die Gesetzeslage.

(Zuruf)

– Man muss nicht jeden Zwischenruf von minderer Qualität mit einer langen Antwort aufwerten, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Aber zurück zur Sache. Wer EU-Bürger ist, muss für zehn Tage in Quarantäne, und zwar ohne einen Ersatz des Verdienstaufschlags. Nach fünf Tagen kann man sich freitesten lassen. – Darauf werden wir jeden hinweisen. Wer allerdings dagegen verstößt und keine Quarantäne einhält oder sich nicht entsprechend testen lässt, muss mit einem Bußgeld von bis zu 5.000 Euro rechnen. Das ist ein wirklich wichtiger Tatbestand. Der Innenminister hat mir vorhin vorgeschlagen, die Regelung für Nicht-EU-Bürger so zu treffen, dass diese bei Einreise verpflichtend ein negatives Testergebnis vorweisen müssen. Dies ist nicht böse gemeint; wir müssen aber dort, wo es nötig ist, auch klare Konsequenzen ziehen. Sorry: Wir dürfen einfach keine halben Sachen machen. Jetzt ist die Zeit für klare Regelungen und nicht für Ausnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies sind die Maßnahmen, die ab morgen gelten werden. Wir haben jetzt rund vier Wochen Zeit. Vier Wochen sind eine lange Zeit. In dieser Zeit können wir viel erreichen. Für viele Bürger – ich bitte um Verständnis dafür, dass wir das tun – sind dies Einschränkungen. Mein Gefühl ist aber: Die Mehrzahl ist eigentlich froh, dass es jetzt eine klare Linie gibt. Sind wir ehrlich: Die meisten haben es eh schon erwartet. Jetzt kommt es also auf uns alle an, damit wir es schaffen, das zustande zu bringen.

Viele rufen jetzt aber auch gleichzeitig: Was kommt danach? Die Wörter Langzeitstrategie und Planungssicherheit sind sehr beliebt. Was können wir tun? Es gibt auch den Vorwurf, dass das doch schon längst alles hätte gemacht werden können; eigentlich wäre es doch kein Problem gewesen, an diesen oder jenen Stellenschrauben zu drehen, und schon wäre Corona besiegt gewesen. Meine Damen und Herren, ich finde, dass manches davon allzu optimistisch und selbstgefällig formuliert ist. Ich sage es so: Keiner ist perfekt; viele Fehler werden gemacht. Ich nehme aber trotzdem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsämter, der Krankenhäuser, der Pflegeeinrichtungen, der Schulen und auch der Ministerien sowie all unsere Kommunalpolitiker in Schutz.

Natürlich muss und kann noch mehr passieren. Es ist aber schon so viel passiert. Seit Monaten sind alle betroffenen Berufsgruppen wirklich am Anschlag. Viele Per-

sonen haben nur ganz wenig oder gar keinen Urlaub gehabt. Viele sorgen sich tatsächlich und täglich um die Menschen, die ihnen anvertraut wurden. Deswegen sage ich Ihnen eines: Diejenigen sind nicht an mancher Herausforderung schuld. Ich nehme für mich in Anspruch, nicht Cassandra sein zu wollen. Wir und noch einige andere haben immer wieder vor Unvernunft und Leichtsinn gewarnt, aber viele haben gedacht, dass es das gar nicht geben kann. Ich kann nur sagen: All diejenigen, die ich erwähnt habe, verdienen unseren großen Respekt und Dank für das, was sie alles geleistet haben und was sie noch zukünftig für uns erbringen werden, meine Damen und Herren.

Es ist viel passiert – danke schön! –, aber es muss noch mehr passieren. Ich nenne einige Beispiele: Der ÖGD, der Öffentlichen Gesundheitsdienst, um den sich übrigens vor der Pandemie in den letzten zehn Jahren nicht sehr viele gekümmert haben, ist um 25 % aufgestockt worden, die "Contact Tracing Teams" um 60 %. Die Testkapazitäten – in Bayern lange Zeit sehr kritisch hinterfragt – sind um 700 % erhöht worden. Wir testen im Schnitt schneller und mehr als die meisten Partner. Unsere Materiallager – auch darüber gab es eine lange Diskussion – sind gefüllt für sechs Monate. Allein 18 Millionen FFP2-Masken sind vorhanden, die auch alle verwendet werden.

Natürlich ist die Digitalisierung der Schulen ein Dauerthema – keine Frage! Aber auch da wurde etwas erreicht, aber noch nicht so viel, wie wir uns vorstellen können.

Ich sage Ihnen eines: Besserwerden ist unser Anspruch, Schlechtreden aber keine Lösung.

Für mich bleibt noch die Frage bestehen: Gibt es zur Verbesserung dieser Dinge nicht noch andere, zusätzliche Strategien? Wäre es nicht möglich, etwas grundlegend anderes zu machen? Ich habe den Spruch "etwas ist alternativlos" nie gemocht, weil er im Grunde genommen bedeutet, dass man aufhört zu denken. – Nein, das tun wir nicht. Wir wägen ab, wir überlegen; wir schreien nicht, sondern wir handeln besonnen.

Was sind die Alternativen? – Ignorieren ist nach wie vor eine Idee. Sie führt in die Katastrophe. Ältere einsperren, wie es manch einer fordert – dies wird etwas blumiger als Cocooning-Strategie formuliert, im Endeffekt bedeutet es aber einsperren –, entspricht nicht unserem Anspruch an eine menschenwürdige Gesellschaft. Massentests sind eine andere Idee. In Österreich hat man Massentests gemacht. In Wien sind 13,5 % – so habe ich dieser Tage gelesen – zum Testen gegangen. Der Ertrag ist deswegen sehr gering, der Einsatz hingegen immens.

Wäre nicht vielleicht doch das Vorgehen Schwedens besser gewesen? Vor wenigen Tagen hat ein Münchner Arzt, den ich aus meiner politischen Familie kenne, empfohlen, Herdenimmunität sei doch das Beste. – Nun, meine Damen und Herren, Schweden ist gescheitert. In Schweden wird kapituliert. Dort gibt es jetzt massive Diskussionen und Schuldzuweisungen. Ich habe in einer Online-Ausgabe der "Augsburger Allgemeinen" gelesen – so lautet die Überschrift – "Intensivstationen sind ausgelastet: Stockholm ruft um Hilfe". AFP meldet die höchste Zahl an Todesfällen seit der Spanischen Grippe in Schweden. Umgerechnet auf 100.000 Einwohner hat Schweden dreimal so viel Todesfälle wie Deutschland und eine mehr als doppelt so hohe Inzidenz wie wir. Deswegen kann ich all denjenigen, die hoffen und glauben, Herdenimmunität sei die beste Idee, nur eines sagen: Das ist ein Irrweg. Wir werden diesen Weg jedenfalls nicht beschreiten, weil die Folgen am Ende noch gravierender sind. Meine Damen und Herren, das, was wir jetzt tun, kostet viel, aber nichts zu tun, kostet noch viel mehr. In der Abwägung entscheiden wir uns für unseren, für diesen Weg in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was ist die beste Langzeitstrategie? – Impfen! Impfen ist die mit Abstand hoffnungsvollste Strategie zur Bekämpfung von Corona. Gerade kursieren in den Medien Meldungen, dass der Impfstoff möglicherweise noch in diesem Jahr zugelassen wird. Das habe ich gehört. Dann könnte mit dem Impfen bald begonnen werden. Ich will Ihnen eines sagen: Es ist schon beeindruckend, dass es in der Menschheitsgeschichte noch nie so schnell wie jetzt einen Impfstoff mit offenkundig so hoher Wirksamkeit für ein derart gefährliches Virus gegeben hat.

Wir haben uns auf das Impfen vorbereitet. Ich habe mich selbst davon überzeugt. Ich danke den Kommunen. Das Gesundheitsministerium, das Innenministerium und die Kommunen haben hart gearbeitet. Sie haben eine Impflistik aus dem Boden gestampft, die sehr akzeptabel ist. Es gibt 99 stationäre und mobile Impfzentren, die über das Land verteilt sind mit Kapazitäten für bis zu 33.000 Impfungen pro Tag. Es stehen rund 3.000 Ärzte bereit. Wenn der Impfstoff da ist, kann es losgehen.

Die Wirkung – auch das sage ich – kommt natürlich nicht über Nacht. Es ist nicht so, dass mit der Impfung sofort alle Probleme gelöst sind. Wir müssen uns vor allen Dingen überlegen, wann der Impfstoff kommt und wer sich impfen lässt. Besonders Letzteres ist meine größere Sorge. Wenn sich zu wenige und nur die vulnerablen Gruppen impfen lassen, dann wird dies nicht zu der Sicherheit und Freiheit, die wir so dringend wollen, und zu der Normalität des Alltags, nach der wir uns sehnen, führen.

Ich finde es sehr respektabel, wenn über Zulassungen geredet wird. Dabei müssen Schnelligkeit und Sicherheit in der richtigen Balance sein. Die unglaubliche Hetze und Verbreitung von Fake News im Netz kann ich aber nicht ertragen. Meine Damen und Herren, es ist unverständlich, welchen Unsinn zum Teil einzelne Leute und politische Vertreter dort von sich geben. Ich habe immer geglaubt, dass wir auf der höchsten Stufe wissenschaftlicher Entwicklung angekommen und das kulturell fortschrittlichste Zeitalter sind. Wenn ich aber manchmal höre, was andere Parlamentarier über das Impfen sagen, dann kann ich nur erwidern: Es ist wirklich zum Verzweifeln, wie die Menschen unseres Landes verunsichert werden, meine Damen und Herren!

(Anhaltender Beifall)

Es ist wichtig, dass alle beim Impfen mitmachen, weil wir keine Impfpflicht haben wollen. Sich impfen zu lassen, ist ein Gebot der Vernunft.

Meine Damen und Herren, in der Menschheitsgeschichte gab es schon immer Seuchen mit größten Auswirkungen und vielen Todesfällen. Was war immer die effektivste Art der Bekämpfung dieser Seuchen? – Impfen! Denken Sie beispielsweise an die Pocken. Neue Impfstoffe und Medikamente haben unglaublich viel Leben auf diesem Planeten gerettet. Das ist eine Leistung der Menschheit, diese Entwicklungen voranzubringen. Sie sind im Übrigen wirksamer als manch andere Methoden, von denen man glaubt, dass sie erfolgreich seien.

Manchmal wünsche ich mir mehr Respekt vor und Vertrauen in Wissenschaft und Forschung. Wer Impfen bekämpft, verhindert Sicherheit und Freiheit! Deswegen lautet meine klare Botschaft: Ich bin dafür, zunächst die vulnerablen Gruppen zu impfen. Meine Damen und Herren, es wird aber wichtig sein, danach auch die kritische Infrastruktur zum Impfen zuzulassen. Hierzu zählen beispielsweise die Polizei, medizinisches Personal und auch Abgeordnete. Bundestagspräsident Schäuble hat gesagt, dass auch Abgeordnete die Möglichkeit haben sollten, sich impfen zu lassen. Dies sollte zu angemessener Zeit der Fall sein.

Alle ehemaligen Präsidenten der USA haben im Gegensatz zu dem bald ehemaligen Präsidenten der USA erklärt, sich impfen zu lassen, um ein Beispiel zu geben und Vorbild zu sein. Das ist auch bei uns notwendig. Ich bleibe dabei: Wenn ich darf und wenn es erlaubt ist, dann werde ich mich impfen lassen, um den Menschen zu zeigen, dass es notwendig ist. Jeder, der dies tut, schützt sich und andere. Impfen ist also keine Frage von Egoismus, sondern eine Frage von Gemein-sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sollten wir überall sagen.

(Beifall)

Zum Schluss – ich gestehe, heute emotional zu sein:

(Zuruf)

Ich bin sehr besorgt.

(Zuruf)

Ich bin sehr besorgt, weil Corona eine wirklich tiefgreifende Herausforderung ist. Sie geht an keinem oder nur an ganz wenigen ignoranten Personen vorbei, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sich aber wegzuducken oder das Infektionsgeschehen aus Angst vor einer Entscheidung einfach laufen zu lassen, ist der falsche Weg. Wer ein Amt hat oder eines haben will, soll es nicht nur bekleiden, sondern muss es in guten wie in schlechten Zeiten ausfüllen.

Ich weiß, dass es vielen Abgeordneten in einer Regierungskoalition nicht leichtfällt, jeder Maßnahme zuzustimmen, da es sich immer um ein Maßnahmenpaket handelt. Der eine tut dies entschlossener, der andere mit Überlegungen. Wichtig ist aber, dass Entscheidungen getroffen werden. Gefällt das allen? – Wahrscheinlich nicht. Gibt es Kritik? – Selbstverständlich, warum auch nicht.

Meine Damen und Herren, man muss von dem überzeugt sein, was man tut. Ich bin es! Manchmal muss man nicht nur tun, was gefällt, sondern tun, was notwendig ist. Ich glaube, dass die Mehrzahl der Bürger das respektiert. Lassen Sie uns bitte nicht unterschätzen, dass die Mehrheit unserer Bürger oft viel weiter ist, als wir Politiker manchmal glauben.

Jetzt sind Geduld, Disziplin und Gemeinsinn notwendig. Weihnachten und Silvester werden uns in diesem Jahr besonders in Erinnerung bleiben. Jeder wird sich daran erinnern, unter welchen Bedingungen er Weihnachten und Silvester verbracht hat. Vielleicht wird es aber keine schlechte Erinnerung. Vielleicht wird in diesem Jahr bewusster gefeiert, und vielleicht ist es eine Zeit für mehr Einkehr, aber auch Erkenntnis.

Anfang des Jahres haben wir noch alle davon gesprochen, dass jetzt die Goldenen Zwanzigerjahre beginnen. Keiner hätte gedacht, dass sie mit einer solchen Prüfung beginnen. Diese Prüfung hat uns allen und auch dem Parlament unglaublich viel abverlangt. Aber irgendwie ging es doch! Es gab völlig neue Sitzungsrhythmen, andere Methoden, andere Formen der Diskussion, schnelle Entscheidungen und lange Debatten. Aber irgendwie geht es doch, wenn es sein muss.

Meine Damen und Herren, wir haben uns überwiegend bewährt. Wir alle sind nicht ohne Fehler geblieben, aber wir alle haben uns sehr engagiert. Jeder hat versucht, sein Bestes zu geben. Die Menschen in Bayern dürfen sich sicher fühlen. Ich sage ausdrücklich: Bayern ist kein Paradies. Das gibt es nirgendwo auf der Welt. Wir haben viel Glück in unserem Land. Es gibt viel Glück, aber es gibt auch viel Leid. Dieses trifft jeden von uns. Das ist das Leben.

Vor wenigen Tagen verstarb zum Beispiel der Vater eines Abgeordnetenkollegen relativ schnell an Corona. Corona ist nichts Abstraktes, das das Parlament nicht betrifft. Jeder Einzelne von uns kann in seiner Familie und mit seinem Schicksal gefordert sein. Deswegen sollten wir menschlich miteinander umgehen. Leidenschaft in der Sache und Kritik an der Politik sind selbstverständlich. Wir können auch in einer solchen Zeit hart und leidenschaftlich diskutieren. Dies muss aber mit Respekt, Fairness und Anstand geschehen. Die Bürger spüren und hören sehr genau, was wir sagen.

Wir alle sollten Vorbilder sein. Abgeordneter zu sein, ist eine besondere Aufgabe, die jeder hier im Saal hat. Abgeordneter des Bayerischen Landtages zu sein, ist schon etwas! Dahinter steckt viel Vertrauensvorschuss. Deswegen müssen wir uns benehmen und die Aufgabe wahrnehmen. Das bedeutet beispielsweise auch, dass wir uns alle an die Regeln halten müssen, die wir den Bürgern mitgeben. Das betrifft jeden von uns! Alle Vertreter der Staatsregierung und alle Abgeordneten des Bayerischen Landtags sollen die Regeln einhalten.

Meine Damen und Herren, wir sind ein großartiges Land. Bayern ist eines der schönsten und erfolgreichsten Länder der Welt. Wir sind in Ehrenamt, Wirtschaft, Wissenschaft, Medizin, Kultur und Sport Klasse! Damit meine ich nicht, dass man die Champions League gewinnt.

(Zuruf)

Das ist mir bei einigen großartigen Preisverleihungen der letzten Zeit wieder bewusst geworden. Prof. Genzel hat den Nobelpreis bekommen, der in der Staatskanzlei vom schwedischen Botschafter verliehen wurde. Prof. Lesch hat beispielsweise im Rahmen des Bayerischen Buchpreises den Ehrenpreis erhalten. Das sind großartige Leute! Wir dürfen für alles in unserem Land dankbar sein, von der höchsten Wissenschaft bis zum Handwerk. Das sage ich gerade auch der jüngeren Generation, die in diesen Tagen unglaublich viel leistet. Es gibt immer Beispiele, die einem nicht gefallen, aber es gibt so viele Beispiele, die mich stolz auf das machen, was unser Land in dieser Situation alles leisten kann. Das sage ich ganz ehrlich.

Bayern spielt in der höchsten Klasse. Wir im Parlament sollten auch zeigen, dass wir dem Anspruch der Bürger gerecht werden können. Es reicht nicht, nur das richtige Trikot zu tragen; man muss auch so spielen, meine Damen und Herren. Das ist mein Wunsch für die heutige Debatte und für die Zukunft. Wir haben das in diesem Jahr zeitweise sehr gut gemacht. Ich habe auch viele Bürger gehört, die manchen unserer Debatten zugehört haben und beeindruckter als von früheren Debatten gewesen sind. Deswegen mein Wunsch: Mehr Argumente statt Parolen; noch mehr Interesse an einer Lösung statt am Streit und der Versuch, nach mehr Gemeinsinn zu streben, anstatt nach Einzelvorteilen, die jeder für sich sucht.

Wir haben in diesem Jahr alle viel gelernt – ich ehrlich gesagt auch. Wir haben so viel Gutes erlebt und auch manche Schwäche gesehen. Ich danke allen, die mitgeholfen haben: Dem Landtag, den Fraktionen – den Regierungsfractionen, fast der gesamten Opposition – für ihr konstruktives Miteinander in diesem Jahr, aber ganz besonders den Bürgerinnen und Bürgern; denn ohne sie und ohne ihren großartigen Einsatz wäre das nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank dafür. Wir brauchen dies auch weiterhin.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Bürger schauen jetzt auf uns. Sie schauen auf das, was wir entscheiden und beschließen. Auch wenn es nicht allen leichtfällt: Ich glaube, die Bayern machen vieles mit, sie können auch viel leisten und erbringen diese Leistung dieser Tage.

Deswegen wünsche ich – ich konnte das letzte Woche nicht machen; darum mache ich es heute, weil es aller Voraussicht nach, Frau Präsidentin, die letzte Sitzung in diesem Jahr ist – Ihnen allen draußen im Land und hier im Saal schöne Weihnachten, schöne Feiertage und ein hoffentlich besseres Jahr, als es das letzte war. Machen wir alle das Beste aus dem, was uns an Aufgaben gestellt wird. Man wächst nicht an den Wünschen, die man hat, sondern man reift an den Aufgaben, die einem gestellt werden. Diese sind im Moment für uns alle recht groß. Wir alle brauchen in dieser Zeit Hilfe und Trost: Von unseren Familien – denen ein Dankeschön –, von unseren Freunden, die uns auch immer wieder mit Rat zur Seite stehen, aber auch von den Kollegen und, wer will, von höherer Stelle.

Ich bleibe dabei bei meinem Wunsch: Gott schütze Sie alle und unser großartiges Land. Bleiben wir gemeinschaftlich gesund!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die anschließende Aussprache sind 101 Minuten vereinbart gewesen. Die zusätzlichen 20 Minuten werden auf die Fraktionen verteilt. Als Erste hat die Kollegin Katharina Schulze für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Ich eröffne damit die Aussprache.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Endlich eine klare, bundeseinheitliche Entscheidung. Die am Sonntag von der Minister*innenkonferenz beschlossenen Maßnahmen sind unabwendbar, und wir GRÜNE tragen sie deswegen grundsätzlich mit, weil wir GRÜNE sehen, wie das Personal im Gesundheitswesen am Rande seiner Kraft um jedes einzelne Menschenleben kämpft, weil wir sehen, wie die Infektionszahlen erneut in die Höhe schießen, weil wir sehen, wie jeden Tag Menschen an Corona sterben und Angehörige und Freundinnen und Freunde um sie trauern und weil wir als GRÜNE, als zweitstärkste Kraft in diesem Land, uns unserer Verantwortung bewusst sind.

Wir zeigen im Bayerischen Landtag seit Wochen auf, dass die bisherigen Maßnahmen nicht reichen. Deswegen haben wir schon viele konstruktive Vorschläge gemacht, zum Beispiel schon viel früher in den Wechselunterricht für die älteren Schüler*innen einzusteigen. Leider, Herr Söder, sind Sie oft schnell im Verkünden und dann als Staatsregierung doch eher langsam im konkreten Umsetzen. Ich kann mir jetzt schon gut vorstellen, wie die Debatte nachher weitergeht: Herr Kreuzer wird nach mir an dieses Redepult treten. Dann wird er erneut erst einmal schimpfen, wie wir GRÜNE nur so undankbar sein können, dass wir den Ministerpräsidenten nicht über den grünen Klee loben.

(Unruhe)

Aber, Herr Kreuzer, ich möchte Ihnen mal was sagen: Wir sind hier die Legislative. Unser Job ist die Kontrolle der Regierung, und genau das machen wir GRÜNE: konstruktiv-kritische Oppositionsarbeit. Das ist unser Job.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Deswegen werden wir als GRÜNE die Maßnahmen der Staatsregierung zur Eindämmung der Pandemie weiterhin konstruktiv-kritisch begleiten – konstruktiv, indem wir selbst Vorschläge zur Pandemiebekämpfung einbringen,

(Zuruf)

die Sie dann immer ablehnen und dann oft zeitverzögert doch umsetzen.

(Zuruf)

Und wissen Sie was? – Ich würde mir für 2021 wünschen, dass Sie als Regierungsfraktion mal von Ihrem Modus "der Antrag kommt von der demokratischen Opposition; deswegen lehnen wir ihn ab" wegkommen würden. Ich glaube, es wäre besser für die gemeinsame Pandemiebekämpfung, wenn Sie gute Vorschläge der Opposition zeitnah annehmen und umsetzen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stimmen ja sinnvollen Vorschlägen von Ihnen auch zu.

Natürlich bleiben wir GRÜNE weiter kritisch, indem wir auf die Managementfehler hinweisen und aufzeigen, wo Sie, Herr Söder, wo Sie als Staatsregierung im Sommer trotz der vielen Hinweise von uns und vielen anderen Ihre Hausaufgaben eben nicht gemacht haben.

Kolleginnen und Kollegen, jetzt wird das Land erneut heruntergefahren, und wir GRÜNE halten es weiter für essenziell, dass der Freistaat denjenigen Hilfe bietet, die sie brauchen. Es ist nicht das erste Mal, dass wir das von Ihnen einfordern. Was meine ich damit konkret? – Die Maßgabe für uns lautete: Niemanden zurücklassen, niemanden verlieren, nicht durch Corona und auch nicht durch die belastenden Begleiterscheinungen des Lockdowns. Wir alle wissen: Auch in normalen Jahren entsteht über die Feiertage in manchen Familien leider eine aufgeladene und teils aggressive Situation. Vielleicht wird das durch die dieses Jahr eh schon angespannte Stimmung noch schlimmer. Hinzu kommt die gefühlte oder die tatsächliche Einsamkeit. Expertinnen und Experten warnen jetzt in der Pandemie besonders vor den psychischen Belastungen bei Kindern und bei Seniorinnen und Senioren. Diese nicht zu unterschätzenden Auswirkungen werden erst später sichtbar werden. Wir GRÜNE sind der Meinung: Wir müssen jetzt helfen. Denn seien wir ehrlich: Viele Angebote, Hilfe zu bekommen, fallen durch den Lockdown weg. Das hat dramatische Folgen: Das Dunkelfeld wird größer, Unterstützungsangebote wie Frauenhäuser oder Notrufe sind überlastet.

Soziale Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen deswegen ausgeweitet werden. Jugendämter müssen auch im Lockdown gut arbeiten können. Dafür brauchen sie die passende technische Unterstützung und ausreichende Schutzkleidung. Wir fordern eine große Informationskampagne über das Hilfefon "Gewalt gegen Frauen", "Nummer gegen Kummer"-Telefonseelsorge und entsprechende Online-Angebote. Erneut möchten wir hier unseren Vorschlag einbringen, den wir auch schon im Frühjahr gemacht haben, dass in Supermärkten und Apotheken analog zu Frankreich und Italien Anlaufstellen für von Gewalt Betroffene eingerichtet werden. Das halten wir GRÜNE für essenziell, damit niemand zurückgelassen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt sind die neuesten Maßnahmen noch nicht mal in Kraft – erst ab morgen –, und schon geht bei einigen die Debatte los, was im Januar sein wird. Herr Söder, ich bin da ganz auf Ihrer Linie: Es ist absolut unseriös, jetzt schon über Lockerungen zu spekulieren. Das müssen Sie aber nicht mir sagen. Sie sollten es vielleicht lieber dem Kollegen da drüben sagen, Ihrem Vize-Ministerpräsidenten, der schon vor ein paar Tagen im Interview wieder wie ein Scheinheiliger durchs Land gerannt ist und versucht hat, Hoffnung zu versprühen. Lieber Herr Aiwanger, Sie sollten mal daraus lernen, dass in einer Pandemie, in einer Krise gute, nachvollziehbare Kommunikation entscheidend ist. Wir haben das doch in den letzten Monaten gelernt. Da hieß es: Wir machen vier Wochen Lockdown light. Dann ist alles super. – Schauen wir doch, wo wir stehen. Wir stehen jetzt kurz vor einem harten Lockdown.

(Zuruf)

Darum dürfen sich diese Fehler nicht wiederholen. Das führt nämlich nur zu Frust und Unverständnis; und das ist einfach schlechte Krisenkommunikation.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch zum Thema Krisenkommunikation haben wir hier im Hohen Haus schon viel diskutiert. Ich wiederhole unseren GRÜNEN-Appell, dass wir endlich eine Corona-Kommunikationsoffensive brauchen – mehrsprachig, barrierefrei und vor allem zielgruppenspezifisch. Eine Sache ist doch klar: Der selbstbestimmte Bürger und die selbstbestimmte Bürgerin sind unsere Verbündeten im Kampf gegen die Pandemie. Hier braucht es eine andere Kommunikation: wertschätzend, empathisch, mitnehmend, erklärend und transparent.

Herr Söder, das ist nicht nur für die Corona-Maßnahmen erforderlich, sondern auch für das Thema Impfen. Sie haben selber gesagt, Sie machten sich große Sorgen, dass wir am Ende Impfzentren und einen Impfstoff haben, aber viele sich nicht impfen lassen wollten. Da bin ich total bei Ihnen. Ich muss aber den Ball an Sie zurückgeben: Da reicht es nicht, wenn Sie einmal eine Philippika im Hohen Haus für das Impfen halten. Ich halte das Impfen übrigens für gut. Ich bin ein großer Impf-Fan. Sie als Staatsregierung haben aber eine Verantwortung, die ganzen Mythen über das Impfen zu dekonstruieren und eine breite Kampagne zu starten, um darüber transparent und wissenschaftsbasiert aufzuklären. Sie werden daran gemessen werden, ob Sie das hinbekommen haben. Die Impfgegner verteilen nämlich schon Flugblätter mit ihren Mythen in den Briefkästen. Online ist bereits die Hölle los. Starten Sie also eine transparente und wissenschaftsbasierte Kampagne für das Impfen! Das erwarten wir GRÜNE von der Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, zur guten Kommunikation gehört auch eine langfristige Strategie. In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern und in Mails, die wir GRÜNE bekommen, wird immer wieder als Hauptkritikpunkt das ständige Hin und Her und das schnelle Hü und Hott angesprochen. Sorry, wir befinden uns seit neun Monaten in einer Pandemie. Ich erwarte, dass eine langfristige Strategie entwickelt wird, an der sich alle orientieren können. Wir brauchen Planungssicherheit. Ich wiederhole den Vorschlag der GRÜNEN, den wir schon seit Wochen vor uns hertragen: Wir fordern ein bundeseinheitliches Stufenmodell, bei dem jeder Bürger, jede Bürgerin und jedes Unternehmen genau weiß, was bei welcher Inzidenz passiert und welche Maßnahmen dann eintreten. Das würde zu Planbarkeit führen. Ich denke, ein solches Modell muss es ab dem neuen Jahr endlich geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Söder, der zweite große Kritikpunkt, den ich von den Bürgerinnen und Bürgern höre, ist die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger, dass die Bayerische Staatsregierung ihre Managementfehler in den Griff bekommt. Herr Söder, ich habe erst vor ein paar Tagen wieder einen Tweet von Ihnen gelesen. Mich ärgert, dass Sie ganz oft die Verantwortung auf den Einzelnen oder die Einzelne abschieben. Ich zitiere: In einigen Bereichen sei Sorglosigkeit eingekehrt. – Na ja. Wo ist denn Ihre Selbstkritik als Bayerische Staatsregierung? – Sie haben beispielsweise im Sommer Ihre Hausaufgaben nicht gut genug gemacht. Teilweise mangelt es noch an der Umsetzung, wo die Staatsregierung früher hätte reagieren müssen.

Ich beginne einmal mit den Gesundheitsämtern. Sie haben die großartige Arbeit der dort tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelobt. Diesem Lob möchte ich mich anschließen. Ich möchte aber noch eins draufsetzen: Es ist ein Wunder, dass

die Gesundheitsämter so großartig und gut arbeiten können, obwohl die Staatsregierung ihnen noch immer keine einheitliche Software zur Verfügung gestellt hat, obwohl sie unter Personalmangel ächzen und obwohl diese Bayerische Staatsregierung in Person von Herrn Herrmann bei der Regierungsbefragung letzte Woche noch nicht einmal sagen konnte, wie sie bei der IT-Umstellung unterstützt werden sollen und bis wann der Prozess abgeschlossen sein wird. Liebe Staatsregierung, hier haben wir ein Problem. Wir brauchen IT-Unterstützung, damit die Gesundheitsämter ihr Softwaresystem unter Volllast umstellen können. Außerdem brauchen wir mehr Personal. Sie kommen mir nicht mit dem Argument davon, dass wir ganz am Anfang der Pandemie stünden. Wir befinden uns im neunten Monat dieser Pandemie. Das hätte schon längst erledigt werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit komme ich von dieser Seite der Regierungsbank zur anderen Seite: Herr Aiwanger, beim Thema Wirtschaftshilfen ist es zum Haareraufen. Bis heute wurden die Novemberhilfen für Betriebe und Solo-Selbstständige nicht ausgezahlt. Die Auszahlung wird sich jetzt wahrscheinlich bis Januar hinziehen. Das ist ein Armutszeugnis. Nein, niemand von der Regierung kann sich jetzt mit dem Hinweis herausreden, dafür wäre der Bund zuständig. Ich möchte daran erinnern, dass die CSU dort mitregiert. Wer nach jeder Entscheidung mit der Kanzlerin auf dem Podium sitzt und seinen Anteil an den getroffenen Entscheidungen live und in Farbe ins Land hinausposaunt, der muss in meinen Augen auch liefern und dafür sorgen, dass der versprochene Segen auch ankommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich muss gar nicht die Bundesebene in den Blick nehmen. Sehen wir uns einfach die bayerischen Hilfen an, zum Beispiel die bayerischen Hilfen für Künstlerinnen und Künstler. Das war auch ein langer Kampf. Wir GRÜNEN setzen uns seit April für den fiktiven Unternehmerlohn ein. Ewig ging nichts. Dann hieß es auf einmal, dass dieser fiktive Unternehmerlohn kommen würde. Jetzt stehen wir neun Tage vor Weihnachten. Auf der Seite des Wissenschaftsministeriums lese ich, ich zitiere: Weitere Hinweise hinsichtlich der Antragstellung werden demnächst an dieser Stelle veröffentlicht. – Sorry, das ist Hohn und ein Schlag ins Gesicht der Künstlerinnen und Künstler und der Kultur in unserem Land! Hier müssen Sie endlich liefern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich den vielen Unternehmen danken, die bei den von uns vorgeschlagenen Betriebsferien mitmachen und somit ihren Teil zur Infektionsreduzierung beitragen. Vielen Dank dafür! Jeder muss sein Päckchen tragen. Ich möchte aber an dieser Stelle auch anmerken, dass ich immer wieder Nachrichten bekomme, wonach manche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht ins Homeoffice schicken, obwohl das eigentlich möglich wäre. Ich sage ganz deutlich: Das finde ich schwierig. Wir haben im Privaten schon unglaublich viel eingeschränkt. Wir müssen deshalb sehen, ob wir das in anderen Bereichen auch tun können. Ich fände es supercharmant, wenn wir in Zukunft zu einer Regelung kommen könnten, bei der nicht die Arbeitnehmerin erklären muss, warum sie unbedingt Homeoffice machen möchte, sondern der Arbeitgeber erklären muss, warum das in der Corona-Pandemie auf gar keinen Fall funktionieren kann. Wir brauchen jetzt das Recht auf Homeoffice!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine andere Baustelle, die mehrfach von uns angesprochen wurde, ist der Schutz für vulnerable Gruppen, für die Schwächsten und verletzlichsten Mitglieder unserer Gesellschaft. Hier sind die Zahlen verheerend. Das können wir nicht beschönigen.

Die Berichte von Ausbrüchen in Heimen zerreißen mir das Herz, genauso die Berichte über Bewohnerinnen und Bewohner, die kaum Besuch bekommen können und vereinsamen. Das dürfen wir nicht akzeptieren! Das muss sich ändern! Dafür bedarf es einer Unterstützung der Träger durch die Staatsregierung mit klugen Konzepten, ausreichend FFP2-Masken und einer ausreichenden Zahl von Tests, übrigens auch für die vielen Menschen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause versorgen.

Außerdem brauchen wir endlich mobile Testteams, die vom Freistaat finanziert werden. Die Staatsregierung hat zu Recht den Katastrophenfall ausgerufen. Wir GRÜNE haben das begrüßt. Somit ist der Freistaat jetzt auch für den Einsatz der Hilfsorganisationen verantwortlich. Herr Söder, wir GRÜNEN halten es für grob fahrlässig, dass Sie das Testen immer noch den Heimen überlassen möchten, die ohnehin schon am Limit ihrer Kapazitäten sind. Viele Hilfsorganisationen haben das erkannt und haben das Testen übernommen. Sie fahren Pflegedienste und Heime an. Der Freistaat übernimmt aber aktuell noch nicht die Kosten für diese Einsätze, weil er sie nicht selbst angeordnet hat. Wir denken, das muss sich schleunigst ändern. Damit könnten wir einen Beitrag für mehr Sicherheit in Pflege- und Altenheimen leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, jetzt kommen wir zur Bildungspolitik. Ich könnte meine ganze Redezeit nur auf dieses Thema verwenden. Herr Söder, Sie haben sich heute sehr nett hinter den Bildungsminister gestellt und gesagt: Man müsse das verstehen, die Schulfamilie sei nicht einfach. – Absolut richtig. Dort gibt es verschiedene Bedürfnisse der Eltern, der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Aber: Wir befinden uns im neunten Monat der Pandemie! Keiner kann mir erklären, dass sich dieser Kultusminister und diese Staatsregierung nicht hätten überlegen können, dass digitaler Unterricht in einer möglichen zweiten Welle erforderlich sein könnte und möglich sein müsste!

Deswegen stelle ich hier die offene Frage: Was macht dieser Kultusminister jeden Tag, außer die Schulfamilie zu verwirren, widersprüchliche Signale zu senden und die Infrastruktur nicht bereitzustellen, die es für ein sicheres Lernen und Lehren in einer Pandemie braucht? Sie müssen endlich dafür sorgen, dass die staatliche Lernplattform mebis zuverlässig funktioniert und nicht in den entscheidenden Momenten offline ist. Das allein spricht Bände über den mangelnden Grad an Digitalisierung in Bayern. Gestern habe ich in einem Brief gelesen, dass in den nächsten Tagen nur noch das Distanzlernen praktiziert wird. Herr Söder, das zeigt sehr deutlich, dass Sie Ihrem eigenen Digitalturbo, den Sie angekündigt haben, nicht trauen. Anstatt Laptop und Lederhose gilt in der Schule weiterhin nur Arbeitsblätter und Lederhose. Das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt hat der Kultusminister zurückgerudert: Nein, ganz so sei es jetzt doch nicht gemeint gewesen. – Aber sorry: Genau das ist das Problem. Wir haben in einer aufgewühlten und angespannten Zeit ein Kommunikationschaos. Sorry, das geht nicht! Wir sind nicht am Tag zwei der Pandemie, an dem alles neu ist, sondern wir sind im neunten Monat. Da können die Schulfamilie, die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleiterinnen und Schulleiter, die sich seit Wochen und Monaten darauf vorbereiten, erwarten, dass ihr oberster Dienstherr klar und nachvollziehbar kommuniziert.

Mit diesem Move, der gestern und heute abgelaufen ist, ist das Vertrauen in die Fähigkeiten der Staatsregierung, Bildungsgerechtigkeit in Zeiten der Pandemie gewährleisten zu können, erneut verspielt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und nun fürs Protokoll: Wenn wir im Januar wieder hier stehen werden, dann erwarte ich, dass es ein Konzept dafür gibt, wie digitaler Unterricht flächendeckend funktionieren und wie sicherer Präsenzunterricht für die Kleinsten organisiert werden kann, sobald die Inzidenzwerte wieder abflachen. Wir GRÜNE werden Sie daran messen, ob Sie das dieses Mal hinbekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE wollen noch einen Punkt machen: Sie haben jetzt zum Fest der Liebe an Weihnachten die Kontaktregeln gelockert. Ehrlich gesagt, die Verwirrung ist schon groß. Man kann auch die Frage stellen, warum Sie nicht einfach nur eine feste Zahl genannt haben; so macht es zum Beispiel Berlin.

Stand jetzt dürften sich drei befreundete Singles aus drei Haushalten nicht treffen, fünf oder mehr eng verwandte Personen aber schon. Man könnte da die Frage stellen, ob das wirklich etwas mit den epidemiologischen Erkenntnissen oder aber eher etwas mit einem antiquierten Gesellschaftsbild zu tun hat; denn für Millionen von Menschen sind Wahlverwandtschaften und Beziehungen zu Freundinnen und Freunden ihr engster Kreis und auch eine wichtige Stütze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde es wichtig, dass wir im Eifer des Corona-Gefechts nicht vergessen, an diejenigen zu denken und zu erinnern, die wegen Corona ihr Leben verloren haben. Hinter jeder Zahl steckt ein Schicksal. Wir haben in Bayern und in Deutschland hierzu bis heute kein offizielles Gedenken abgehalten. Ich fände das aber unglaublich wichtig. Wir GRÜNE werden es deswegen nicht bei Appellen an die Regierung hier im Plenum belassen, sondern werden im Präsidium des Landtags dafür werben, im Landtag einen solchen Gedenktag zu veranstalten. Unserer Meinung nach ist es Zeit dafür.

Es tut mir weh – ich weiß nicht, wie es Ihnen geht –, wenn ich online lese oder höre, wie manche Menschen in unserer Gesellschaft über die Gestorbenen oder diejenigen, die gerade um ihr Leben kämpfen, sprechen. Oft fallen Sätze wie: Naja, waren halt alt. – Wissen Sie was? – Das macht mich traurig und richtig wütend.

Diese Menschen, um die es geht, sind vielleicht der Lieblingsopa oder die Lieblingsoma oder der Lieblingspapa oder die Lieblingsmama. Selbst wenn diese älteren Menschen kein Liebling von irgendjemanden wären, finde ich es abstoßend, wie manche Menschen über ältere Leute sprechen.

Ich weiß, dass ich im Nachgang zu dieser Rede wieder viele Zuschriften erhalten werde, in denen Leute sagen: Ist doch nur eine Grippe! Alte Menschen sterben halt! Schau dir den YouTube-Link XY an, wo irgendjemand mit einem falschen Dokortitel irgendetwas in irgendeine Kamera reinredet! Haben Sie sich diese oder jene Statistik schon angeschaut? – Ich möchte das hier einmal ganz deutlich sagen: Ich habe dafür kein Verständnis. Ich habe für Menschenverachtung und für Unwissenschaftlichkeit kein Verständnis.

Ich finde, ich muss dafür auch kein Verständnis haben. Ich finde auch, dass unsere Gesellschaft dafür kein Verständnis haben muss. Ich gehe sogar so weit zu sagen, dass wir als Gesellschaft diesem Geschwurbel viel zu lange Raum gegeben haben und dafür Verständnis hatten. Ich glaube, es reicht jetzt.

Ich würde mir vielmehr wünschen, dass wir als Gesellschaft mehr Verständnis für das Personal im Gesundheitswesen hätten. Wir sollten deshalb unsere Kontakte

reduzieren und politisch für bessere Rahmenbedingungen sorgen. Wir brauchen dafür aber nicht nur Verständnis, sondern brauchen Verantwortung von jedem Einzelnen von uns.

Ich wünsche mir, dass wir dieses Verantwortungsgefühl und dieses Verständnis zudem für chronisch kranke Menschen aufbringen. Chronisch kranke Menschen sind darauf angewiesen, dass wir uns zurücknehmen. Ich wünsche mir Verständnis und Verantwortung für die vielen Menschen im Einzelhandel, bei der Post und den Paketzustellerinnen und Paketzustellern, die kein Homeoffice machen können, die ihr Bestes geben und in diesem Jahr noch mehr unter Druck stehen. Ich wünsche mir Verständnis für die Leute in den Notbetreuungen in Schule und Kita, Verständnis für die Menschen, die die Hilfsangebote ermöglichen, wenn alles andere zu hat. Ich wünsche mir Verständnis für die Menschen, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten, die im öffentlichen Dienst arbeiten, wenn alle anderen frei haben und zu Hause sind. Ich wünsche mir, dass wir als Gesellschaft mehr Verständnis füreinander haben: Diese Pandemie fordert uns alle heraus, manche jedoch mehr als andere.

Wir GRÜNE wissen deswegen, dass es unsere Aufgabe, dass es die Aufgabe der Politik ist, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass wir bis zur flächendeckenden Impfung möglichst wirksam und gut durch diese Pandemie steuern können. Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird deswegen weiterhin konstruktive Vorschläge einbringen, sinnvolle Maßnahmen mittragen und auch – Herr Söder – das Missmanagement Ihrer Regierung so lange aufzeigen, bis Sie es endlich ändern. Denn wir sind davon überzeugt, dass wir durch eine globale Pandemie nur gemeinsam und solidarisch kommen. Ich wünsche mir, dass wir das im neuen Jahr gemeinsam schaffen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Als nächsten Redner darf ich den Vorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Thomas Kreuzer, aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider führt kein Weg daran vorbei: Wir brauchen im Kampf gegen Corona einen noch strengeren Kurs. Die vom Ministerpräsidenten heute dargelegten Maßnahmen sind so erkennbar notwendig, dass daran nicht gerüttelt werden kann.

Frau Kollegin Schulze, ich habe Ihren Ausführungen auch entnommen, dass Sie den Weg, den auch Länder mit Regierungen gehen, an denen die GRÜNEN beteiligt sind oder in denen Sie sogar den Ministerpräsidenten stellen, grundsätzlich mitgehen wollen. Sie haben sich heute überhaupt sichtbar darum bemüht, sachlich auf die Dinge einzugehen. Ich begrüße dies sehr. Liebe Frau Kollegin, ich glaube, Sie tun das aus Verantwortungsbewusstsein und nicht, um mir den Spaß an meiner Rede zu verderben.

(Heiterkeit – Beifall bei der CSU)

Sie haben verschiedene Punkte angesprochen: Gesundheitsämter, Schulen und Pflegeeinrichtungen. Wir müssen aber natürlich ganz klar erkennen, dass wir insgesamt zum ersten Mal in einer solchen Ausnahmesituation sind. Das letzte vergleichbare Ereignis war die Spanische Grippe am Ende des Ersten Weltkriegs. Die Dinge müssen somit natürlich kontinuierlich verbessert werden.

Niemand kann sagen, es sei schon alles ideal. Das wäre eine Anmaßung. Wir haben die Gesundheitsämter personell aufgestockt. Sie stecken natürlich auch

wegen der explodierenden Zahlen gerade trotzdem wieder in Schwierigkeiten. Wir müssen hier weiter verbessern, im Personaleinsatz flexibler werden und auch mehr Technik einsetzen.

Die Situation für die Schulen ist insgesamt natürlich schwierig. Wir alle haben uns vorgenommen, den Präsenzunterricht und die Betreuung in den Kitas, soweit es geht, aufrechtzuerhalten. Jetzt müssen wir erkennen, dass dies mit der Pandemiebekämpfung nicht vereinbar gewesen wäre, weil immer mehr Studien sagen, dass die Inzidenz bei Kindern nicht anders als bei Erwachsenen ist. Bei Kindern ist die Übertragungsgefahr vielleicht noch größer, weil 50 % der Kinder überhaupt keine Symptome zeigen, somit gar nicht getestet werden und weiter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Natürlich ist es auch schwierig, innerhalb relativ kurzer Zeit technisch perfekt vorzugehen. Wir müssen auch hier arbeiten und die Dinge weiter verbessern. Das Gleiche gilt für die Pflegeheime. Es gibt wesentlich höhere Sicherheitsvorkehrungen als noch im Frühjahr. Man hat hier spät erkannt, dass vor Ort eine Riesengefahr besteht. Wir werden die Testkapazitäten sowohl für die Besucher als auch für die Pflegekräfte ausbauen. Wir haben das angekündigt, das muss umgesetzt werden.

Ich will nur eines sagen, Frau Schulze: Nicht alles, was nicht perfekt läuft, ist gleichzeitig ein Fehler der Verantwortlichen. Wir sehen hier ganz klar, dass das nicht nur in Bayern so ist, sondern dass auch in den anderen 15 Bundesländern nicht alles perfekt läuft. Auch in Baden-Württemberg ist die Situation keine andere. Man muss wissen: Corona ist eine riesengroße Herausforderung, bei der sich alle bemühen, teilweise an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Das werden wir auch in Zukunft tun. Wir werden Schritt für Schritt dazu kommen, dass es noch idealer ist. Aber wie immer im Leben wird es nie Perfektion geben, es wird immer gewisse Schwierigkeiten geben.

Es gilt festzuhalten: Die bisherigen Einschränkungen im Kampf gegen Corona haben durchaus Wirkung erzielt. Wir sind weit von dem Niveau entfernt, auf das wir zugesteuert wären, hätten wir nicht bereits Anfang November gehandelt, Gott sei Dank. Bei exponentiellem Wachstum müssten wir in Deutschland täglich mit 90.000 und mehr Neuerkrankungen rechnen. Das muss uns klar sein; das wäre gekommen, wenn wir nichts getan hätten. Wir haben die Kurve aber abgeflacht und die Entwicklung gestoppt. Fest steht aber auch: Diese Erfolge reichen nicht. Die aktuell geltenden Maßnahmen, selbst wenn wir sie immer weiter verlängern würden, reichen ebenfalls im Endeffekt nicht aus. Das ist wörtlich nachzulesen in der 7. Ad-hoc-Stellungnahme der Leopoldina von der letzten Woche. Ich werde ein paar Kernaussagen daraus nennen: Die Infektionszahlen haben neue Höchststände erreicht. Auch die Zahl der Menschen, die Tag für Tag infolge von Corona sterben, ist so hoch wie nie zuvor. Die Mediziner und die Pflegekräfte in den Kliniken sind schon jetzt an ihrem Limit angekommen. Die Voraussetzungen für die Feiertage und den Winter sind deshalb außerordentlich ungünstig. – So heißt es wörtlich in diesem Papier. Die Aufforderung der Leopoldina ist deshalb unmissverständlich. Sie lautet: Wir müssen die Feiertage und den Jahreswechsel für einen harten Lockdown nutzen. Wir brauchen also weitere Verschärfungen der Corona-Maßnahmen, ohne sie geht es nicht. Denn – Zitat Leopoldina – "schnell eingesetzte, strenge Maßnahmen über einen kurzen Zeitraum tragen erheblich dazu bei, die Infektionszahlen deutlich zu senken." – Das haben sich die Wissenschaftler der Leopoldina auch nicht einfach ausgedacht. Wir sehen es in unseren Nachbarländern Irland und Belgien. In Irland ist die Entwicklung im Übrigen sehr beeindruckend: Die Iren haben im Herbst bewiesen, dass strenge Maßnahmen im Kampf gegen Corona wirksam sind, wie sie übrigens bei uns zu Beginn des Jahres auch funktioniert haben.

Ich möchte betonen, hinter dem Papier der Leopoldina stehen die renommiertesten Wissenschaftler, über die unser Land überhaupt verfügt: vom Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft bis zum Präsidenten des ifo Instituts. Ihren Rat in den Wind zu schlagen, wäre in dieser Situation nicht nur grob fahrlässig; es wäre auch verantwortungslos, liebe Freunde. Das wird in diesem Land aber gemacht: von der Querdenkerbewegung und auch von der AfD. Wenn der Fraktionsvorsitzende der AfD heute dreimal in Zwischenrufen erklärt, dass seine Fraktion in Vollbesetzung tagt, dann will ich ihm zurufen: Wir haben uns hier in diesem Landtag überlegt, wie wir dazu beitragen können, dass von hier kein Infektionsgeschehen ausgeht,

(Zuruf von der AfD)

das unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefährdet, das die Abgeordneten gefährdet und das im Übrigen,

(Unruhe bei der AfD)

weil wir aus dem ganzen Land kommen, liebe Freunde,

(Unruhe bei der AfD)

auch noch die Menschen im Land gefährdet. Das wäre der Fall, wenn sich hier Abgeordnete infizieren. Deswegen haben wir uns entschlossen, Abstände einzuhalten und nicht in voller Besetzung zu tagen, weil dann die Abstände nicht eingehalten werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Fraktionsvorsitzender, wenn Sie hier keine Abstände einhalten, dann gehe ich davon aus, dass Sie auch draußen keine Abstände einhalten, weil Sie die Angelegenheit nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wer dies tut, der gefährdet nicht nur sich, sondern der gefährdet auch andere. Um noch einmal zur Vollbesetzung zurückzukommen: Meine Damen und Herren, Sie sind Geisterfahrer. Vollbesetzung bei Geisterfahrern erhöht aber nicht die Sicherheit, sondern sie zerstört die Sicherheit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Unruhe bei der AfD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Wissenschaft kann und soll beraten. Entscheiden muss aber letztendlich die Politik. Ich danke deshalb unserem Ministerpräsidenten für seinen konsequenten Kurs, den er für den Bund schon vor Wochen vorgezeichnet hat und den er letzten Endes auch mit vorgegeben hat. Mein Dank gilt der ganzen Staatsregierung, die hier bei schwierigsten Entscheidungen so geschlossen agiert, meine Damen und Herren. Jeder, der solche Entscheidungen mit zu treffen hat, weiß, was er für Post von allen Seiten bekommt und wie schwierig es zum Teil ist, so etwas durchzustehen.

Es ist richtig, dass wir einerseits die bestehenden Maßnahmen weiterführen und auch die Hotspot-Strategie fortsetzen. Andererseits führt aber an neuen, noch strengeren Kontaktbeschränkungen, auch an Weihnachten, kein Weg mehr vorbei. Meine Damen und Herren, es bleibt jedem unbenommen, sich mit noch weniger Leuten zu treffen, als dies zulässig ist. Vom Gesundheitsgesichtspunkt aus gesehen, ist das allemal besser. Es ist auch richtig, die Silvesterfeiern in diesem Jahr massiv zu beschränken.

Um die Infektionen großflächig einzudämmen, müssen wir Kontakte aber nicht nur an Weihnachten und Silvester reduzieren, wir müssen auch den Handel einschränken und Dienstleistungsbetriebe wie beispielsweise Friseursalons schließen. Wir wissen, dass die Schließung der Geschäfte, gerade in den Tagen vor Weihnachten, eine enorme finanzielle Belastung und eine emotionale Herausforderung für viele Betriebe, für viele Betriebsinhaber, aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darstellt und natürlich ganz massive Einschränkungen bedeutet. Die Schließungen sind schmerzhaft. Ich kann verstehen, dass jeder, der betroffen ist, darüber ausgesprochen traurig ist und natürlich in den nächsten Wochen bis Weihnachten einer schweren Zeit entgegenght. Wir sind aber überzeugt, dass die Schließungen leider notwendig sind. Gerade im Weihnachtsgeschäft finden unglaublich viele Kontakte statt, und genau die müssen wir reduzieren, wenn wir das Infektionsrisiko und damit die Infektionszahlen wirksam eindämmen wollen.

Letztlich sind die Schließungen auch im Interesse unserer Betriebe, so paradox das auf den ersten Blick klingen mag. Laut Leopoldina erhöhen sich nämlich bei einem strengeren Lockdown zwar kurzfristig die Wertschöpfungsverluste, zugleich verkürzt sich aber der Zeitraum, bis die Zahl der neuen Infektionen so weit gesunken ist, dass Lockerungen wieder möglich werden. Ich bin von manchen Branchen, die seit Anfang November betroffen sind, beispielsweise von Gastwirten und anderen, dringend aufgefordert worden, dass wir jetzt strenger handeln, weil sie sagen: Wenn jetzt nichts passiert, dann werden wir Gastwirtschaften bis zum Frühjahr, bis zum Mai, nicht aufmachen können. Deshalb brauchen wir jetzt Maßnahmen, die wirksamer eindämmen als bisher.

Unbedingt zu begrüßen ist natürlich, dass der Bund über die verbesserte Überbrückungshilfe III die betroffenen Unternehmen und Selbstständigen finanziell unterstützen wird. Davon geht das klare Signal aus: Wir lassen unsere Betriebe auch in dieser schwierigen Zeit nicht allein. – Ich weiß, dass sie trotzdem betroffen sind und niemand in einer solchen Situation einen Vollaussgleich leisten kann. Ich sage aber auch: Ich kenne kein Land, das den Betrieben und den Betroffenen so hilft wie die Bundesrepublik Deutschland und auch Bayern mit so manchem Zusatzprogramm, das wir gefahren haben.

(Beifall bei der CSU)

Was Kitas und Schulen betrifft, so ist die Entscheidung niemandem leichtgefallen. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass Corona ähnlich viele Schüler wie Lehrer betrifft und dass sich Kinder wie Erwachsene mit Corona anstecken können. So sehr ich alle betroffenen Eltern verstehen kann, muss ich sagen: Auch hier ist angesichts der Lage einfach Solidarität gefragt. Die Weihnachtsferien stehen jetzt ohnehin vor der Tür. Wenn wir jetzt schließen, können wir viel zur Eindämmung von Kontakten und Infektionen bewirken. Trotzdem haben wir gleichzeitig verhältnismäßig wenig Ausfall. Für die Eltern, die ihre Kinder nicht selbst betreuen können, bieten wir in den unteren Jahrgangsstufen eine Notbetreuung an. Der Bund hat zugesagt, Möglichkeiten zu schaffen, damit Eltern für die Betreuung der Kinder während des Lockdowns bezahlten Urlaub nehmen können. Auch hier gilt: Wir lassen die Betroffenen nicht allein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass eine zweite Welle kommen würde, war klar. Dass der Winter hart werden würde, wusste jeder, der mit offenen Augen durch die Welt ging. Wir haben das in anderen Ländern schon früher als bei uns gesehen. Dass die zweite Welle einer Pandemie immer schwieriger zu handhaben ist, zeigt ein Blick in die Geschichte. Denken Sie an die Spanische Grippe am Ende des Ersten Weltkrieges.

Wir haben uns deshalb vorbereitet. Wir haben in Bayern zusätzliche Intensivpflegeplätze eingerichtet. Wir haben ein Pandemie-Zentrallager angelegt und die Be-

schaffung von Schutzausrüstung und Medizinprodukten verbessert. Wir haben die Testkapazitäten deutlich ausgebaut – versiebenfacht. Wir haben flächendeckend Testzentren aufgebaut und Millionen Schnelltests beschafft, die wir jetzt ganz vermehrt auch in den Pflegeeinrichtungen einsetzen.

Wir haben schon im Oktober, als die Infektionszahlen zu steigen begannen, die ersten Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Kontakte zu reduzieren. Wir haben damit einen weiteren rasanten Anstieg der Inzidenz tatsächlich abbremsen und verhindern können. Das beweist, dass Abstandhalten, Kontaktreduktion und Hygienemaßnahmen wirklich wirksame Mittel gegen Corona sind. Wir konnten damit alle gemeinsam das Leben und die Gesundheit vieler Menschen in Bayern schützen. Wir müssen daran jetzt mit aller Kraft und mit aller Konsequenz weiterarbeiten.

Das bessere Verständnis von Corona und bessere Therapiemöglichkeiten helfen uns jetzt. Im Unterschied zum Frühjahr können viele Patienten mittlerweile auf normalen Stationen behandelt werden und müssen nicht auf eine Intensivstation. Es geht aber nicht nur um die Corona-Patienten, die auf eine Intensivstation müssen. Wir müssen auch an die Menschen denken, die eine Notfallversorgung brauchen, die dringend auf eine Transplantation angewiesen sind oder auf eine Tumoroperation warten, die nicht mehr lange aufgeschoben werden kann. Wir müssen auch für diese Menschen Intensivkapazitäten vorhalten. Wir müssen auch ihretwegen jetzt handeln, Kontakte reduzieren und uns leider im Alltag wieder einschränken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch immer sind in unserem Land unerträglich verharmlosende Sprüche zu hören: Corona sei wie eine mittlere Grippe. Gestorben sei man schon immer. Viele Alte wären sowieso gestorben. Der Tod gehöre zum Leben usw. – Dieser Unsinn wird durch seine fortwährende Wiederholung nicht richtig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Unsinn ist vor allem eines: Er ist ethisch zutiefst verwerflich und einer humanitären Gesellschaft unwürdig.

(Beifall)

Ich appelliere an alle sogenannten Querdenker. Ich meine damit auch diejenigen, die hier im Plenarsaal ganz rechts außen sitzen,

(Zurufe)

die im Herbst die Warnungen vor einer zweiten Corona-Welle als Panikmache verunglimpft haben, die von einer Corona-Diktatur schwadronieren und damit viele Menschen in diesem Land verunsichern wollen. Meine Damen und Herren, fangen Sie endlich überhaupt einmal mit dem Denken an!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hören Sie auf die Intensivmediziner, die jeden Tag in den Kliniken dieses Landes um das Leben von Corona-Patienten kämpfen und ganz dringend vor solchen Verharmlosungen warnen! Nehmen Sie zur Kenntnis, dass für uns jedes Leben, egal in welchem Alter und egal in welchem Gesundheitszustand, seinen einzigartigen Wert hat und zu schützen ist! Corona ist keine Verschwörung. Corona ist ein gefährliches Virus. Wir scheuen keine sachliche Debatte. Wer aber nur Unfrieden säen, für Verunsicherung sorgen und Corona verharmlosen will, der nützt nur dem Virus. Die vergangenen Wochen haben dies gezeigt.

Meine Damen und Herren, die strengen Maßnahmen können nur wirken, wenn sich jeder für deren Einhaltung verantwortlich fühlt.

(Zuruf)

Wir konstatieren ganz klar: Ein ganz großer Teil der Menschen geht äußerst verantwortungsbewusst alltäglich mit Corona um. Wir sehen dies. Masken werden dort getragen, wo es vorgeschrieben ist. Man versucht, Abstände zu halten. Man versucht insgesamt, Treffen, die nicht unbedingt notwendig sind, zu vermeiden. Man versucht, im Homeoffice zu arbeiten. Die allermeisten Menschen verhalten sich vorbildlich. Dafür möchte ich ihnen auch danken. Es ist somit ihr Erfolg, dass wir den Anstieg der Infektionszahlen verlangsamen und zeitweise sogar stoppen konnten.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land hat sich schon in der vergangenen Woche im aktuellen ZDF-Politbarometer für einen härteren Lockdown ausgesprochen, weil sie erkannt haben, dass andere Maßnahmen nicht wirken und dass wir aus dieser Spirale nicht mehr herauskommen – was wir aber müssen. Wir müssen das jetzt alle gemeinsam umsetzen. Ich appelliere deshalb an die bayerischen Bürgerinnen und Bürger und bitte sie: Schützen Sie sich, und tun Sie alles dafür, dass Sie sich nicht mit Corona anstecken und dass Sie vor allem dann andere nicht anstecken. Das ist das Tückische an dieser Krankheit: Bei vielen Krankheiten ist man in erster Linie für seine Gesundheit selbst verantwortlich und gefährdet keine weiteren Personen. In einer Pandemie ist es genau umgekehrt: Wenn man unvorsichtig ist, gefährdet man nicht nur sich selbst, sondern auch andere.

Corona trifft Junge und Alte gleichermaßen. Niemand kann sicher sein, und niemand weiß, wie eine Infektion ausgeht. Schwerwiegende Spätfolgen oder gar der Tod sind auch bei ganz jungen Menschen keine Seltenheit. Kein Familientreffen oder Einkaufserlebnis ist es wert, dass man es mit einer schweren Corona-Erkrankung bezahlen muss. Ich bitte deshalb alle: Seien Sie achtsam! Auf diese nächsten Wochen kommt es ganz entscheidend an. Wir hoffen, dass wir die Zahlen entscheidend senken können und dass wir im neuen Jahr – niemand hier kann einen Zeitpunkt versprechen – wie im Sommer 2020 in der Lage sein werden, das eine oder andere wieder zu normalisieren und zu lockern. Die Voraussetzung dafür ist aber ein deutliches Absenken der Zahlen. Wenn jemand meint, er könne heute lockern, dann muss er wissen, dass uns das in eine katastrophale Lage brächte und dass wir mit stark ansteigenden Zahlen rechnen müssten. Wir alle wollen das nicht und können das auch nicht verantworten.

Es werden auch wieder andere Zeiten kommen, in denen wir frei und unbeschwert Weihnachten und Silvester feiern können. Ich wünsche Ihnen trotz allem eine gute Adventszeit, gesegnete Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr, auf das wir alle mit Hoffnung und Zuversicht schauen. Bleiben Sie alle gesund. Gott schütze Sie und unser Land!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, vielen herzlichen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt vier Zwischenbemerkungen, und zwar der Reihe nach von den Kollegen Hahn, Plenk, Deisenhofer und der Kollegin Sandt. Ich rufe den Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn auf. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Kreuzer, Ihr Ministerpräsident Söder versucht hier mit der säuselnden Stimme eines Märchenerzählers zu emotionalisieren. Wir brauchen aber eigentlich keine Emotionen. Wir brauchen wirkliche Fakten. Zu diesen wirklichen Fakten gehört es eben, dass wir im ersten Lockdown keine Übersterblichkeit hatten. Laut einer neuen Studie der LMU, der Universität München, die vor vier Tagen von mehreren Professoren veröffentlicht worden ist, haben wir insgesamt keine ausgeprägte Übersterblichkeit. Trotzdem wird jetzt unsere Wirtschaft an die Wand gefahren, und Sie schließen auch noch die Schulen mit den ganzen Auswirkungen, obwohl es früher hieß: Die Schulen werden nicht geschlossen. – Das ist meiner Meinung nach nicht verantwortungsvoll.

Ich zitiere jetzt Ihren Gesundheitsminister im Bund, Herrn Spahn. Der hatte noch im September 2020 gesagt: Man würde mit dem Wissen von heute keine Friseur-salons mehr schließen. Man würde den Einzelhandel nicht mehr schließen. Das werde nicht noch einmal passieren. – So waren seine Worte. Jetzt frage ich Sie und auch Herrn Söder: Was soll man Ihnen und Ihresgleichen aus der CDU/CSU noch glauben?

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Herr Abgeordneter.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Hahn, wer wie Sie unentwegt Märchen erzählt, kann irgendwann nicht mehr zwischen Märchen und Wirklichkeit unterscheiden. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was Übersterblichkeit durch Corona bedeutet, haben Sie in anderen Ländern, beispielsweise in Oberitalien, während der ersten Welle gesehen. Wir haben auch eine Übersterblichkeit, allerdings in geringerem Umfang. Das ist deswegen so, weil wir beim ersten Lockdown rechtzeitig und entschlossen gehandelt haben. Wir haben im Moment in Bayern über 100 Tote pro Tag; ich glaube, heute waren es 126 Tote. Das sind ungeheure Zahlen, die unmittelbar auf Corona zurückzuführen sind. Wer dies nicht glaubt, soll die eine oder andere Intensivstation aufsuchen oder mit Intensivmedizinern reden. Deswegen ist es jetzt richtig zu handeln, und deswegen werden wir auch mit Einleitung der entscheidenden Maßnahmen erreichen – so hoffe ich –, dass wir dieses Mal nicht eine massive Übersterblichkeit bekommen. Wenn dieses Land von Politikern wie Ihnen regiert wäre, die nichts tun, dann würde massive Übersterblichkeit eintreten, Herr Hahn.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Bevor ich den nächsten Redner zu einer Zwischenbemerkung aufrufe, möchte ich einen Hinweis geben. Wenn jemand sein Handy schon nicht leiser stellt, dann möge er es bitte nicht auf "laut" alleine liegen lassen. – Ich darf als nächsten Redner den fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk aufrufen.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Kreuzer, leider ist Ihre Kurzfriststrategie zur Pandemiebekämpfung kläglich gescheitert. Das erleben wir jetzt mit dem harten Lockdown. Deswegen habe ich eine Frage zur Langzeitstrategie. Ministerpräsident Söder hat sich dahin gehend geäußert, dass er aufs Impfen setzt. Es ist massive Kritik an – sagen wir mal – Impfskeptikern oder Impfgegnern geäußert worden. Meine konkrete Frage: Warum wollen Sie ausschließlich aufs Impfen setzen, wo doch jetzt kürzlich ein Medikament entwickelt wurde, bei dem man offensichtlich einen Durchbruch erzielt hat und mit dem man COVID-19 möglicherweise auch medikamentös behandeln kann? Ich frage deswegen so detailliert, weil einer der heißesten Anwärtler für den Corona-Impfstoff in seiner Studie aktuell immer noch keine abschließende Aussage dazu treffen kann, wie es sich mit Langzeitfolgen der Infektiosität und der Möglichkeit verhält, dass Geimpfte sich weiterhin infizieren können. In dem Zusammenhang habe ich auch noch eine zweite Frage.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit, Herr Kollege!

Markus Plenk (fraktionslos): Sind Sie für eine Impfpflicht – ja oder nein?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte, Herr Abgeordneter Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Sie fragen nach der Langfriststrategie und sagen, dass sie kläglich gescheitert ist. Herr Plenk, ich würde Ihnen mal empfehlen, sich mit einem Mathematiker zu unterhalten, was passiert, wenn man nicht handelt, und was exponentielles Wachstum bedeutet. Dann sehen Sie, dass die Maßnahmen natürlich dazu geführt haben, dass dies nicht eingetreten ist. Sonst wären wir bei ganz anderen Zahlen als heute, bei verheerenden Zahlen mit einer Vielzahl von Toten.

Die Langfriststrategie besteht darin, dass wir die Zahlen auf einem niedrigen Niveau halten müssen. Wir werden Corona nicht ausrotten, solange wir nicht impfen können und keine Immunität eintritt. Die Langfriststrategie heißt also: Ein niedriges Niveau halten, die Fälle nachverfolgen, sodass kein exponentielles Wachstum einsetzt und möglichst wenige Menschen erkranken, gleichzeitig die Impfung anbieten, möglichst viele Menschen impfen und natürlich auch Medikamente für Erkrankte entwickeln und einsetzen, damit ein schwerer Verlauf verhindert wird. All dies gehört zur Strategie. Jeder muss wissen, dass es völlig unredlich wäre, heute einen genauen Zeitplan vorzulegen. Aber der Weg und die Strategie sind klar, und ich bin der Auffassung, dass wir jetzt durch diesen Winter kommen müssen und dass wir dann die entsprechenden Erfolge erzielen können.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die dritte Zwischenbemerkung kommt vom Abgeordneten Max Deisenhofer von den GRÜNEN. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Lieber Kollege Kreuzer, Sie haben das Thema Schule angesprochen. Der Ministerpräsident hat vorher bei dem Chaos um das Distanzlernen von Missverständnissen gesprochen. Gestern hieß es in dem Schreiben an die Schulen: "Distanzunterricht findet in den betreffenden Klassen nicht statt." Ich frage mich einfach, warum es keinen Distanzunterricht gibt. Liegt es jetzt an mebis oder doch an der Ausstattung?

Der Ministerpräsident hat hier im Plenum am 27. November gesagt, dass für die Lehrertablets 93 Millionen Euro zur Verfügung stehen; von den 90.000 anzuschaffenden Tablets seien schon 28.000 im Einsatz. Ich habe dann mal nachgefragt. Es gibt noch nicht einmal eine Förderrichtlinie. Noch kein einziger Cent davon wurde abgerufen, kein einziges Tablet gekauft. Es wurden lediglich bereits vorhandene Geräte ausgegeben. Die Frage ist, warum es jetzt an den nächsten drei Tagen in Bayern keinen flächendeckenden Distanzunterricht in Bayern gibt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Thomas Kreuzer (CSU): Ich persönlich halte es bei drei Tagen für richtig, dass man es den Schulen überlässt, wie sie diese drei Tage Unterricht gestalten. Eine Schule kann zum Beispiel sagen: Wir machen zwei Tage Distanzunterricht, am ersten Tag Distanzunterricht, am zweiten Tag Arbeitsaufträge, am dritten Tag wieder Distanzunterricht. – Das braucht man nicht von oben vorgeben, sondern das kann jede Schule selber entscheiden.

Die technische Ausstattung ist an vielen Schulen vorhanden. Bei mir waren jetzt wieder Lehrer von einer Realschule, die sich bedankt haben, dass wir Schülerleihgeräte zur Verfügung gestellt haben, und die gesagt haben, sie hätten bei ihnen auch ausgereicht; sie hätten sie an die Schüler ausgegeben, und es würde gut funktionieren.

Ich habe vorhin schon der Kollegin Schulze gesagt, dass wir nicht perfekt sind. Wir müssen das noch perfekter organisieren. Liebe Leute, nicht vergessen, dass wir

1,6 Millionen Schüler haben! Das kann man nicht mit einem Betrieb mit 30 Mitarbeitern vergleichen. Wir haben 1,6 Millionen Schüler und 150.000 Lehrer. Da braucht es natürlich schon eine Zeit. Aber es muss besser werden. Das sage ich Ihnen ganz klar. Die digitale Ausstattung und die digitalen Möglichkeiten müssen besser genutzt werden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die vierte Frage kommt noch von Frau Abgeordnete Julika Sandt. Bitte, Frau Abgeordnete.

Julika Sandt (FDP): Herr Kreuzer, ich habe gerade gedacht, der Kollege schnappt mir die Frage weg. Aber nach Ihrer Antwort muss ich doch noch nachhaken. Sie sagen einfach, dass es besser werden muss. In München-Sendling zum Beispiel gibt es ein Gymnasium, bei dem die Schüler seit Wochen in Quarantäne sind. Sie hatten in der 11. Klasse letztlich überhaupt nur in zwei Fächern Unterricht. Viele Schulen haben angekündigt, Online-Unterricht zu machen. Gestern aber haben sie wieder zurückgezogen und angekündigt, jetzt nur mit Arbeitsblättern zu arbeiten.

Wir haben eben die Aussage des Ministerpräsidenten gehört: Er geht davon aus, dass nach dem 10. Januar zunächst weiterhin Distanz- und Wechselunterricht stattfinden wird. Die Frage lautet jetzt: Wie ist da Ihr Konzept? Können Sie heute zusagen und sicherstellen, dass die Schüler qualitätvollen Unterricht erhalten werden? Oder müssen die Eltern und vor allem die Schüler weiterhin damit rechnen, dass sie nicht gefördert werden und zum Teil wochenlang hin und wieder mal ein Aufgabenblatt bekommen und sonst gar nichts? Wie gut haben Sie das im Griff?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Man muss klar sagen: Präsenzunterricht ist einfach das Beste. Da machen wir uns nichts vor. Aber man kann natürlich auch Distanzunterricht gut machen. Ich gehe davon aus, dass die Lehrer jetzt an diesem Projekt insgesamt arbeiten. Wir müssen davon ausgehen, dass wir den Distanzunterricht auch nach den Ferien brauchen. Im Übrigen gibt es Schulen, die das bestens im Griff haben. Ich kenne Schüler, die um 8 Uhr in die Schule gegangen sind; sie sind heimgeschickt worden, und um 10 Uhr hat der Fernunterricht begonnen. Alle waren wieder dort. Woanders klappt es leider Gottes nicht. Da muss man entsprechend nachschauen.

Zu Ihrer Anmerkung zur Quarantäne: Es bringt nichts, wenn man sich massiv gegen einen Lockdown an Schulen wehrt. Hinterher stellt man fest, dass fast jeder Schüler im Verlauf des Winters zwei bis drei Wochen in Quarantäne war. Dann hat er auch drei Wochen keinen Präsenzunterricht gehabt. Deswegen ist richtig, dass wir jetzt versuchen, die Pandemie einzudämmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr vor. Ich bedanke mich beim Fraktionsvorsitzenden Kreuzer für seine Worte und darf als nächste Rednerin die Frau Abgeordnete Ebner-Steiner aufrufen.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Liebe Bürgerinnen und Bürger, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Söder, wir sind die Stimme der bayerischen Bürgerinnen und Bürger, die mit Ihrer Corona-Politik nicht einverstanden sind.

(Beifall bei der AfD)

Darunter sind viele ehemalige CSU-Mitglieder und -Wähler, die derzeit Ihrer Partei den Rücken kehren; denn Sie haben in dieser Pandemie endgültig die Kontrolle verloren – die Kontrolle über eine nüchterne Analyse, die Kontrolle über den Verlauf der sogenannten Pandemie, die Kontrolle über die Realität. Deswegen brauchen Sie jetzt ein großes Ablenkungsmanöver: den zweiten Lockdown. Er spiegelt Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit vor, dabei ist er vor allem Zeugnis von Planlosigkeit und Kontrollverlust und sogar von Hilflosigkeit.

(Beifall bei der AfD)

Millionensummen haben Sie für sinnlose Massentests verpulvert – Geld, das Sie besser für den Schutz der Risikogruppen ausgegeben hätten. Meine über 90-jährige Großmutter und alle Risikopatienten hier in Bayern warten zu Hause bis heute auf die großspurig versprochenen FFP2-Masken.

(Thomas Kreuzer (CSU): Bringen Sie doch eine vorbei, Frau Ebner-Steiner! – Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ein großer Teil dieser Menschen lebt eben nicht in Alten- und in Pflegeheimen. Diese Menschen werden von Ihnen zu Hause mit dem Infektionsrisiko alleingelassen und im wahrsten Sinne des Wortes zurückgelassen. Nicht jede Großmutter und nicht jeder Großvater hat eine sorgende Enkeltochter; auch für sie müssen wir da sein, Herr Kreuzer.

(Beifall bei der AfD – Zurufe)

Ich kenne viele Frauen in der Stadt und auf dem Land, die mit einer Rente von 450 Euro überleben müssen. Die Durchschnittsrente von Frauen in Deutschland beträgt gerade einmal 711 Euro; davon kann man sich nicht jeden Tag eine FFP2-Maske kaufen. Viele dieser Frauen haben Kinder großgezogen; sie haben dieses Land aufgebaut; sie haben es verdient, respektvoll behandelt zu werden.

Herr Söder, Sie reden von Empathie und von Mitgefühl; doch Ihre Taten sprechen eine ganz andere Sprache. Sie haben bis heute nichts unternommen, um unsere Seniorinnen und Senioren systematisch und wirksam zu schützen.

(Beifall bei der AfD – Zuruf)

Jetzt stolpern Sie von einem Lockdown in den nächsten nach dem immer gleichen primitiven Muster: verbieten, verbieten und nochmals verbieten. Mittlerweile ist vor Ihnen nicht mal mehr das Amen in der Kirche sicher. Ihre ganze Corona-Politik basiert auf der Grundlage einer zweifelhaften Testpraxis.

Im medizinischen Sinn wird zwischen Infektion und Besiedelung unterschieden. Nicht jeder mittels PCR-Test aufgefundene Mikroorganismus weist gleich auf eine Infektion hin.

(Zuruf)

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben: Im menschlichen Körper gibt es eine ganze Reihe von Abwehrbarrieren für Mikroorganismen, und nur wenn diese Barrieren überwunden werden, wie bei einer Mandelentzündung, liegt eine Infektion vor. Der PCR-Test allein ist kein Nachweis für eine Infektion. Genau das steht auch in den Beipackzetteln dieser Tests.

(Zuruf)

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist höchste Zeit, die Entscheidungsgrundlagen für Ihre Corona-Politik und die daraus resultierenden Maßnahmen zu hinterfragen.

Herr Söder, Ihre Minister und Abgeordnete haben kürzlich in der Landtagsgaststätte gezeigt, was sie von Ihren Corona-Maßnahmen halten. Die Minister Sibler und Schreyer saßen mit drei weiteren CSU-Abgeordneten, und damit zu fünft, an einem Tisch. Das war ein unverzeihlicher Verstoß gegen die Kontaktbeschränkungen. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Das ist politische Heuchelei.

(Beifall bei der AfD)

Lieber, geschätzter Herr Kollege Kreuzer, kehren Sie vor Ihrer eigenen Tür, anstatt ständig auf die AfD einzudreschen! Machen Sie Ihre Hausaufgaben! Um eine langfristige Strategie machen Sie nach wie vor einen großen Bogen. Stattdessen sperren Sie uns Bürger nun komplett ein. Nüchterne, rationale Analyse ist eben nicht die Sache der Staatsregierung. Für die unzähligen Existenzen, die vernichtet wurden, für die Unternehmen, die Sie in den Ruin treiben, fehlt Ihnen jedwedes Verständnis. Auch hier gebe ich Ihnen gerne ein Beispiel: Eine langjährige und gute Freundin von mir muss zum Ende des Jahres ihr Bekleidungsgeschäft aufgeben, das sie über 25 Jahre erfolgreich betrieben hat. Als alleinerziehende Mutter von zwei Kindern ist sie wahrlich lebenserprobt. Doch Ihre Maßnahmen haben ihr die Lebensgrundlage unwiederbringlich entzogen.

Es ist auch so, dass nicht jeder Geld mit Face Shields verdienen kann. Die Unzufriedenheit der Bürger mit den sogenannten Maßnahmen gegen Corona ist so groß wie nie, vor allem bei den jungen Menschen. Fast zwei Drittel verweigern den Regierungen mittlerweile die Unterstützung. Die Quittung erhalten Sie auf den Straßen; denn auf diesen Realitätsverlust folgt der Vertrauensverlust von uns Bürgern. Herr Söder, vor allem will Ihnen keiner mehr zuhören. Ihre ständige Angstpropaganda, Ihre Durchhalteparolen – immer weniger Bürger glauben Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem haben Sie Angst davor, den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Sie müssen ihnen sagen: Die Maßnahmen haben bisher einfach nichts bewirkt. Die Milliarden wurden unnütz verschwendet, und viele Existenzen wurden ruiniert. – Aber Sie täuschen die Menschen lieber weiter. Es hätte von Beginn an eines getan werden müssen: nämlich die Grenzen zu schließen und Tests anzubieten. Die eigenen Bürger wurden eingesperrt, bekamen Reiseverbote und Ausgangssperren; aber für Migranten standen und stehen die Grenzen sperrangelweit offen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch)

Aber ich muss auch die anderen Oppositionsparteien fragen: Warum wurden unsere konstruktiven Vorschläge pauschal abgeschmettert?

(Lachen – Lebhafter Widerspruch – Unruhe)

Wir haben einen Untersuchungsausschuss gefordert und vor allem die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit ausgewiesenen Fachleuten vorgeschlagen. Dadurch hätte man Bayern krisenfest machen können.

(Beifall bei der AfD)

Mit Ihrer Corona- und Lockdown-Politik riskieren wir viel. Es geht um unsere wirtschaftliche Zukunft, unser Zusammenleben, unsere freiheitliche Gesellschaft.

Sie drücken hier im Parlament auf die Tränendrüse und handeln selbst kalt wie Eis. Nach all den Strapazen der letzten Wochen und Monate zerstören Sie jetzt auch noch das Weihnachtsgeschäft, das teilweise bis zu 50 % des Jahresumsatzes ausmachen kann, zum Beispiel in Skigeschäften. Herr Söder, jetzt schließen Sie auch noch die Skigebiete in selbstherrlicher Manier, weil Kronprinz Markus das Skifahren eben nicht beliebt. Wir rollen jetzt auf eine gigantische Pleitewelle zu.

Ähnlich schlimm sieht es im Hotel- und Gaststättengewerbe und in zahlreichen anderen Branchen aus. Doch Sie setzen dem Ganzen noch die Krone auf; denn die von Ihnen vollmundig und gönnerhaft versprochenen Hilfen kommen bei den Unternehmen gar nicht, zu spät oder in nicht ausreichender Höhe an, wie der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Gabriel Felbermayr festgestellt hat. Kleine und mittlere Betriebe werden Ihrer Unbelehrbarkeit und Geltungssucht geopfert, und nur einige wenige globale Großkonzerne profitieren von Ihrer Kahlschlagpolitik, während viele Menschen in diesem Lande nicht mehr wissen, wie es finanziell weitergehen soll. Das ist Ihre traurige Bilanz, Herr Söder.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie die Menschen doch im Rahmen sinnvoller Hygienemaßnahmen wieder ihre Arbeit machen! Erlauben Sie dem Einzelhandel, den Schulen und Kindertagesstätten ihren regulären Betrieb, und öffnen Sie endlich wieder die Hotels und Gaststätten! Und vor allem: Stellen Sie alle Planungen, die Bevölkerung überstürzt und voreilig impfen zu lassen, sofort ein, bis die Risiken und Nebenwirkungen der Impfung bekannt sind und die Frage nach der Haftung bei Impfschäden geklärt ist! Die Menschen in Bayern sind nicht Ihre Versuchskaninchen. Hier geht es um Menschenleben, nicht darum, durch Massentests vom Scheitern der bisherigen Corona-Politik abzulenken.

Gott schütze unsere bayerischen Bürgerinnen und Bürger und unser Land!

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Widerspruch)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner, und darf jetzt den Vorsitzenden der Fraktion FREIE WÄHLER, Herrn Florian Streibl, aufrufen. – Auch heute, in der letzten Sitzung des Jahres, nochmals Dank an die Offiziantinnen und Offizianten; die haben es, auch heute wieder, wirklich prima gemacht.

(Allgemeiner Beifall)

Bitte schön, Herr Abgeordneter Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie immer an dieser Stelle ein erstes Wort an die AfD; anders kann es bei der Rednerliste nicht sein.

(Zuruf von der AfD)

Frau Ebner-Steiner, Sie haben hier auf die Tränendrüse gedrückt, schieben den zweiten Lockdown einfach dieser Staatsregierung in die Schuhe und übersehen dabei: Es ist ein Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ganz Deutschlands und der Kanzlerin.

(Zurufe)

Auf dieses Gutachten kann ich auch eingehen: Sie interpretieren auch hier wieder falsch. Dieses Gutachten beweist, dass die Maßnahmen gewirkt und eine Übersterblichkeit verhindert haben, und nicht, wie Sie sagen, dass es sie nicht gab.

(Widerspruch bei der AfD)

Die Maßnahmen jetzt sind wichtig und notwendig, um Übersterblichkeit zu verhindern. Ich hoffe, dass wir es schaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vor neun Monaten, im März, sind wir zum ersten Mal hier zusammengekommen, um über die Pandemie zu sprechen und die ersten Maßnahmen zu treffen, genau die Maßnahmen, die die erste Welle gebrochen und das Schlimmste verhindert haben. Wir haben es für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger getan. Dafür ist diese Regierung auch da und verantwortlich: um den Schutz der Menschen in Bayern zu gewährleisten.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir sind damals mutig und konsequent vorgegangen. – Herr Hahn, lernen Sie erst einmal, sich zu benehmen und nicht dauernd dazwischenzuschreien.

(Beifall – Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Das Parlament hat aber auch einen Anstand, den Sie hingegen vermissen lassen.

(Beifall – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist Debattenkultur, Herr Streibl!)

Nein, das ist Flegeltum, Herr Hahn.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Ministerpräsidenten haben am Sonntag beraten. In einer überraschend schnellen Beratung innerhalb von einer Stunde kamen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland zu dem Ergebnis, einen zweiten harten Lockdown zu beschließen, den wir hier heute auch beschließen und letztlich umsetzen werden. Der Beschluss ist in dieser Geschwindigkeit und in dieser Einmütigkeit einmalig. Dies ist Beweis genug für den absoluten Ernst der Lage. Es ist nicht Viertel vor zwölf, sondern es ist zwölf! Jetzt ist es wichtig zu handeln. Natürlich sind diese Maßnahmen, die wir mit Bedauern treffen müssen, schwer, aber sie sind jetzt absolut notwendig, wenn wir gut über diesen Winter kommen wollen, meine Damen und Herren. Selbstverständlich ist es eine Zumutung für uns alle, hier Einschränkungen hinnehmen zu müssen. Diese Zumutung ist aber notwendig. Auch verlangt es unser aller Mut, das Ganze mutig anzupacken und mutig umzusetzen.

Meine Damen und Herren, Mahatma Gandhi hat einmal gesagt, die Zukunft hängt davon ab, was wir heute tun. Wir müssen heute das Richtige tun. Das Richtige sind die Maßnahmen der Ministerpräsidentenkonferenz, die Maßnahmen, die gestern das Bayerische Kabinett beschlossen hat, und die Maßnahmen, die der Landtag heute mitbeschließen und mittragen wird. Meine Damen und Herren, das ist funktionierende Demokratie. Es funktioniert, indem man alle parlamentarischen und legislativen Ebenen einschließt und hier mitberät. Wir haben heute diese Sondersitzung, weil uns die Demokratie so wichtig ist, dass wir die Maßnahmen hier und jetzt beraten und beschließen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Auch für uns in der Koalition ist diese Situation eine Herausforderung. Wir sind aber keine "Schönwetter"-Koalition, die nur in guten Zeiten zusammensteht, wenn es gute Erfolge zu verkünden gibt, sondern eine Koalition, die auch in schlechten Zeiten zusammensteht und sagt: In diesen schlechten Zeiten tragen wir es ge-

meinsam, weil unser Land, unser Volk und unser Bayern es uns wert sind, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gleichzeitig müssen wir uns natürlich auch überlegen, wie es weitergeht, wie das nächste Jahr aussehen muss und wie wir einen Weg gehen können, der wieder ein Mehr an Lockerungen ermöglicht.

(Zuruf)

Dabei müssen wir sehen, wie wir mit den FFP2-Masken umgehen und diese Masken flächendeckend einsetzen können, die neben Abstandhalten das Mittel des Schutzes sind. Diesen Schutz müssen wir auch flächendeckend einsetzen. Meine Damen und Herren, Sie müssen auch zugestehen, dass wir in dieser Pandemie, die wir alle noch nicht erlebt haben, auch lernen und verstehen müssen, wie es weitergeht und welche Mittel wir einsetzen müssen.

Hierzu gehört dann natürlich auch das Impfen. Wie ich es vorhin gehört habe, sollte der Impfstoff ab 21. Dezember bereitstehen, der genehmigt werden und die Zulassung erhalten soll. Wir müssen auch sehen, wie wir in den Pflegeheimen und in den Krankenhäusern mit der Situation umgehen. Hier müssen wir sehen, wie wir Heimbewohner und Patienten schützen können, und versuchen, keine Viren von außen einzutragen. Um das Ganze zu bewerkstelligen, braucht man ein Testprogramm, wie es jetzt auch beschlossen wurde, sowie Schutzanzüge und Schutzmaßnahmen.

Die nächste Frage von Frau Schulze, die jetzt nicht hier ist, lautete: Was macht der Kultusminister? – Das ist eine tolle Frage. Der Kultusminister macht nichts anderes als alle anderen Kultusminister in der Bundesrepublik Deutschland, er erfüllt die Beschlüsse der MPK. Genau das tut er, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zurufe)

Die Diskussion, die die Opposition hier eröffnet, ist eine Oppositionsdiskussion, die Ihrer Rolle geschuldet ist. Das hört man aber aus allen Landesparlamenten. Die Fragen und die Punkte, die Sie nennen, bringen alle Oppositionspolitiker in ganz Deutschland mit Blick auf die jeweiligen Kultusminister.

Zuruf

Auch die Rücktrittsforderung, liebe FDP, ist leider nichts Neues. Diese wurde erst gestern an die FDP-Kultusministerin in NRW gestellt.

(Zuruf)

Überall gibt es die gleiche Diskussion. Sie haben das nicht erfunden, sondern Sie plappern nur das nach, was die Opposition in einem anderen Bundesland zu Ihren eigenen Ministern sagt. Sorry, das ist wirklich keine tolle Leistung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Viel wichtiger ist aber, dass wir die Maßnahmen ernst nehmen. Nicht nur wir hier im Landtag, sondern jeder im Land muss sie ernst nehmen; denn nur dann können sie wirken. Ich habe es schon letzte Woche gesagt: Wir alle müssen uns an diese Maßnahmen halten. Wenn wir uns alle schon früher daran gehalten hätten, hätten wir vielleicht auch vieles verhindern können. Dadurch, dass jeder nur schaut, wo es ein Schlupfloch gibt, oder irgendwelche kruden Argumente hervorholt und meint, bei mir ist es nicht so schlimm, oder sagt, bei mir ist das etwas ganz ande-

res, werden die Leute verunsichert. Damit werden die Maßnahmen nicht so ernst genommen. Dann folgt das, was wir jetzt erleben, dass wir die Maßnahmen immer mehr verschärfen müssen.

Deswegen: Corona ist ernst zu nehmen. Die Kontakte müssen vermieden und heruntergefahren werden. Wenn es zuvor nicht gereicht hat, muss man jetzt noch etwas nachlegen und zusehen, die Maßnahmen noch zu verschärfen. Ansonsten kommen wir nicht gut durch diesen Winter. Die Hoteliers und Geschäftsleute bei uns sagen auch: Macht jetzt endlich dicht! So weiterzumachen, ergibt keinen Sinn mehr. Eines müssen wir auch wissen: Silvester und das Weihnachtsfest werden anders. Aber wir leben auch in einer anderen Zeit. Dies einfach wegzudrücken und zu verdrängen, geht nicht. Wir müssen uns dieser Situation stellen und dieses Ende eines wahrlichen "Annus horribilis" anders gestalten, als wir es gewohnt sind. Dies ist kein Jahr, auf das man freudig zurückblicken und über das man sagen kann: Oh, dieses Jahr war so toll, wir hatten tolle Urlaube und schöne Tage. – Nein, das ist ein trauriges Jahr.

Daher ist es vielleicht besser, wenn man dieses Jahres im Stillen gedenkt und derer gedenkt, die dieses Jahresende und dieses Weihnachten leider nicht mehr erleben können, die die Opfer von Corona sind – Eltern, Großeltern, Geschwister –, die heute nicht mehr da sind, aber hätten da sein können, und dies nicht mehr erleben. Viel wichtiger ist doch zu versuchen, das Leben der Menschen im Land zu schützen, als ins Theater, ins Konzert oder zum Essen zu gehen und dabei das Risiko von Infektionen in Kauf zu nehmen.

Es geht um Menschenleben. Das haben, glaube ich, immer noch nicht alle verinnerlicht und begriffen. Es geht darum, Menschen zu retten. Ein alttestamentarischer Spruch lautet: Wer ein Leben rettet, der rettet ein ganzes Universum. Wir wollen nicht daran schuld sein, dass Universen untergehen. Wir wollen Leben retten. Jeder hier im Land hat die Aufgabe, Leben zu retten. Lasst uns Menschenleben retten, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Wir sind heute hier zusammengekommen, um die Maßnahmen umzusetzen, die wir für richtig und für vernünftig halten, die nicht schön sind, die aber hoffentlich zielführend sind und das Leben von vielen retten können.

Meine Damen und Herren, hier möchte ich allen danken, die in diesem Jahr zusammengestanden und die in diesem Jahr unermüdlich Tag und Nacht gearbeitet haben: den Pflegern, den Ärzten, den Notärzten und Notdiensten; den Pflegekräften in den Pflegeheimen; den Mitarbeitern in den Verwaltungen, vor allem in den Gesundheitsämtern, die wahnsinnig viel geleistet haben; der Polizei, die schauen musste, dass Recht und Ordnung aufrechterhalten werden, um dadurch Infektionen zu verhindern. Danke vor allem aber auch den 150.000 Lehrerinnen und Lehrern und den 1,6 Millionen Schülerinnen und Schülern in Bayern, die diese Maßnahmen ertragen. Es war eben ein außergewöhnliches Jahr.

Die Tatsache, dass alle, die an verantwortlicher Stelle ihren Dienst in unserem Land geleistet haben, zusammengestanden haben, zeigt den großen Zusammenhalt und die große Solidarität in unserer bayerischen Familie. Der eine hat vielleicht mehr geleistet als der andere. Der andere hat ein bisschen herumgenörgelt. Letztlich aber hat jeder seinen Dienst getan. Dafür, meine Damen und Herren, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Was wünschen wir uns für die Zukunft? – Dass wir nächstes Jahr solche Debatten nicht mehr führen müssen, dass wir eines Tages sagen können: Corona ist besiegt, es kehrt wieder normales Leben ein. Das wünschen wir uns, und daran müssen wir auch arbeiten und den Weg dahin bereiten. Wir sollten die Weihnachtszeit dazu nutzen, uns nach innen zu wenden und uns zu fragen, was Weihnachten wirklich bedeutet. Bedeutet Weihnachten nur Gänsebraten und Blaukraut oder Weihnachtsdüfte? Oder feiern wir an diesem Fest eigentlich etwas anderes?

Letztlich feiern wir einen Neuanfang. Ein Kind ist uns an Weihnachten geboren, wie auch tagtäglich und stündlich ein Kind geboren wird. Jedes Kind ist ein Neuanfang, der Beginn einer neuen Welt, der Beginn eines neuen Universums. Mit dem Gedanken sollten wir in das neue Jahr starten. Wir können die Welt neu gestalten. Wir müssen es nur tun, wir müssen dieses Virus in die Enge treiben und es besiegen. Dann haben wir eine neue und hoffentlich bessere Welt. Wir dürfen nicht auf irgendwelche Verschwörungstheorien oder abergläubische Aussagen hören, sondern wir sollten die Krise anpacken und handeln. In dem Sinn: Gott schütze Sie, meine Damen und Herren, und frohe Weihnachten!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Streibl, es gibt drei Zwischenbemerkungen. – Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion gemeldet.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Herr Kollege Streibl, nach diesen weihnachtlichen Worten möchte ich Sie noch einmal ins Hier und Jetzt holen. Ihre Fraktion stellt den Kultusminister. Deshalb möchte ich Sie fragen, was Sie von einer Bildungspolitik halten, wie sie uns in den letzten Monaten beschert wurde. Zuerst wurde ein Stundenplan erarbeitet. Dann wurde eine Verordnung über das Distanzlernen erlassen. Dann wurde der Stufenplan außer Kraft gesetzt. Es gab keine Bildungsgerechtigkeit. Der Ministerpräsident hat gesagt, es wird alles großzügig behandelt. Der Vertreter des Kultusministeriums hat uns im Ausschuss hingegen gesagt: So ist es gar nicht, es gibt Härtefallregelungen und sonst gar nichts. Es ist ein normales Schuljahr.

Dann hat uns der Ministerpräsident gesagt, die Schule findet bis Freitag statt, eine Woche später findet sie nur mehr bis Mittwoch statt. Der Distanzunterricht wird abgeschafft. Es gibt dann nur noch Distanzlernen. Heute haben wir noch eine Pressemitteilung bekommen, wonach es jetzt doch wieder Distanzunterricht für die älteren Schüler geben soll. Diese Schulpolitik ist eine Chaospolitik!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt kein Konzept. Es gibt keine digitalen Endgeräte an den Schulen, und es gibt viel zu wenig Lehrkräfte. Bitte beantworten Sie mir diese Frage:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Strohmayr, Ihre Redezeit.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich möchte von Ihnen wissen, was Sie zu tun gedenken, damit sich diese Politik im Januar ändert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Streibl, bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich meine, dass wir einen absolut starken Kultusminister haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Er hat das Beste in dieser Situation getan, das, was für unsere Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer notwendig war. Sie müssen das Geschehen einmal anschauen. Nehmen Sie allein unsere Sitzung heute, die dritte Regierungserklärung innerhalb von drei Wochen. Das zeigt doch, wie dynamisch das Geschehen ist. Gerade in der Bildungspolitik wäre eine langfristige Strategie ein verbohrtter Konservatismus, den ich gerade von der SPD nicht erwartet hätte.

In dieser Krise muss man flexibel reagieren, und dazu muss ich Ihnen eines sagen: Respekt und Hut ab vor dem Kultusministerium! Die Beamten versuchen immer, innerhalb kürzester Zeit die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Wenn am Sonntag in der MPK ein neuer Begriff, nämlich "Distanzlernen", beschlossen wird und diese Maßnahme heute schon laufen muss, dann muss man vor den Beamtinnen und Beamten im Kultusministerium den Hut ziehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Streibl. – Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Toni Schuberl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Streibl, ich habe den Elternbrief von der Schule meines Sohnes dabei. Der ist gestern gekommen. Ich zitiere einmal daraus:

Gestern konnte man aus den Medien erfahren, dass ab Mittwoch die Schulen schließen. Leider liegt mir noch keine Information aus dem Kultusministerium vor.

Heute habe ich den Elternbrief aus dem Kindergarten bekommen; dafür ist zwar ein anderes Ministerium zuständig, aber es läuft in die gleiche Richtung. Da heißt es:

Wie bereits in den Medien angekündigt, tritt ab Mittwoch wieder eine neue Einschränkung in Kraft. Über die Medien bekommen wir die gleichen Informationen wie Sie. Wie die genauen Anweisungen dann jedoch konkret für uns und unsere Kita ausschauen, kommt immer mit erheblicher Verspätung zu uns durch.

Könnte es sein, dass es da Kommunikationsprobleme gibt? Ist es nicht möglich, dass die Staatsregierung – das bitte ich Sie einmal intern zu klären – auch die Betroffenen vor Ort informiert, vielleicht sogar zeitgleich mit den Medien? Vielleicht wäre es sinnvoll, dass Minister Piazzolo schon eine E-Mail vorbereitet, bevor er vor die Medien tritt. Ich hoffe, dass Sie per Mail kommunizieren und nicht ein Fax oder einen Boten schicken.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich hoffe, dass Sie diese Mail vorbereiten. Wenn dann der Minister den Medien die Infos gegeben hat, wird er hoffentlich auf "senden" klicken und alle informieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir machen Politik auf der Grundlage von Fakten und nicht auf der Grundlage des Blicks in die Glaskugel. Das Ministerium kann am Freitag noch nicht wissen, was am Sonntag die Ministerpräsidenten beschließen. Heute ist Dienstag. Wenn am Montag noch nicht alle Fragen beantwortet sind, kann ich nur sagen: Sorry, so schnell geht es vielleicht auch nicht. Sollen wir eine WhatsApp-Gruppe für 150.000 Lehrer einrichten, mit denen wir dann schnell kommunizieren können? Sie müssen der Verwaltung schon zugestehen, dass sie

die Maßnahmen umsetzt. Sie handelt schnell, aber sie kann die Gedanken, die in Berlin sprießen, nicht schon vorher lesen und vorher umsetzen. Das nennt man vorseilenden Gehorsam. Das gibt es in Bayern leider nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion gemeldet.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Streibl, gerade wird vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel gemeldet, dass der harte Lockdown dem Handel bis zu 22 Milliarden Euro kosten dürfte. Da reden wir jetzt nur vom Handel. Diese Zahlen sind unbestritten. Sie geben sich mit Herrn Minister Aiwanger immer als Wirtschaftspartei aus. Nach dem, was von Ihrer Fraktion in den letzten Tagen verlautbart wurde, redet Minister Aiwanger genauso wie die tourismuspolitisch engagierten Sprecher der CSU Stöttner, Gibis und Lehrieder davon, dass ab 11. Januar die Skipisten wieder geöffnet werden sollen und dass der Handel unter gewissen Bedingungen wieder geöffnet werden kann, obwohl die Inzidenzwerte vielleicht über 50 liegen. Das Tragen von FFP2-Masken müsste den Handel eigentlich wieder ermöglichen, wie Herr Aiwanger sagt. Jetzt frage ich Sie: Auf wen können wir eigentlich in Ihrer Fraktion oder in der Regierung vertrauen? Auf das, was Herr Söder heute gesagt hat, dass es keine verlässliche Eröffnungsperspektive gibt, auf das, was Herr Aiwanger sagt, oder auf das, was Sie sagen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Bergmüller, Ihre Redezeit ist zu Ende. – Herr Streibl, bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben wieder mal nicht richtig zugehört. Deswegen ist so eine Plenardebatte auch ganz gut, weil die Sachen da auch mal ausgesprochen werden können. Klar, wir streben an, dass man im Januar öffnen kann. Aber das hängt von vielen Faktoren ab. Im Grunde hängt es von der Wirksamkeit dieses Lockdowns ab. Es hängt davon ab, wie die Leute das mitmachen.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie schon wieder zu dessen Missachtung aufrufen wollen, wird es nicht klappen.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie das Ganze hintertreiben wollen, wird es nicht klappen. Machen Sie doch mit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Streibl. – Der nächste Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Horst Arnold. Bitte schön.

(Zuruf von der AfD)

Wir hören jetzt dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Horst Arnold, zu. Bitte schön, Herr Arnold, Sie haben das Wort.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Situation ist gravierend ernst. Es gibt nichts zu leugnen. Das Gesundheitssystem ist am Anschlag. Die Infektionszahlen wachsen, und ganz bedauerlich ist auch, dass die Anzahl der Todesfälle beängstigend wächst. Wer das leugnet, ist weltfremd, Zyniker und Ignorant und für eine sachgemäße Erwägung des Gemein-

wohls vollkommen ungeeignet. Es ist auch nicht zu leugnen, dass weitere intensive Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung ergriffen werden müssen, von der Regierung, aber auch von jedem Einzelnen und jeder Einzelnen von uns in der Gesellschaft, und am idealsten miteinander.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen in den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz eine angemessene und zielführende Vereinbarung eines Grundkonsenses und tragen diese Maßnahmen ausdrücklich mit. In dieser Situation ist es aber auch notwendig, erneut zu analysieren, wie und warum wir in diese Lage gekommen sind und vor allen Dingen, warum in Bayern schon wieder mehr draufgesattelt wird, als dies andernorts geschieht. Denn wer anderen Härten, tiefe, noch tiefere und gravierende Grundrechtseingriffe abverlangt und diese vornimmt, muss auch hart zu sich selbst sein, muss seine Schwächen, sein Versagen, sein Bemühen und dessen Scheitern, seine nicht gehaltenen Versprechungen und die dadurch enttäuschten Erwartungen, sein Zögern und den teilweise leichtfertigen Umgang mit der Problematik schonungslos offenlegen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, niemand ist perfekt. Das stimmt. Aber Transparenz und Einsicht auf dieser Seite schaffen nicht nur Kritik, sondern auch Verständnis, kriechen Mut und Bereitschaft, die Probleme – und zwar aus den Fehlern lernend – strategisch, und vor allen Dingen praktisch für die Bürgerinnen und Bürger, kraftvoll anzugehen. Diese Zuversicht kann und darf nicht verloren gehen.

Es fällt uns leider auf die Füße, dass Sie, Herr Ministerpräsident, und Ihre Staatsregierung den Sommer nicht genutzt haben. Trotz vieler Mahnungen der Opposition und insbesondere meiner Fraktion haben Sie diese Zeit nicht genutzt, um Bayern winterfit zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist wichtig, Selbstkritik auch öffentlich zu üben. Das können Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Daher ist es unsere Aufgabe, dies zu vollziehen, und zwar nicht im Klein-Klein, sondern das ist die Kontrollaufgabe einer Fraktion im Parlament.

Herr Ministerpräsident, Sie fordern, dass Ausnahmedebatten aufhören müssen; Stichwort: Klein-Klein. Was heißt das? – Ob jemand verloren geht oder nicht, ist nicht so wichtig. Es zählt das Große und Ganze. – Das wäre aus unserer Sicht verantwortungsloses Scheuklappendenken.

Heißt das, dass wir jetzt alle Scheuklappen anlegen sollen, um wichtige Belange und Anliegen der Gesellschaft einfach wegzuräumen? Heißt das, dass wir Ihr Konstrukt, Bayern nunmehr als Ganzes zu einem Hotspot zu erklären, im Gegensatz zu Ihrer früheren Hotspot-Strategie, nun einfach so hinnehmen? Steht das im Widerspruch zu dem, was Sie bislang getan haben? Wird das insbesondere den Landstrichen bei uns, die auch zahlreich sind, ohne zu untertreiben, mit einer Inzidenzzahl von unter 100 gerecht? Heißt das, dass wir den Menschen sagen, von 21 Uhr bis 5 Uhr ist Ausgangssperre, ab dann regieren Gängelung, Misstrauen und Bevormundung? Der Jogger, der um 21:15 Uhr alleine angetroffen wird, zahlt 500 Euro, der Hundehalter, der sein Tier ausführt, nicht. Sollen wir dies alles als verhältnismäßig hinnehmen und einfach so abnicken? – Es geht nicht darum, Menschengruppen und Interessen gegeneinander auszuspielen. Die Frage ist doch,

welchen Zweck, welchen epidemiologischen Zweck, Sie mit diesen Maßnahmen verfolgen. So, wie Sie es sagen, ist Feiern bei den bayernweit geltenden Ausgangsbeschränkungen bereits verboten. Es hat doch keinen Sinn, Bayern von 21 Uhr bis 5 Uhr in ein Quasi-Gefängnis zu verwandeln.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Glauben Sie denn tatsächlich, dass die Unvernünftigen dadurch abgeschreckt werden? – Das ist doch eine Vorstellung, die nicht real ist.

Herr Söder, noch problematischer stellt sich die Sichtweise während der Feiertage dar: Die Kirchen sollen sich an den Sperrstunden ausrichten. Die Familien sollen um 21 Uhr, jeder für sich, zu Hause sein. Gemeinsames Weihnachten wird da auf eine ganz andere Art und Weise zum Stress. Wann ist der Kirchgang? Wann ist die Bescherung? Wann ist das gemeinsame Abendessen? – All das steht unter dem Damoklesschwert einer Geldbuße von 500 Euro, wenn diese Zeiten nicht eingehalten werden. Sie wollen lebensnah sein. Lebensnah ist diese Lösung nicht.

(Beifall bei der SPD)

Ernsthaft, ich frage Sie erneut: Was wollen Sie damit bezwecken? Welche epidemiologischen Zwecke verfolgen Sie damit? Wir bezeichnen diese Zumutungen als unverhältnismäßig und raten Ihnen dringend von dieser Verschärfung der Vorschriften ab. Die Menschen sind größtenteils sehr vernünftig. Die Frage ist doch: Was kann ich zumuten? Was wird akzeptiert? Was wird umgesetzt? Was ist der gesellschaftliche und pandemische Zweck dieser Maßnahmen? – Das geht nicht alleine mit dem Postulat der quasi bedingungslosen Unterwerfung.

Warum sollen und müssen wir die Zahlen herunterbringen? Das ist ja auch Konsens. – Wir müssen diese Zahlen herunterbringen, um den Gesundheitsämtern eines schönen Tages die Nachverfolgung zu ermöglichen; zu ermöglichen, dass umfangreiche Aufgaben im Gesundheitswesen gründlich wahrgenommen werden. Dazu müssen die Gesundheitsämter personell, technisch und vor allen Dingen digital in der Lage sein. Herr Ministerpräsident, sie sind es derzeit nicht. Sie sind – ohne die dort Arbeitenden zu kritisieren – im Prinzip pandemieuntauglich.

(Zuruf)

– Eben! Sie nehmen Ihre Gesundheitsämter in Schutz. Im Prinzip müssen wir die Beschäftigten vor Ihren Ankündigungen in Schutz nehmen. Am 21. April haben Sie verkündet: Jetzt kommt ein entsprechendes digitales System. – Erst jetzt, letzte Woche, haben Sie es zur Pflicht gemacht, das möglicherweise einzurichten. Mit diesen Erwartungen haben die Menschen die ganzen sieben Monate hindurch gearbeitet. Die Erwartungen sind natürlich nicht erfüllt worden, weil Sie Ihre Versprechungen und Ankündigungen nicht gehalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Nur mit einem funktionierenden, nicht überlasteten Gesundheitssystem und vor allen Dingen den Gesundheitsämtern können wir die notwendigen Perspektiven entwickeln: für die Alten- und Pflegeheime, für die Schulen, für Kultur, Gastronomie, Hotellerie und die Kreativwirtschaft. Das sind doch am Ende diejenigen, die nur überleben, wenn sie staatliche Hilfen bekommen. Wir wissen auch, dass das Stichwort "Wumms" nicht ewig andauern kann, weil auch die finanziellen Ressourcen des wohlhabenden Staates nicht unendlich sind. Dank an den Bund dafür, dass er immer wieder Programme auflegt! Es ist wichtig, auch in diesen Zeiten zu sagen: Wir sind dazu aufgerufen, diese Hilfen – ob sie vom Bund sind und hier in Bayern umgesetzt werden, ob sie vom Freistaat Bayern sind – zügig und schnell

dort ankommen zu lassen, wo man ihrer bedarf. Es nützt nichts, Dinge in Aussicht zu stellen, wenn auf der Homepage zu lesen ist, dass das gesamte Projekt möglicherweise Ende Dezember abrufbar ist. Bis dahin ist zu viel Zeit verstrichen.

In Zukunft muss es doch möglich sein, durch hervorragende Hygienekonzepte und mit optimaler Ausschaltung von Infektionsrisiken eine Rückkehr zur Normalität zu eröffnen. Die Nachverfolgung von Infektionsketten muss optimal funktionieren. Eine Perspektive, die diesen Namen verdient, kann nicht einfach herbeigeredet werden; sie muss eröffnet werden. Damit schaffen Sie nicht nur für die Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, die Möglichkeit, wieder daran zu glauben, sondern Sie schaffen dadurch auch für die Gesellschaft die Räume für eine verantwortliche Normalisierung. Das, lieber Herr Söder, wäre in diesem Zusammenhang die beste Sicherung von Arbeitsplätzen, die beste Sicherung von Existenzen. Arbeit ist auch in diesem Bereich mit einer Zukunftsperspektive zu versehen. Es geht nicht darum, zu sagen: Wir fahren jetzt auf Sicht, sondern genau diese Perspektive erwartet man von Ihnen.

Wenn Sie vom Ende der Ausnahme-Debatten reden oder dies gerne haben wollen, müssen wichtige Fragen hinsichtlich der Belange älterer Personen oder vulnerabler Personen, zum Beispiel Jugendliche mit Betreuungsbedarf, geklärt sein. Lieber Herr Söder, das sind sie leider nicht.

Der Zugang zu den Altenheimen ist wichtig. Es ist gut, hier mit Pflichttestungen vorzugehen. In der Praxis sind aber nach wie vor noch sehr viele Fragen ungeklärt. Diese Testungen müssen durchgeführt werden. – Von wem? Im ländlichen Raum führt nicht jeder Testungen durch. Es gilt nicht nur, Konzepte zu erstellen, sondern diese auch umzusetzen. Ich sage Ihnen eines: Die Verantwortung dafür auf die Heimleitungen und auf die verantwortlichen Beschäftigten abzuwälzen, ist eigentlich schamlos.

(Beifall bei der SPD)

Gleiches gilt für Verfolgte bzw. Gewaltopfer, ob das Frauen sind, ob das Jugendliche mit Beratungsbedarf sind.

Ein wichtiger Punkt sind die pflegenden Angehörigen – Sie haben sie eben selber erwähnt. Ich kann aus einem Schreiben vorlesen, das mich sehr betroffen gemacht hat: Sehr geehrter Herr Arnold, für einen erneuten Lockdown habe ich sehr viel Verständnis. Das ist sicherlich erforderlich. Speisegaststätten, Läden, Friseure, Sportveranstaltungen – für alles habe ich Verständnis. Aber bitte schließen Sie nicht die Tagespflegeeinrichtungen. Meine 86-jährige Mutter besucht eine Tageseinrichtung in Nürnberg. Sie wird abgeholt. Es wird täglich ein Schnelltest durchgeführt. Meine Mutter bekommt Frühstück, Mittagessen und nachmittags Kaffee, tagsüber ein Beschäftigungsprogramm. Sie glauben nicht, wie der erste Lockdown meiner Mutter geistig geschadet hat und welche ungeheuren Belastungen die Angehörigen ausgesetzt sind. Ich bin das einzige Kind, berufstätig und weiß nicht, wie ich bei einer erneuten Schließung der Tagespflege die Versorgung und Betreuung bewältigen soll.

Gestern Nacht erreichte mich folgende Mail: Sehr geehrter Herr Arnold, wir haben heute die Mitteilung von der Tagespflege telefonisch erhalten, dass die Tagespflege ab Mittwoch, den 16.12., geschlossen wird.

Lieber Herr Söder, die Menschen sind bereit, leistungswillig und duldsam; sie brauchen aber eine explizite Unterstützung. Diesen Bereich mit dem Verweis auf das Große und Ganze abzuwürgen, Hoffnungen und Fürsorge zu erdrosseln, Frustrationen und Verzweiflung zu erzeugen, ist, gelinde gesagt, nicht verhältnismäßig – das ist aus unserer Sicht unsozial.

(Beifall bei der SPD)

Ein besonderer Punkt, der schon erwähnt worden ist – Kollegin Strohmayr hat ihn angesprochen –, ist der Schulbereich. Das ständige Hin und Her, die Garantie von Wechselunterricht, die Ankündigung von Distanzunterricht, dann von Distanzlernen, der Stopp, jetzt wiederum etwas anderes, das Nichteinhalten von Versprechungen hinterlässt nicht nur einen Scherbenhaufen, sondern bewirkt auch Konfusion und treibt vor allem die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer in die Verzweiflung. Herr Piazolo, bereits im Mai haben wir dazu einen Runden Tisch beantragt. Damals haben Sie gesagt, das komme zu früh. Jetzt kommt jede Ihrer Ausreden zu spät. Es ist kein Mitleid – es ist der blanke Zorn, der sich widerspiegelt, wenn von Ihrem langfristigen Regierungsversagen die Rede sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Zorn gilt nicht nur Ihnen, Herr Piazolo – er ist gar nicht da –, sondern auch ihrem Chef, der das Ganze als Stratege mitverantworten hat. Das Allerschlimmste betrifft die Frage, wie es denn um das Vertrauen bestellt ist. Wie geht es denn im Januar weiter? Nach so viel Hin und Her, Auf und Ab und Widersprüchlichkeiten sehe ich in diesem Zusammenhang kaum Vertrauen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf)

Noch ein Wort zur Geschlossenheit der Regierung. – Gut, dass Sie jetzt dazwischenbabbeln, Herr Aiwanger; das betrifft Sie. Wenn der Ministerpräsident nahezu jede Woche Verschärfung um Verschärfung auch für den Einzelhandel ankündigt, will dies sein Stellvertreter, Herr Aiwanger, durch eine allgemeine FFP2-Maskenpflicht abwenden. – Ja geht's noch? Während eine Grundversorgung mit diesen Masken weder in den Altenheimen noch in den Krankenhäusern und Pflegeheimen und dergleichen wirklich gesichert ist und trotz Ankündigungen derartige Masken auf eBay immer noch höchstbietend verhökert werden, wird eine FFP2-Maskenpflicht postuliert, um einen weiteren Einkauf zu ermöglichen. Herr Aiwanger, mit Verlaub: Es geht hier um Solidarität, nicht um die Wahrnehmung von Partikularinteressen.

Wir brauchen Zuversicht und Zusammenhalt für die Zukunft. Angst unterstützt Handlungen nicht, und Angst ist auch kein guter Ratgeber: Vorsicht, Rücksichtnahme und Solidarität wären das schon eher.

Es ist ganz klar: Es ist nicht gut, Herr Söder, wenn Meinungsumfragen mehr oder weniger die Hoheit über Ihre Planungen haben. Es ist das Bedürfnis der Bevölkerung, aus dieser Krise herausgeführt zu werden. Der Landtag kann darüber nur debattieren – entscheiden muss nach wie vor die Regierung. Einzelfalldebatten sind auch nicht dadurch abgehandelt, indem Sie uns wie letztes Mal das bedauernswerte Schicksal Ihrer Eltern schildern. Auch wir legen Wert darauf, dass jedes Schicksal in Bayern zählt, dass wir jedes Mitleid teilen und nicht darüber richten, ob uns das jetzt in den Kram passt oder nicht. Wir müssen diese Schicksale sozial und gerecht gestalten und begleiten. Es geht uns nicht um Einzelinteressen – es geht uns um Solidarität, damit wir gemeinsam dieses Land zu einem zuversichtlichen, erfolgreichen und einem verlässlichen sozialen Bayern gestalten können.

Ich wünsche allen frohe Weihnachten und bedanke mich bei dieser Gelegenheit für die unzähligen Leistungen der Freiwilligen und der im Pflegebereich Beschäftigten. Ohne sie würden wir nicht mehr hier stehen, sondern wären ganz woanders. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Herr Kollege Alexander Muthmann von der FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch wir seitens der FDP halten den jetzt beschlossenen Lockdown, so wie ihn die Ministerpräsidenten am vergangenen Sonntag vereinbart haben, für richtig. Die Zahlen sind insgesamt besorgniserregend hoch. Die Zahlen sind so hoch, dass wir besonders Gefährdeten anderenfalls keinen wirksamen Schutz mehr anbieten können. Die Menschen im Gesundheitsbereich sind am Limit. Viele sind selbst krank oder in Quarantäne. Wir können auch den Menschen im medizinischen Bereich diese Last nicht dauerhaft zumuten.

Natürlich wollen und müssen wir auch die Zahl der Schwerstkranken und der Todesfälle reduzieren. Wir halten im Übrigen auch den Appell für richtig, wonach im produzierenden Gewerbe ab Weihnachten Kontakte vermieden werden und es möglichst schließen soll, und wir halten es auch für richtig, dass festgestellte Regelverstöße entschlossen unterbunden und gegebenenfalls auch entschlossen geahndet werden.

Wir halten aber nach wie vor insbesondere die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen nicht für zielführend und nicht für sachgerecht, schon gar nicht, wenn jemand allein unterwegs ist, wenn man in der Natur oder auf einsamen Straßen unterwegs ist, und schon gar nicht für ganz Bayern. Das hat im Übrigen die Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Sonntag so nicht vorgeschlagen, und das führt zu absurden Ergebnissen.

Es ist schon angesprochen worden: Auch an Weihnachten müssen jetzt alle um 21 Uhr zu Hause sein. Das Programm Kindermette, Bescherung, Essen, Mette für Erwachsene – um das zu verstehen, muss man kein C im Namen haben – wird jetzt ein Stück weit von Hektik, Unruhe und Zeitdruck begleitet. All das können wir an Weihnachten nicht brauchen und wollen es auch nicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Das betrifft auch die generelle nächtliche Ausgangssperre, bei der der Aufenthalt außerhalb der Wohnung untersagt ist. Das lesen wir in der jetzigen Verordnung. Es ist erlaubt, bei Freunden, bei denen man bis 21 Uhr zu Gast ist, zu übernachten. Es ist aber nicht erlaubt, sich nach 21 Uhr ins Auto zu setzen, um nach Hause zu fahren. Was soll eine solche Regelung?

(Beifall bei der FDP)

Die Bestandsaufnahme ist besorgniserregend. Die bisherigen Maßnahmen waren unzureichend. Sie verursachen hohe psychische Belastungen und hohe soziale und ökonomische Kosten. Das ist ein durchaus dürftiges Zeugnis für die Bayerische Staatsregierung. Bayern ist nirgends Benchmark. Der Anspruch der bayerischen Staatskanzlei, alles alleine zu machen und alles sowieso am besten zu wissen, bleibt offenkundig unerfüllt und ist leider falsch.

Wir von der FDP werden weiterhin nicht müde, unsere Vorschläge für eine bessere Strategie beizusteuern. Wir haben von Anfang an für regional differenzierte Lösungsansätze geworben und diese eingefordert. Wir haben immer eine nach Risikogruppen differenzierte Strategie für notwendig gehalten. Wir haben es für nötig gehalten, sich besonders um den Schutz von Risikogruppen zu kümmern, insbesondere in Alten- und Pflegeheimen. Wenn das Risiko eines schweren Verlaufs

einer COVID-19-Erkrankung bei alten Menschen hundertfach höher als bei jungen Menschen ist, dann liegt nahe, dies auch in einer Strategie abzubilden.

Vergessen wir neben den Alten- und Pflegeheimen nicht die Behindertenwerkstätten und -wohnheime! Es hat zu lange gedauert, bis wir jetzt in diese Richtung arbeiten. Aber blicken wir nach vorne!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben die Empfehlungen der Wissenschaft und insbesondere die Empfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften wiederholt und heute als Rechtfertigungs- und Entscheidungsgrundlage für den neuerlichen Lockdown zitiert. Sie haben die Empfehlungen der Leopoldina genutzt und sie quasi zum Kronzeugen für Ihr Handeln gemacht.

Die letzte Stellungnahme der Leopoldina vom 8. Dezember 2020 empfiehlt nicht nur einen harten Lockdown ab Weihnachten, sondern sie enthält – darauf möchte ich besonders hinweisen – auch eine beträchtliche Hausaufgabensammlung für die Staatsregierung. Im Kern lautet die Botschaft der Leopoldina: Der Lockdown wird nur nachhaltig sein, wenn die Regierung jetzt ihre Hausaufgaben erledigt. Dazu zählt insbesondere eine Veränderung der Teststrategie, vor allem mit Schnelltests für schnelle Ergebnisse und Massentests in Hotspots. FFP2-Masken sollen überall dort eingesetzt werden, wo Kontakte stattfinden. Auch die Leopoldina fordert eine adäquate, digitale Ausstattung der Gesundheitsämter. Es ist schon ein Offenbarungseid, dass dies nach einem Dreivierteljahr immer noch nicht gelungen ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich will noch zwei grundsätzliche Bemerkungen machen: Wenn wir in einem freiheitlichen, pluralen Gesellschaftssystem auch gegen Corona erfolgreich sein wollen, dann geht das nicht mit Herrschen und Verordnen. Es braucht einen Grundkonsens, keine Leitkultur. Es braucht die Grundüberzeugung, dass Freiheit und Verantwortung unauflöslich zusammengehören und es auf das verantwortliche Handeln jedes Einzelnen ankommt.

Wir waren und sind bekanntermaßen sehr skeptisch, als es um die Schließung der gastronomischen Betriebe ging. Das waren und sind kontrollierbare und kontrollierte Bereiche mit mühevoll entwickelten und realisierten Hygienekonzepten. Wir vermuten vermehrte Treffen und Ausweichbewegungen in unkontrollierte Partykeller, Garagen und ganz generell in den privaten Bereich. Das beobachten wir da und dort. Auch Weihnachten birgt diesbezüglich ein großes Risiko. Das ist uns allen bewusst, und dieses Risiko wollen wir alle zu Recht eingehen.

Wir wissen aber auch, dass wir das Ergebnis munteren Durcheinanderfeierns von Ahnungs-, Gedanken- oder Rücksichtslosen Anfang des nächsten Jahres anhand der Infektionszahlen erkennen werden. Diese privaten Bereiche sind faktisch und rechtlich für den Staat weitgehend unzugänglich. Das ist gut so und soll so bleiben.

Disziplinlosigkeit im privaten Bereich werden wir aber alle zu spüren bekommen und büßen müssen. Es ist deswegen wichtig, die Empfehlungen der Leopoldina zu berücksichtigen, die ich noch einmal zitiere:

[...] die Maßnahmen und ihre Hintergründe [sind] immer wieder und besser zu kommunizieren. Das heißt insbesondere, sie für verschiedene Zielgruppen aufzubereiten und in deren Lebensrealitäten anschaulich zu verankern. Auch im öffentlichen Raum sollte sichtbar und motivierend an die geltenden Verhaltensregeln erinnert werden.

– Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werben, überzeugen und gewinnen Sie die Menschen, zumindest die Ahnungs- und Gedankenlosen, vielleicht sogar die Rück-

sichtslosen! Vor allem das ist notwendig. Das ist in dieser Phase mindestens genauso wichtig wie Verordnen und Befehlen. Es ist eine Aufgabe für uns alle. Natürlich überzeugen wir nicht alle. Wir bekommen eher Herdenimmunität als Herdenintelligenz.

(Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hierbei kann auch die Staatskanzlei noch einen Zahn zulegen. Sie ist auch ansonsten um Werbekampagnen nicht verlegen. Legen Sie los! Es ist wichtig, um Verständnis zu werben. Lassen Sie dabei nicht nur die Ministerriege zu Wort kommen, sondern auch Ärzte, Pflegekräfte und Hinterbliebene! Sie haben oft mehr Empathie, Kompetenz und Emotion, um Menschen zu erreichen.

Zuletzt stellt sich die Frage nach der Motivation: Wie gewinnen wir die Menschen dafür, sich weiter an schwierige und beschränkende Regeln zu halten? – An dieser Stelle möchte ich erst einmal meinen Dank und meine Anerkennung den jungen, gesunden, arbeitsfähigen und fleißigen Menschen aussprechen, die in vielerlei Hinsicht besondere Lasten tragen. Ich will nicht in erster Linie von den Erschwernissen im Schulbetrieb reden, sondern darauf aufmerksam machen, dass viele der jungen Menschen in vorbildlicher Weise Rücksicht auf Ältere und besonders Gefährdete nehmen. Sie beschränken sich zum Schutz anderer in ihrer Lebensgestaltung und Lebensfreude. Das ist alles nicht selbstverständlich. – Herr Ministerpräsident, das sollten auch Sie immer wieder zum Ausdruck bringen und würdigen!

Darüber hinaus sollen die jungen Menschen all die zusätzlichen Schulden, die gerade aufgenommen werden, zurückzahlen. Wir dürfen die Solidarität junger Menschen nicht überstrapazieren. Man muss ihre Solidarität vor allem anerkennen!

Abschließend komme ich zu unserem zentralen Anliegen: Wir brauchen eine Motivation, die zum Mitmachen einlädt. Motivation braucht Perspektiven. Auch hierbei möchte ich noch einmal die Leopoldina zitieren:

Ist eine deutliche Reduktion der Infektionszahlen erreicht, kommt es in den darauffolgenden Wochen und Monaten ganz entscheidend darauf an, eine klare Strategie zu verfolgen, um diese Werte niedrig zu halten.

Ich wiederhole: Es ist wichtig, eine klare Strategie zu verfolgen.

Eine kontrollierte Infektionslage erlaubt unter bestimmten Bedingungen, die Aktivitäten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens wieder aufzunehmen.

– Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, es macht die Menschen mürrisch, dass Sie keinen erkennbaren Plan haben. Es fehlt eine klare Perspektive und eine klare Ansage. Es fehlen klare Regeln, die über den jeweiligen Tag hinausgehen. Bis die Impfungen eine Wirkung erkennen lassen, wird es noch Monate dauern. Das haben Sie vorhin selbst betont.

In der Wirtschaft wird in solchen Fällen mit alternativen Szenarien gearbeitet. Nehmen Sie sich an dieser Arbeitsweise ein Beispiel! Krisenmanagement ist vorausschauend, verlässlich und vertrauenerweckend. Perspektiven sind motivierend. Fahren Sie Ihre Anstrengungen an dieser Stelle noch einmal hoch! Entwickeln Sie Perspektiven in verschiedenen Varianten und legen Sie diese der bayerischen Bevölkerung vor, am besten noch vor Weihnachten!

Die Menschen und wir alle wollen wissen, was am 10. Januar 2021 passieren wird, wenn die Infektionszahlen unverändert sind, wenn die Inzidenz bei 100 oder bei 50 liegt oder die Inzidenzen regional sehr unterschiedlich sein sollten. Das Bedürfnis

nach Information zu befriedigen, ist für den weiteren Erfolg, aber auch für die Stimmung in der Bevölkerung an Weihnachten und danach eine entscheidende Aufgabe, die Sie bislang noch nicht annähernd erfüllt haben. Die Leopoldina hat Sie Ihnen ins Hausaufgabenheft geschrieben. Wir schließen uns ihr an.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss wünsche ich Ihnen gesegnete Weihnachten und viel Kraft. Bleiben Sie gesund! Bleiben Sie vernünftig!

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der Kollege Sandro Kirchner von der CSU-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Sandro Kirchner (CSU): Herr Kollege Muthmann, ich habe sehr aufmerksam zugehört und den Eindruck gewonnen, dass Sie meinen, vieles besser zu wissen, vor allem im Nachgang. Ich erinnere mich aber sehr gut an die letzte Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten, als Ihr Fraktionsvorsitzender, der Herr Hagen, nicht so richtig wusste, ob er einen Lockdown oder einen Lockdown light, alles beim Alten lassen oder aufmachen wollte, also in viele Richtungen offen und nicht festgelegt war. Insofern ist es sehr spannend, dass Sie sich heute eindeutig zum Lockdown bekannt haben und diesen mittragen. Mich würde interessieren, wie dieser Sinneswandel stattgefunden hat – das Leopoldina-Gutachten stand schon vorher zur Verfügung – und wie Sie den Sinneswandel begründen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Kollege, das ist kein Sinneswandel. Das ist einer Entwicklung geschuldet, die wir auch beobachten

(Widerspruch – Zuruf)

und mit Sorge begleiten. Ich habe Ihnen die Überlegungen, die an dieser Stelle landes- und bundesweit Geltung haben, dargelegt. Das ist auch nichts anderes als das, was Martin Hagen zuletzt gesagt hat. Wir haben immer schon auf verbesserte Reaktionsmöglichkeiten auch in der Entwicklung der Krise hingewiesen. Sie können sich sicher sein, dass wir dieser Linie weiterhin treu bleiben werden.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Swoboda, bitte schön.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Kollegen! Ich werde nicht mit den Details beginnen, sondern komme gleich zum Grundsätzlichen und Wesentlichen: Das sind Sie, lieber Herr Ministerpräsident Dr. Söder! Sie erwecken den Eindruck politischer Tatkraft und Entscheidungsfreude. Das ist prima. Tatsächlich aber wirken Sie etwas verbohrte und hilflos. Das ist gar nicht so gut. "Herr Dr. Söder macht den Laden dicht, weil er nicht mehr weiß: Tappt er im Dunkeln und sucht das Licht?", sagen mir viele meiner Gesprächspartner draußen in der Bürgerschaft.

(Zuruf)

Sie meinen es gar nicht böse mit Ihnen. Viele meinen aber, Sie machen eine Politik gegen das Volk. Das heißt, Sie führen viele Menschen – Künstler, Händler, Kleingewerbetreibende, Kulturschaffende – in die Pleite. Das kann man nicht oft genug sagen. Sie zerstören deren Existenz. Ihre Politik vernichtet Steuerkraft und Arbeitsplätze, bringt Armut und Not in unser Land. Das asoziale Separieren, das Bil-

dungschaos, die irritierten Kinderseelen und die verlorenen Zukunftsperspektiven unserer jungen Menschen, die den Job verlieren oder bei denen die Ausbildung schlecht läuft etc., sind die Meilensteine Ihrer fürchterlichen Drohpolitik mit der Knute eines Polizeistaats, deren Folgen noch gar nicht absehbar sind.

Sie verbreiten Furcht und machen den Menschen mit Ihrem fehlinterpretierten Zahlenwerk des Todes Angst, dessen Ursache Sie aber gar nicht wissen wollen. Es werden ja keine COVID-Toten untersucht. Sie wollen von Toten gar nicht lernen. Sie machen die Menschen mit Angst gefügig, Herr Söder.

(Zuruf)

Dieser zweite totale Lockdown im Gleichschritt mit anderen Merkel-Hörigen ist die Bankrotterklärung der schwarz-roten Katastrophenpolitik, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bei COVID-19 wissen wir zumindest, dass normale, "immun-kompetente" Menschen keine Krankheitssymptome zeigen oder nach zwei bis drei Wochen wieder genesen sind.

(Unruhe)

Bei Ihnen, Herr Dr. Söder, wissen wir, dass in den nächsten zwei bis drei Wochen der nächste Knaller kommt: der Impfwahn.

(Zurufe)

Es zeigt sich schon jetzt, dass Ihre Wissenschaftsspezis das gleiche Muster an den Tag legen wie bei dem Pandemiewahn: Gerede ohne Evidenz.

(Zuruf)

In Sachen Infektionsnachweis sagt Ihnen die Leopoldina, diese hochgelobte Wasweiß-ich-was:

(Unruhe)

"Der Nachweis von Virus-RNA durch die RT-PCR ist gleichbedeutend mit einer Infektion der positiv getesteten Person." – Das ist falsch, sagen andere Wissenschaftler. Frau Huml, Ihnen sage ich es heute auch – wenn sie da ist: Der PCR-Test liefert eben gerade keine exklusive Detektion der viralen RNA des SARS-CoV-2-Virus. Auch das Robert Koch-Institut stellt das fest. Sie können das auch in den Packungsbeilagen nachlesen.

(Zuruf)

Damit ist die Basis all Ihres Handelns auf ganz tönernen Füßen. Sie wollen es nur nicht einsehen. Irgendwann holt Sie das ein. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, da gibt es draußen in den Straßen ganz viele Mitdenker.

(Zuruf)

In deren Reihen gibt es auch Ärzte und Anwälte für Aufklärung, die Sie aufgrund wissenschaftlicher Expertisen auf die Unbrauchbarkeit der PCR-Tests hinweisen. Sie, Herr Dr. Söder, ignorieren das und verbreiten Propaganda mithilfe staatsnaher Medien, etwa des Bayerischen Rundfunks,

(Lachen)

der über kritische Stimmen wie zum Beispiel die Querdenker kaum berichtet. Sie verbreiten Hetze genau über diese Querdenker. Das ist gar nicht schön. Herr

Dr. Söder und auch Herr Kreuzer – wenn er nicht da ist, dann richten Sie es ihm aus –:

(Zuruf)

Querdenker sind keine Staatsfeinde, die man kriminalisieren darf!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Das sind Regierungskritiker, die man anhören sollte. – Ich komme gleich zum Schluss, schönen Dank,

(Unruhe – Zuruf: Aufhören!)

– Das mache ich gleich, jawohl, und zwar mit einem Zitat von Charles Dickens.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist vor dem Zitat zu Ende. Ich danke Ihnen für das Ende Ihrer Rede.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Der Lockdown macht Sie zum Ebenezer Scrooge von Weihnachten in Bayern 2020, Herr Dr. Söder!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Markus Plenk.

(Unruhe)

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem bereits beschlossenen harten Lockdown wird die unverhältnismäßige Corona-Politik der Bayerischen Staatsregierung fortgesetzt. Herr Söder, mittlerweile ist jedem selbst denkenden Menschen klar: Ihre Trial-and-Error-Politik ist ein Desaster. Ihre Regierungserklärung war ein Eingeständnis Ihres ganz persönlichen Scheiterns.

(Zuruf)

Die bayerischen Bürger stehen als Folge Ihres Totalversagens vor einem Scherbenhaufen – gesundheitspolitisch, wirtschaftlich und sozial. Herr Söder, gerade als man dachte, viel schlimmer kann es nicht mehr kommen, kommen Sie mit einem weiteren harten Lockdown daher, der Ihre unsoziale Politik zementiert.

(Beifall bei der AfD)

Nach Ihrem Frontalangriff auf bayerische Unternehmer, Künstler, Arbeitnehmer, Schüler und Studenten sowie gegen Grundrechte und bürgerliche Freiheiten vermiesen Sie uns jetzt auch noch das Weihnachtsfest und den Jahreswechsel unter anderem mit einer völlig unnützen und unverhältnismäßigen nächtlichen Ausgangssperre. Wer auf die "Alternativlosigkeit" der eigenen Politik verweist, ist in Wirklichkeit hilflos und überfordert. Tatsächlich hätte es zu Ihrer Politik Alternativen gegeben, wie die erfolgreichere Pandemiebekämpfung anderer entwickelter demokratischer Länder zeigt. Stattdessen gaukeln Sie den Bürgern seit Beginn der Corona-Pandemie vor, dass die Staatsregierung unter Ihrer Führung alles im Blick und im Griff hat. – Das Gegenteil ist der Fall. Die vermeidbaren Kollateralschäden im Gesundheitswesen, in der Wirtschaft und im Sozialbereich übersteigen den Nutzen Ihrer Maßnahmen um ein Vielfaches. Dafür tragen Sie, Herr Söder, ganz persönlich die Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Herr Söder, Sie hatten im Sommer lange genug Zeit, sich auf die steigenden Infektionszahlen im Herbst vorzubereiten. Sie nutzten den Sommer aber hauptsächlich dafür, sich in den Medien als besonnenen, vernunftbetonten Landesvater darzustellen. Mittlerweile lassen Sie, wie man hört, hinter den Kulissen immer öfter Ihre Maske fallen und zeigen Ihr wahres Gesicht: Kritiker werden nicht gehört und niedergebrüllt. Ich prognostiziere Ihnen: Mit egozentrischem und autoritärem Verhalten werden Sie die Krise auch in Zukunft nicht meistern.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Sehr bedenklich ist: Viele Journalisten halten sich mit Regierungskritik auffällig zurück. Das ist ganz aktuell beim Thema Corona-Impfungen oder bei Fragen nach Kollateralschäden oder Krisenprofiteuren festzustellen. Liegt das vielleicht daran, dass üppige PR-Budgets verabschiedet wurden, die man, getarnt als Corona-Aufklärung der Regierung, an Medienunternehmen verteilen kann? Die Aufklärungsarbeit bestand bisher ausschließlich darin, die erfolglose Regierungspolitik an die Bürger zu verkaufen. Konstruktive, zielführende Aufklärung lassen Sie bis heute vermissen. Ich habe jedenfalls noch keine Werbeanzeige der Bundesregierung, der Landesregierungen oder der Ministerien gesehen, in der man die Bürger insgesamt zu einem gesünderen Lebensstil motiviert. Gerade in Zeiten der aktuellen Pandemie wäre es sinnvoll, auf Alkohol, Nikotin und sonstige Drogen zu verzichten, auf eine gesunde Ernährung und den Vitamin-D-Spiegel zu achten und sich möglichst viel an der frischen Luft zu bewegen.

Stattdessen appellieren Sie mit fragwürdigen Videos gerade an junge Menschen, faul vor der Glotze zu sitzen und sich Junkfood reinzuziehen. Verblödung und Verfettung sind die Folge. Liebe Mitbürger dort draußen, nutzen Sie die besinnliche Weihnachtszeit, um selber zu denken. Hinterfragen Sie die Politik unserer Regierenden; denn Umdenken ist die Voraussetzung für einen Politikwechsel, und der ist bitter notwendig! Frohe Weihnachten, und bleiben Sie gesund!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Tobias Reiß von der CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Ministerpräsident, eigentlich wollte ich auf meinen Redebeitrag verzichten.

(Beifall bei der AfD)

Aber nach dem, was hier in den letzten Minuten an Unsäglichem gesagt wurde, ist er doch nötig. Herr Swoboda und Herr Plenk, ich frage mich, warum Sie eigentlich aus der AfD-Fraktion ausgetreten sind. Sie tragen doch diese Leugner-Politik weiterhin mit!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie leugnen dieses Virus. Wir wollen es besiegen. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Arnold, Sie stimmen in den Chor derjenigen ein, die sagen, diese Maßnahmen wären unverhältnismäßig, wir würden die Leute ins Gefängnis sperren. Ich weiß nicht, ob Sie die gestrige Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs gelesen haben. Er hat uns bestätigt, dass in Bayern 750 Verfahren anhängig sind. 18 Verfahren haben wir bisher verloren, das sind 2,5 %. In diesen Fällen waren gewisse Anpassungen nötig. Der Bayerische Verwaltungsge-

richtshof schreibt, dass die streitgegenständliche Ausgangsbeschränkung – nicht Ausgangssperre – dem Schutz von Leben und Gesundheit und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems diene. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof spricht hier von einer "Ausgangsbeschränkung", weil wir noch raus dürfen.

Blicken wir einmal kurz zurück. Frau Schulze, Sie haben das Mahnen seit Wochen angesprochen und haben uns vorgeworfen, wir hätten gesagt, in vier Wochen sei wieder alles in Ordnung. Was haben denn Ihre Leute vor sechs Wochen gesagt? – Ministerpräsident Kretschmann hat zu Beginn des Lockdown light Anfang November geäußert, diese Notbremse biete die Chance, dass sich die Situation wieder entspanne und wir gemeinsam mit unseren Familien Weihnachten feiern könnten. Das war die Zielsetzung vor sechs Wochen. Herr Kollege Arnold, Herr Kollege Karl Lauterbach hat damals gesagt, damit würde die zweite Welle wie im Lehrbuch gebrochen. Das haben Ihre Leute gesagt, als die Maßnahmen vor sechs Wochen eingeleitet wurden.

Herr Kollege Hagen hat in der "Münchner Runde", als Klaus Holetschek auf die Intensivkapazitäten hingewiesen hat, gefragt: Was soll dieser Aktionismus, was soll diese Panikmache? Wir müssen nicht nur auf die Leopoldina hören. Auch die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin fordert jetzt durchgreifende Lockdown-Maßnahmen. Die Mediziner hier und auch die Mediziner in Weiden fordern jetzt durchgreifende Maßnahmen, weil wir auch Kapazitäten für Verlegungen brauchen.

Herr Kollege Arnold, Sie sprechen immer davon, dass die Ausgangsbeschränkungen nicht über ganz Bayern verhängt werden dürften. Wir waren damals im März froh, dass es Kapazitäten in ganz Bayern gab, um COVID-Patienten, die intensiv versorgt werden mussten, verlegen zu können. Die Intensivmediziner fordern, dass diese Patienten sogar in andere Bundesländer, die weniger von der Pandemie betroffen sind, verlegt werden sollten. Für Bayern ist es deshalb umso wichtiger, diese Thematik aufzugreifen.

Frau Kollegin Schulze, Sie sprechen immer von einem "Stufenplan" und einer "Langfriststrategie". Sie sollten einmal versuchen, ein besseres Verständnis für exponentielles Wachstum zu bekommen. Sie brauchen auch mehr Verständnis für präventives Handeln. Herr Kollege Streibl hat gesagt: Entscheidend ist, was wir heute tun. Wer die Zahlen richtig lesen kann, wer die enorme Dynamik der exponentiellen Verbreitung dieses Virus versteht, wer die Lage in den Kliniken sieht und vor allem, liebe AfD, wer die Gesellschaft nicht spaltet, sondern Fakten zugrunde legt und Mitgefühl für die Menschen hat, kann nicht anders, als diese Maßnahmen richtig zu finden.

(Beifall bei der CSU)

Ein letztes Wort zur AfD. Frau Kollegin, Sie wollen die Stimme des Volkes sein. Sie sind vielleicht die Stimme Ihres Ghostwriters, der Ihnen aus dem Off das, was Sie hier vortragen, aufschreibt.

(Beifall bei der CSU)

Sie legen sich die Welt so zurecht, wie sie in Ihr bizarres Weltbild passt. Herr Kollege Hahn, Ihnen ist es doch völlig egal, ob sich die von Ihnen hier verbreiteten Theorien mit der Realität decken. Meine Damen und Herren, das können Sie privat gerne machen. Das wird aber zur echten Gefahr, wenn Sie damit andere Menschen beeinflussen, wie Sie das hier tun, die dann Ihre abseitigen Thesen teilen, sich ebenfalls aus der Realität verabschieden und jegliche Solidarität aufgeben. Das ist doch das Problem. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, wie viel Schaden Sie damit anrichten. Das ist ein Charaktertest.

Sie wollen Vertrauen genießen. Die parlamentarische Demokratie kann nur funktionieren, wenn wir das Vertrauen der Menschen rechtfertigen. Wenn wir durch diese Tür gehen, legen wir ein Stück weit unsere private Haltung ab. Wir müssen die uns von der Verfassung übertragene Aufgabe ernst nehmen und für das bayerische Volk, für die Menschen in Bayern arbeiten. Wir dürfen keine kruden Thesen verbreiten, sondern müssen für die Menschen da sein. Wir müssen uns um den Gesundheitsschutz kümmern. Noch einmal: Sie leugnen das Virus und die Pandemie. Wir wollen das Virus besiegen. Das unterscheidet uns. – Frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Reiß, es liegen Zwischenbemerkungen vor. – Zunächst erteile ich hierfür dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Horst Arnold, das Wort. Bitte schön.

Horst Arnold (SPD): Lieber Kollege Reiß, Sie haben die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs richtig zitiert. Sie betrifft allerdings Ausgangssperren im Hotspot München. Hier hat sich der Verwaltungsgerichtshof in der Begrifflichkeit vertan. Damit sind wir vollkommen einverstanden. Dabei ging es um einen Jogger im Englischen Garten. Wir haben jedoch Unterschiede in den einzelnen Landstrichen. Der größte Landkreis Bayerns, der Landkreis Ansbach, hat Werte unter 80. Dort müsste genauso entschieden werden. Wir sehen da schon einen gewissen Unterschied. Tatsache ist: Der Jogger zahlt. Derjenige, der seinen Hund ausführt, zahlt nicht. Das ist schwer zu vermitteln.

Sie haben von Ausgangssperren gesprochen. Die Leopoldina hat in keiner ihrer Empfehlungen Ausgangssperren vermerkt. Das müssen Sie mir erklären. So zwingend ist diese Maßnahme wohl nicht.

Erklären Sie mir darüber hinaus einmal den Sachzusammenhang zwischen Klinikversorgung einerseits und dem bayerweiten Verhängen von Ausgangssperren zwischen 21 und 5 Uhr andererseits. Gibt es da einen Sachzusammenhang, oder ist das vielleicht an den Haaren herbeigezogen, um auf Teufel komm raus Ihre Entscheidung zu rechtfertigen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Arnold, der Bayerische Verwaltungsgerichtshof jedenfalls bestätigt diesen Sachzusammenhang. Er spricht – Sie haben das im Urteil offensichtlich falsch gelesen – zwar von Ausgangssperre im Hotspot, definiert diese jedoch in eine Ausgangsbeschränkung um. Man darf ja eben nach draußen und sitzt nicht, wie Sie uns vorhin weismachen wollten, im Gefängnis. Ich darf vielleicht ganz kurz zitieren:

Soweit der Antragsteller einwendet, eine wirksame Eindämmung der Verbreitung von COVID-19 sei nicht erheblich gefährdet, solange die Infektionszahlen nicht anstiegen, sondern sich "seitwärts" bewegten, verkennt er die Erfordernisse eines effektiven Infektionsschutzes. Eine solche Interpretation des Gesetzeswortlauts würde dazu führen, dass eine Intensivierung von Maßnahmen nur zum Abbremsen [...], nicht aber zu deren Absenkung [...] erfolgen dürfte. Dies widerspräche der in § 28a Abs. 3 IfSG normierten Prämisse, dass Entscheidungen über Schutzmaßnahmen insbesondere an dem Schutz von Leben und Gesundheit und der Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems auszurichten sind.

Das schreibt der Bayerische Verwaltungsgerichtshof.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich hiermit dem Abgeordneten Christian Klingen für die AfD-Fraktion das Wort.

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Reiß, noch einmal: Es geht um die Verwandtenbesuche an Weihnachten. Ich finde das schon ein bisschen realitätsfern. Nicht jeder hat ja die Verwandtschaft im gleichen Ort. Bayern ist ein Flächenland. Man muss weite Strecken fahren. Die Verwandtschaft muss zum Beispiel von Oberbayern nach Hof fahren, das sind ganz schön Kilometer. Wenn jemand um 21 Uhr ankommen will, müsste er spätestens um 17 Uhr losfahren. – Ich kapiere den Sinn dieser Maßnahme nicht. Warum soll das Virus ab 21 Uhr so gefährlich sein, dass ich nicht mehr mit meinem eigenen Pkw zurückfahren kann? – Ich sehe darin keinen Sinn; hier ist keine Gefährdung. Gefährlicher ist es doch, wenn man bei den Verwandten in einer engen Zweizimmerwohnung übernachten muss, weil man ja in Hotels auch nicht gehen darf; auch das ist sehr seltsam. Deswegen meine Frage: Warum muss man um 21 Uhr zurück sein?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Klingen, wir haben ja schon mehrfach versucht, das zu erklären. Am Ende geht es jetzt ums große Ganze. Herr Kollege Muthmann, Sie haben gerade davon gesprochen, wir hätten Scheuklappen auf. – Mit Scheuklappen kann man das große Ganze nicht sehen. Wir versuchen aber, den Gleichheitsgrundsatz zur Geltung zu bringen.

Sie wollen klare Regelungen. Dann machen wir klare Regelungen, dann passt das auch wieder nicht. Wenn alle wissen, dass um 21 Uhr jeder zu Hause sein soll, dann ist das eine klare, kommunikativ gut zu vermittelnde Strategie, an die sich jeder halten kann. Wir sollten doch endlich mal die Zielsetzung des Gesundheits- und Infektionsschutzes in den Mittelpunkt stellen. Dem dienen diese Einschränkungen, die wir alle hinnehmen müssen. Vielleicht erleben wir heuer eine etwas stillere Nacht. Vielleicht bekommen wir damit aber auch mehr Hoffnung und Zuversicht für die nächsten Jahre.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die nächste Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Reiß, Sie können es nicht vertragen, wenn die katastrophale Abnickhaltung der Regierungsfaktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN von mir hier kritisiert wird. Ich verstehe das ja.

(Unruhe)

Ich verstehe aber eines nicht, nämlich dass Sie sich – der kleine große Reiß – in die Niederungen der Lüge begeben und eine Lüge hier im Hohen Hause verbreiten. Sie erklären, ich würde das Virus leugnen. – Ich stelle fest: Das ist falsch, sehr geehrter Herr Reiß.

Richtig ist: Ich bezweifle die Infektionsnachweisfähigkeit des PCR-Tests. – Ich werde das so lange behaupten, bis Sie den Gegenbeweis antreten. Damit lüge ich nicht am Virus vorbei, sehr geehrter Herr Reiß. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Swoboda, Sie sprechen von Polizeistaat, von Hetze, von staatsnaher Medienpropaganda. Sie sprechen davon, wir wollten die Menschen durch Angst gefügig machen. – Sie legen den Schwerpunkt nicht darauf, dass es unsere gemeinsame Anstrengung sein muss, Infektionsschutz und Gesundheitsschutz zu gewährleisten. Sie unterstellen uns – denjenigen, die den Gesundheitsschutz in den Vordergrund stellen und alles daransetzen; denjenigen, deren Ministerpräsident die Debatte dazu prägt – unlautere Motive. Letzte Woche hatten wir wieder eine Richtungsentscheidung. Der Ministerpräsident aber musste von seinem Weg nicht abweichen, weil sich die Bayerische Staatsregierung dem Infektions- und Gesundheitsschutz schon immer verschrieben hat. Sie wollen das madigmachen und die Menschen verunsichern. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Uli Henkel (AfD): Verehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, der leider gerade hinausgegangen ist, geschätzte Kollegen, liebe Bürger! Eines habe ich in den vergangenen neun Monaten gelernt: Deutschland hat nicht nur 81 Millionen Bundestrainer, sondern offenbar auch ebenso viele Virologen, Immunologen und Epidemiologen, die alles über COVID-19 zu wissen scheinen.

Wenn ich im Folgenden die Politik der Regierung und vor allem die Politik des abwesenden Ministerpräsidenten kritisiere, so will ich doch konzedieren, dass ich dies natürlich aus unserer politischen Sicht und auf Basis der von mir gelesenen Studien, Statistiken und Berichte tue, aber – gerade in einer freiheitlichen Gesellschaft und gerade bei einem so komplexen Thema – auch abweichende Meinungen achte. Bei ein paar Aspekten sollten wir uns jedoch schon alle einig sein.

Erstens. Egal, wie man die Anti-Corona-Maßnahmen der Staatsregierung bewerten möchte, sie stellen in jedem Falle die massivsten Einschränkungen der Freiheitsrechte für unbescholtene Bürger seit Gründung der Bundesrepublik dar.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Noch nie wurde ein so gefährliches Unterfangen in Bezug auf unsere Wirtschaft gewagt – und das gerade in Zeiten, in denen diese ohnehin schon bedenklich wankt. Sie wankt auch deshalb – um nur drei Eckpunkte zu benennen –, weil wir seit Jahren zu viel ausgeben, zum Beispiel für den nimmersatten Moloch EU, für die Unterbringung von sogenannten Geflüchteten, aber auch für eine unsägliche Energiepolitik.

(Beifall bei der AfD)

Drittens. Die zur Bekämpfung von COVID-19 getroffenen Maßnahmen sind eine enorme zusätzliche, auch emotionale Belastung für viele unserer ohnehin schon verunsicherten Bürger, die erstmals spüren, dass die Politik – momentan jedenfalls – keine Lösungen anzubieten hat, auf die man sich mal eben einfach blind verlassen könnte.

Gerade in einer solchen Situation kann gute Politik jedenfalls nicht darin bestehen, verängstigte oder besorgte Menschen zu diffamieren, ihnen ihre täglichen Aufgaben zu nehmen und sie zu bloßen Ausgleichszahlungsempfängern zu degradieren.

Politik muss stattdessen aufklären, mitnehmen, andere Meinungen ernsthaft prüfen und wägen.

Es ist in diesen Zeiten unendlich wichtig, die Rechte der Bürger, die das alles nicht nur bezahlen müssen, sondern selbst auch – sei es von COVID-19, sei es von drohender Arbeitslosigkeit – Opfer sein können, so wenig wie irgend möglich zu beschneiden. Vor allem darf man die Bürger nicht dadurch verunsichern, dass jede Woche wieder all die schon beschlossenen und oft nicht einmal stringenten Maßnahmen verlängert und dabei auch noch einmal verschärft werden.

Herr abwesender Ministerpräsident, insoweit kann ich Ihnen für Ihr Krisenmanagement keine guten Noten erteilen; denn die vulnerablen Gruppen hätte man spätestens seit dem Sommer besser schützen können, um so jetzt nicht alle Bürger diesen harten Maßnahmen unterwerfen zu müssen. Aber damals gab es ja nicht einmal FFP2-Masken.

Man darf auch die Wirtschaft, die sich im Sommer sensationell darum bemüht hat, Hygienekonzepte zu entwickeln, und die massiv investiert hat, um ihre Betriebe auch unter diesen schwierigen Bedingungen aufrechterhalten zu können, jetzt doch nicht auch noch für ihr vorbildliches Verhalten bestrafen und viele sehenden Auges sogar in den Ruin treiben, wobei ein harter Lockdown die bayerische Wirtschaft wohl ungläubliche 10,4 % des BIP kosten könnte.

Liebe Kollegen, wir sägen hier doch am eigenen Ast, die Wirtschaft ist doch für den Menschen da. Bitte sparen Sie sich jetzt Ihre billige Polemik, wonach man Menschenleben nicht gegen wirtschaftliche Interessen abwägen dürfte. Das stimmt natürlich, aber so einfach ist es dann auch wieder nicht. Ökonomische Verwerfungen führen immer auch zu einer gesteigerten Sterblichkeit.

Exorbitant wichtig ist auch die Situation in den Schulen. Hier hätte man den Präsenzunterricht durchaus aufrechterhalten müssen, zum Wohle der Kinder und um die Eltern hier zumindest etwas zu entlasten.

(Beifall bei der AfD)

Dafür hätte man dann aber Geld, beispielsweise für mobile Raumlüfter, in die Hand nehmen müssen. Das wollte man aber nicht.

Ein letzter, mir extrem wichtiger Kritikpunkt betrifft die Mitbestimmung dieses Parlamentes, die es schon seit Monaten realiter nicht mehr gibt. Konzedieren Sie wenigstens, dass das, was Sie heute hier aufführen, eine Farce ist, dass Sie der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie nur Lippenbekenntnisse entbieten, dass Sie in Wahrheit die Gewaltenteilung missachten und den Souverän, der durch die 205 Abgeordneten dieses Hauses repräsentiert wird, einfach kalt aussperren.

(Beifall bei der AfD)

Im März 2020 war das für ein paar Momente hinnehmbar, dann aber hatten Sie bei kaum noch vorhandenen Fallzahlen monatelang Zeit, um Bayern auf eine von den Auguren bereits angekündigte zweite Welle vorzubereiten, und zwar nicht nur in medizinischer Hinsicht, sondern vor allem auch in politischen Dimensionen. Warum hat die Regierung zum Beispiel kein wissenschaftliches Symposium initiiert, in welchem die unterschiedlichen professoralen Meinungen mit uns Volksvertretern hätten diskutiert werden können? Auch wurde von Ihnen kein Prozedere entwickelt, das Parlament, und hier vor allem die Opposition, im Rahmen der Corona-Politik effektiv in die Willensbildung und die Entscheidungsfindung einzubinden. – Wohl auch, weil es viel bequemer ist. Man kann viel bequemer regieren, wenn man unter dem Ausruf der großen Worte Katastrophenfall, Pandemie, Ausnahmezustand und

mit dem dienstbeflissenen Flankenschutz aus dem medialen Bereich jegliche Opposition und Kritik gegen die getroffenen Maßnahmen einfach mundtot machen kann.

Solch ein Regierungsstil ist unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung auf Dauer aber unwürdig. Ich kann Sie deshalb nur auffordern, diesen Weg schnellstmöglich zu beenden. Ändern Sie ab sofort Ihre Informationspolitik. Binden Sie das Parlament mit ein, und zwar ergebnisoffen und vor allem vor der Verkündung der Hiobsbotschaften und nicht erst, nachdem die Würfel bereits gefallen sind. Letzteres trägt nämlich nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in die Institution Demokratie zu festigen.

Mein dringlichster Rat an Sie, Herr Ministerpräsident, der Sie leider nicht da sind, nein, meine Forderung am Schluss meines Redebeitrages lautet: Beginnen Sie noch heute damit, sich zusammen mit allen Abgeordneten darüber auseinanderzusetzen, wie es nach dem 10.01.2021 weitergehen soll. Lassen Sie uns hier Anfang Januar nicht erneut andackeln, nur um die nächsten von Ihnen im Vorfeld bereits final beschlossenen Maßnahmen abzunicken, würde das doch definitiv nur Ihre Missachtung des Parlamentes dokumentieren. Versuchen Sie, ein Ministerpräsident für alle Bürger im Freistaat zu sein; denn zumindest das können wir von Ihnen, gerade in solchen besonderen Zeiten, wirklich erwarten. – Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, die Aussprache ist hiermit geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Exponentielles Corona-Infektionsgeschehen und Überlastung des Gesundheitssystems verhindern - ein harter Lockdown ist unvermeidbar (Drs. 18/12042)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gemeinsam die Pandemie bekämpfen (Drs. 18/12043)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Christian Klingen, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

Die Alternative zu Söders Lockdown: Risikogruppen schützen, den anderen das Leben ermöglichen. (Drs. 18/12044)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Ruth Waldmann, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Weitere Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Gesundheit schützen, soziale und wirtschaftliche Belastungen abfedern, Perspektiven schaffen! (Drs. 18/12045)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Lockdown-Notbremse nutzen, um effektive Virusbekämpfung vorzubereiten (Drs. 18/12046)

Vorweg weise ich darauf hin, dass sich die Gesamtredezeit der Fraktionen auf 68,5 Minuten verringert. Es entfallen auf die CSU-Fraktion 17 Minuten, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 12 Minuten, Fraktion FREIE WÄHLER 10,5 Minuten, AfD-Fraktion und SPD-Fraktion jeweils 10 Minuten und FDP-Fraktion 9 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion und beträgt damit 17 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4,5 Minuten sprechen. – Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort zunächst Herrn Kollegen Helmut Radlmeier für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Helmut Radlmeier (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst, sie ist sogar mehr als ernst. Für diese Erkenntnis muss man hier im Haus keine Panik verbreiten. Man muss nichts dramatisieren. Man muss sich einfach nur die Zahlen ansehen. Man muss sie ansehen und darüber nachdenken, was sie aussagen, was sie zum Ausdruck bringen. Fast 800 Menschen – genau 792 – werden aktuell, Stand heute, allein in Bayern mit COVID-19 auf den Intensivstationen in unseren Krankenhäusern behandelt. 727 Bürgerinnen und Bürger davon müssen in den Intensivbetten invasiv beatmet werden. Der Herr Ministerpräsident hat es vorhin in seiner Regierungserklärung gesagt: 176 Mitbürger sind seit gestern verstorben. Das sind 8 mehr als vorgestern. Das ist die höchste Zahl seit Ausbruch dieser Pandemie.

Wer sich im Gesundheitswesen etwas auskennt oder wer sich damit beschäftigt, weiß, was diese Zahlen bedeuten. Der Blick in die nahe Zukunft verheißt nichts Gutes. Gestern wurden deutschlandweit mehr als 14.000 – genau 14.432 – Infizierte gemeldet. 14.432, liebe Kolleginnen und Kollegen! Daraus kann man schon absehen, was auf die Krankenhäuser zukommen wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Frau arbeitet seit Jahren als Anästhesie- und Intensivpflegerin in einem Landshuter Krankenhaus an vorderster Front mit. Ich bin selbst im Aufsichtsrat eines Krankenhauses und habe durchaus, zuletzt auch aufgrund meiner Mitgliedschaft im Ausschuss für Gesundheit und Pflege, viele Gespräche geführt und Einblicke in die Arbeit der Einrichtungen gewonnen, und zwar nicht nur in die Krankenhauslandschaft, sondern auch in die Senioren- und Altenpflege und in die Pflegeeinrichtungen. Man sollte nüchtern und sachlich festhalten: Wir stehen am Scheidepunkt. Das Jahresende wird zeigen, wohin die Reise im neuen Jahr geht. Daher ist die Entscheidung nur zu begrüßen, das öffentliche Leben deutschlandweit herunterzufahren, damit Leben gerettet werden kann. Das ist der richtige Weg, der einzig gangbare Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Leider haben aber manche in der Debatte den Blick auf das Wesentliche verloren, auf die Menschen. Manche blicken nur auf die freien Betten und meinen, es sei

alles gar nicht so tragisch. Ich sage: Wir müssen in der Debatte endlich von der nackten Bettenzahl wegkommen. Wir müssen uns bewusst machen, dass wir nicht über Betten sprechen, sondern über Menschen, über Bürgerinnen und Bürger, über Menschenleben.

(Beifall bei der CSU)

Wir sprechen über Menschen, für die es aktuell kein Heilmittel gibt, über Menschen, deren Leben auf der Kippe steht, über Menschen, die man unter Umständen nicht mehr behandeln kann, sollte es so weitergehen. Hier haben wir alle, insbesondere wir Abgeordnete hier im Landtag, eine besondere Verantwortung. Wir müssen erklären, dass es nicht reicht, einfach nur ein Bett aufzustellen. Natürlich können wir in großer Zahl Betten irgendwo hinstellen. Natürlich können wir Beatmungsgeräte bis zu einem gewissen Grad bereitstellen. Das allein hilft aber niemandem, denn für jedes Bett braucht es auch ausreichend Personal. Dieses Personal fällt aber leider nicht vom Himmel, außerdem muss es noch entsprechend geschult werden. Ich kann Ihnen sagen, für die Landshuter Krankenhäuser – Region Stadt und Landkreis Landshut – haben wir derzeit Unterstützung durch etwa 27 bis 29 Bundeswehrsoldaten, die in den einzelnen Häusern in unserer Region mithelfen und sie unterstützen. Gerade das Klinikpersonal ist am Limit. Die Krankenhäuser sind an der Belastungsgrenze oder nähern sich ihr mit großen Schritten.

Ich danke heute in diesem Zusammenhang auch allen Menschen, die sich im Gesundheitswesen gerade in diesen Zeiten weit über das normale Maß hinaus so großartig einbringen. Aber Dank allein genügt nicht. Aus diesem Grund braucht es jetzt den harten Lockdown. Alles andere wäre verantwortungslos. Wir brauchen jetzt einen Wellenbrecher, damit wir nicht untergehen.

Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER unterstützen daher den Kurs der Staatsregierung. Wir stehen dazu, diese Verantwortung zu übernehmen, auch wenn der Lockdown für uns alle zunächst schmerzhaft ist, gerade zum Jahresausklang. Von vielen Vorrednern ist es angesprochen worden. In dieser Zeit feiern wir normalerweise mit unseren Familien, Verwandten und Freunden. Wir machen Urlaub – zu dieser Jahreszeit meistens Skiurlaub –, schlendern über die Weihnachtsmärkte, gehen einkaufen. Das alles wird in diesem Jahr nur bedingt oder gar nicht möglich sein. Das schmerzt.

Dennoch gibt es keine andere Option. Lassen Sie uns Kontakte und damit mögliche Erkrankungen vermeiden! Lassen Sie uns dem Personal in unseren Krankenhäusern die nötige Luft verschaffen und eine Überlastung unseres Gesundheitssystems verhindern! Dieses Land und wir alle – ich betone: alle – müssen jetzt Solidarität zeigen. Wir haben deshalb unseren Dringlichkeitsantrag eingebracht, und ich darf hernach um Zustimmung zu diesem Antrag bitten.

Die Infektionszahlen sind trotz der bisher ergriffenen Maßnahmen zu hoch. Es ist richtig, darauf jetzt deutschlandweit geschlossen zu reagieren. Auf uns alle kommen weitreichende Einschränkungen zu, auch wirtschaftlicher Art. Für diese Einschränkungen gibt es auch bei den Unternehmern und Dienstleistern großes Verständnis. Ich habe erst gestern Abend mit einem Jungunternehmer gesprochen, der als Friseur seit Januar Chef eines eigenen Ladens ist. Er hat zu mir gesagt, er hätte gerne die Weihnachts- und Silvesterfrisuren mitgenommen; so salopp hat er es ausgedrückt. Monetär gesehen ist das seine Hauptzeit. Aber er sagt auch klar, dass er bei den aktuellen Zahlen und dieser dramatischen Entwicklung hinter den Entscheidungen steht. Er ist sich der Entwicklung bewusst und wird sich deshalb der Situation stellen und natürlich zusperrern. Er weiß auch: Ein kurzer, aber harter Lockdown bringt mehr als weichere Maßnahmen, die immer wieder aufschiebend wirken. Die schwierigen Situationen werden dann noch weiter verlängert, eventuell

bis ins Frühjahr oder sogar in den Sommer; unser Fraktionsvorsitzender hat es gesagt.

Auch dieser kurze Lockdown wird schwere Folgen haben. Daher ist es zu begrüßen, dass die wirtschaftlichen Belastungen mithilfe des Bundes abgefedert werden. Diese Hilfe muss aber rasch kommen. In unserem Antrag appellieren wir daher an den Bund, dass die angekündigten finanziellen Hilfen für die vom Lockdown betroffenen Unternehmen, Solo-Selbstständigen und selbstständigen Angehörigen der freien Berufe ausgebaut werden. Außerdem fordern wir, dass die Hilfen in diesen schweren Zeiten zum einen schnell zugänglich und zum anderen auch unbürokratisch sein müssen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine ganz persönliche Bemerkung. Wir reden hier oft über Zahlen und Statistiken. Wir streiten über Kurse und Kursrichtungen, Maßnahmen im Kleinen und Strategien im Großen. Lassen Sie uns in dieser schweren Zeit zusammenstehen. Lassen Sie uns gemeinsam das Richtige tun. Der gesunde Menschenverstand und das eigene Verantwortungsbewusstsein sind jetzt mehr denn je gefragt. Schalten wir alle in diesem Jahr einen Gang zurück, damit wir im nächsten Jahr hoffentlich wieder alle gut durchstarten können. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und euch allen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Das Wichtigste ist: Bleiben wir, bleiben Sie alle gesund!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. – Hierzu erteile ich zunächst dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort. Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Radlmeier, bevor der Herr Reiß wieder auf die Idee kommt, mich als Corona-Leugner zu diskreditieren, möchte ich vorwegschicken, dass ich die von Ihnen erwähnten Zahlen nicht anzweifle, ich allerdings glaube, dass es dafür natürlich Gründe gibt. Ich habe zwei konkrete Fragen. Der Herr Ministerpräsident Söder hat in seiner Regierungserklärung erwähnt, wir müssten endlich aufwachen. Frage eins: Heißt das, dass die maßgebliche Regierungspartei, die CSU, bis jetzt geschlafen hat? – Frage zwei: Warum, glauben Sie, gibt es auch Mediziner, die aktuell eine Corona-Impfung ablehnen?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege Radlmeier.

Helmut Radlmeier (CSU): Kollege Plenk, zu Ihrer ersten Frage sage ich, dass im März nicht nur die Staatsregierung, sondern die Menschen weltweit auf dieses Virus nicht vorbereitet gewesen sind. Es gab keine Erfahrungswerte. Unser Ministerpräsident, die Staatsregierung und viele andere verantwortungsvolle Politiker haben in der jeweiligen Situation das Beste daraus gemacht – step by step. Sie haben sich den Herausforderungen gestellt und sich mit ihren Maßnahmen den Situationen angepasst.

Sie interpretieren in Ihrer Frage, dass die Maßnahmen nicht gegriffen haben. Die Maßnahmen haben vielleicht auch deswegen nicht gegriffen, weil sich nicht alle an sie gehalten haben, so wie es sich gehört. Nicht mehr und nicht weniger. Jetzt sind wir an einem Punkt angekommen, an dem die Zahlen aus dem Ruder laufen und die Leute nicht nur infiziert sind, sondern auch die Todesraten steigen. Da müssen wir noch mal gemeinsam in diesen harten Lockdown gehen und das Beste daraus machen; wir müssen nicht nur darauf hoffen, sondern auch darauf einwirken, dass die Zahlen besser werden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Helmut Radlmeier (CSU): Die zweite Frage – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Jetzt ist für die zweite Frage eigentlich keine Zeit mehr, Herr Kollege.

Helmut Radlmeier (CSU): Wie überall im Leben gibt es zwei Meinungen. Die Mehrheit der Mediziner meint, dass Impfen gut ist und dass die Maßnahmen der Staatsregierung der letzten Wochen und Monate richtig sind.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine zweite Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Ingo Hahn von der AfD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr CSU-Kollege Radlmeier, Sie legen hier einen Antrag vor, mit dem Sie das Infektionsgeschehen bzw. das daraus Folgende eindämmen wollen. Sie haben jetzt eigentlich neun Monate Zeit gehabt, gerade auch das Krankenhauswesen vorzubereiten. Das ist anscheinend nicht geschehen; denn jetzt sehen wir, dass es wieder Engpässe gibt.

Aber die Menschen draußen im Land haben nicht nur Angst wegen Corona, sondern sie leiden auch sehr unter den Corona-Maßnahmen. Das heißt, sie kämpfen um ihr Leben. Bei verschobenen Operationen in Krankenhäusern wird um das Leben gekämpft. Weltweit haben wir Hungerzustände, weil gewisse Regionen nicht versorgt werden dürfen. Dort wird um das Leben gekämpft. Hier bei uns vor Ort werden ganze Wirtschaftsbranchen vor die Wand gefahren. Die Leute kämpfen wirtschaftlich ums Überleben. Gerade die alten Leute und die Risikogruppen kämpfen hier zum Teil alleine für sich, weil keine Angehörigen zu ihnen kommen können.

Meine Frage ist: Wie erklären Sie sich, dass selbst Politiker hier im Landtag sich nicht an die Maskenregeln halten wie Herr Söder, dass Ihre CSU-Minister an Restauranttischen zusammenhocken und vor allen Dingen –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): – dass wir drei Sonderplenarsitzungen haben, bei denen ein Infektionsrisiko geschaffen wird? – Das wollte der Herr Söder ja heute haben. Er wollte hier sprechen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Radlmeier, es ist Ihre Minute.

Helmut Radlmeier (CSU): Sie sprechen die Kolleginnen und Kollegen an. Diese haben sich entschuldigt. Das war ein einmaliger Fehler. Was soll man jetzt darauf sagen? – Jeder macht mal Fehler. Sie haben es bedauert. Das haben alle fünf unisono gesagt und auch so veröffentlicht. Mir steht es nicht zu, die Kollegen jetzt zu tadeln. Dieser Fehler ist passiert. Das haben sie erkannt. Mit dem Thema muss jetzt auch einmal Ruhe sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Jürgen Mistol. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Infektionszahlen laufen im gesamten Land aus dem Ruder. Täglich sind wir mit höheren Infektionszahlen konfrontiert. Die Zahl der Todesfälle steigt stark an. Allein in Bayern betrauern wir mittlerweile knapp 5.000 Menschen. Das ist eine hohe Zahl. Darauf gibt es aus unserer Sicht nur eine Antwort: Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen in ganz Deutschland, und deswegen unterstützen wir GRÜNE die einschneidenden Maßnahmen, die auf der Konferenz der Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin am vergangenen Sonntag beschlossen wurden; denn sie sind unabwendbar, um die Infektionszahlen endlich zu senken.

Ja, diese Maßnahmen sind so kurz vor Weihnachten und dem Jahreswechsel eine Zumutung. Aber was ist die Alternative? Schon jetzt ist das Gesundheitswesen in Bayern einer gefährlich hohen Belastung ausgesetzt; und die Menschen, die in diesem System arbeiten, die Ärzt*innen und die Pfleger*innen, noch viel mehr. Um das System am Laufen zu halten, brauchen wir dringend eine Entlastung, und zwar jetzt. Deshalb ist das Gebot der Stunde, jetzt gemeinsam zu handeln, nicht bis zu den Weihnachtsferien zu warten und den Lockdown am morgigen Mittwoch beginnen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben es jetzt in der Hand, Disziplin und Solidarität zu üben, uns von manch lieb gewonnenen Ritualen der Weihnachtszeit und zum Jahreswechsel für dieses Jahr zu verabschieden, damit unser Gesundheitswesen nicht kollabiert und Ärztinnen und Ärzte nicht entscheiden müssen, wer künstlich beatmet werden soll und wer nicht. Wir GRÜNE wollen alles tun, um solche Entscheidungen zu verhindern.

Einschränkungen bedeuten übrigens nicht, dass Weihnachten ausfällt; vielleicht wird uns dieses Weihnachten, dieser Jahreswechsel viel stärker in Erinnerung bleiben, weil er so ganz anders sein wird als sonst.

Für uns alle gilt: Nicht alles, was möglich ist, muss auch gemacht werden. Die Beschränkungen für private Zusammenkünfte mit Freund*innen, Verwandten und Bekannten sind Obergrenzen, die auch unterschritten werden können. Klar sind soziale Kontakte wichtig, gerade in Krisenzeiten. Dass jedoch diese großzügigeren Regeln für Weihnachten nur für Anverwandte in gerader Linie inklusive Geschwisterkindern gelten, erschließt sich mir jedoch nicht. Ich kenne nicht wenige Menschen, die weder Geschwister noch Kinder noch eine feste Partnerin oder einen festen Partner haben und deren Eltern vielleicht schon gestorben sind; die leben nicht alleine, sondern in selbst gewählten Familienzusammenhängen, Stichwort: Wahlfamilie. Sie haben von den Lockerungen zu Weihnachten gar nichts. Da geht es nicht um Kumpel, wie der Herr Ministerpräsident gesagt hat, es geht nicht um Freunde, sondern es geht um die Wahlfamilie. Gerade in der queeren Community, aber auch in anderen Teilen unserer bunten bayerischen Gesellschaft erzeugt das heftiges Kopfschütteln.

Ich sage Ihnen auch: Diese verquere Regel hat weniger mit epidemiologischen Erkenntnissen zu tun. Sie zeigt vielmehr sehr deutlich ein völlig antiquiertes Familien- und Gesellschaftsbild auf, das auch gestern wieder von der Staatsregierung bemüht wurde. Ich hingegen sage: Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfractionen, lasst uns froh und bunter sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, dass es keine Sonderregeln zu Silvester gibt, hatten wir GRÜNE schon bei der vorletzten Regierungserklärung gefordert. Gut, dass jetzt auch die anderen zur Einsicht gekommen sind. Vielleicht ist es an der Zeit, ganz

andere Formen zu finden, um das neue Jahr zu begrüßen, die vielleicht auch in Zukunft Bestand haben. Mir geht es zumindest so: Ein Silvester ohne Böller und Raketen entlastet nicht nur unser Gesundheitssystem, sondern schützt auch Umwelt und Tiere. Ich kann sagen: Wir GRÜNE freuen uns schon darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, Corona trifft besonders die Alten- und die Pflegeheime, die Behinderteneinrichtungen und die Menschen, die dort arbeiten. Man muss es so deutlich sagen: Bayerns Heime stehen vor einer Zerreißprobe. Wie die alten Menschen schützen und sie gleichzeitig vor sozialer Isolation und Trostlosigkeit bewahren? Die Regel, dass alle von täglich höchstens einer Person – aus unserer Sicht sollte es ein Haushalt sein – besucht werden dürfen, und das auch nur dann, wenn diese einen aktuellen, negativen Corona-Test vorlegen kann und eine FFP2-Schutzmaske trägt, stellen wir nicht in Frage. Die meisten Einrichtungen im Freistaat haben aber massive Probleme, die Testverordnungen und die weiteren Vorgaben des Gesundheitsministeriums überhaupt umzusetzen. Ich sage Ihnen: Eine Vorgabe ist schnell gemacht; sie muss aber auch praktikabel sein. Mobile Testteams zum Beispiel könnten hilfreich sein, um regelmäßige Antigen-Tests durchzuführen. Hier ist die Staatsregierung in der Pflicht, die Praxisauglichkeit zu gewährleisten, auch Informationen, zum Beispiel in Leichter Sprache und für Sehbehinderte, zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass niemand alleine sein muss – nicht an Weihnachten und auch sonst nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Schließung des Einzelhandels ist hart, gerade in der Vorweihnachtszeit. Es gibt nicht wenige Geschäfte, die in dieser Zeit ihren höchsten Umsatz haben und das ganze Jahr davon leben. Deshalb müssen die angekündigten großen Hilfen auch wirklich großzügig sein. Wirklich unverständlich ist für uns der Passus im Entwurf der Elften Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, dass Abholdienste im Einzelhandel auch bei Vorliegen eines Hygienekonzeptes untersagt sind, während der Beschluss der MPK vom Sonntag ausdrücklich Abhol- und Lieferdienste zulässt. Hier schießt die Staatsregierung über das Ziel hinaus. Da ist es die Staatsregierung, die Ausnahmen macht. Herr Söder hat den Vorwurf geäußert, andere wollten Ausnahmen, aber er macht hier die Ausnahme von der Regel, die auf Bundesebene gilt. Aus unserer Sicht kann es auch nicht sein, dass die Blumenhändlerin bzw. der Blumenhändler in der Innenstadt schließen muss, aber der Discounter am Ortsrand Blumen verkaufen darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage sehr deutlich: Die Lage des Einzelhandels und der Gastronomie, gerade in den Innenstädten und den Ortszentren, bereitet uns GRÜNEN große Sorge. Innenstädte und Ortskerne sind das Herz einer jeden Stadt, eines jeden Dorfes; es sind Orte der Begegnung, sie bieten kulturellen Austausch, sie sind auch wichtige Wirtschaftstreiber – oder vielmehr: sie waren es; denn unsere Innenstädte und Ortskerne sind in einer tiefen Krise. Die Corona-Pandemie wirkt hier wie ein Brandbeschleuniger. Darauf sollten wir jetzt schon großes Augenmerk legen und den Grundstock dafür legen, dass unsere Innerortslagen attraktiv bleiben oder es wieder werden. Das schafft Identität, das stärkt das gesellschaftliche Miteinander.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen: Uns GRÜNEN war und ist es wichtig, dass unsere Kinder und Jugendlichen in der Pandemie weder in der Bildung noch in der Betreuung unter die Räder kommen. Dass nun bis in den Januar hinein kein Präsenzunterricht mehr stattfinden kann, ist eine Situation, die wir

gerne vermieden hätten; aber alles andere wäre nun nicht mehr verantwortbar. Dass Minister Piazzolo gestern auch den Distanzunterricht abgesagt hat – wir haben heute gehört: Es war anders gemeint –, diese Kommunikationsspanne ist aus unserer Sicht der Super-GAU und der beste Beweis dafür, dass die Zeit nach dem ersten Lockdown nicht für sinnvolle Vorbereitungen genutzt wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muss deutlich sagen: Ein tragfähiges Unterrichtskonzept unter Pandemie-Bedingungen ist uns der Kultusminister immer noch schuldig,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber nicht nur uns, sondern insbesondere den Schülerinnen und Schülern und den Lehrerinnen und Lehrern.

Von der Bildung zur Wirtschaft: Ich unterstreiche an dieser Stelle nochmals den Appell der GRÜNEN an die Wirtschaft, alle Möglichkeiten für Betriebsferien oder Homeoffice-Lösungen bis zum 10. Januar großzügig zu nutzen, um bayernweit den Grundsatz "Wir bleiben zuhause" auch wirklich umzusetzen.

Den scharfen Lockdown sehen auch wir wie übrigens der ifo-Chef, Clemens Fuest, in einem aktuellen Interview als eine Investition in die Zukunft, damit wir möglichst nach dem 11. Januar lockern und ordentlich in das neue Jahr starten können, statt die Wirtschaft dann nochmals herunterfahren zu müssen. Wir wissen es nicht, ob das so kommt; aber wir haben gute Chancen, dass dieser Effekt eintritt.

Klar aber ist: Der Lockdown verlangt uns allen, der Wirtschaft, dem Handel, viel ab, sehr viel sogar. Dafür braucht es Unterstützung. Einiges ist schon beschlossen, wir müssen aber noch mal genauer hinschauen, um keinen und keine zu übersehen, vor allem auch die nicht, die keine starke Lobby haben, gleich ob sie Solo-Selbstständige, Künstler*innen oder kleine Einzelhändler*innen sind.

Damit die beschlossenen Maßnahmen auch wirklich greifen können, ist eine Informations- und Aufklärungskampagne zu den Regeln, über Verbreitungswege und Gefahren dringend notwendig; denn wir müssen auf die Menschen zugehen, um die Akzeptanz für die notwendigen Maßnahmen zu erhöhen.

Vor allem aber sei das Hin und Her bei den Regeln Gift für die Disziplin, sagte kürzlich die Gesundheitspsychologin Cornelia Betsch von der Universität Erfurt in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung". Zitat: "Die Menschen brauchen einen festen Rahmen, an den sie sich halten und auf dessen Gültigkeit sie sich verlassen können." So habe der größte politische Fehler, sagt Frau Betsch, der vergangenen Wochen darin bestanden, den Menschen Lockerungen über Weihnachten und Silvester in Aussicht zu stellen, ohne diese an klare Bedingungen zu knüpfen. – Ich kann nur an alle appellieren: Lernen wir daraus.

Kolleginnen und Kollegen, die zweite Welle hat uns mit voller Wucht erwischt. Wir können gegen die Pandemie nur ankämpfen, wenn die föderale Familie an einem Strang zieht. Hierbei ist es gut, wenn kein Bundesland allein den Kampf gegen das Coronavirus führt. Stattdessen erwarten die Menschen in unserem Land auch ein gutes Zusammenspiel zwischen Regierung und Opposition. Diesem Zusammenspiel Ausdruck zu verleihen, ist das Ziel unseres Antrags, der Ihnen vorliegt. Wir sind gespannt, wie Sie sich dazu verhalten.

Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr werden wir das Weihnachtsfest nicht in der gewohnten Art und Weise feiern können. Ich bin jedoch sehr zuversichtlich, dass wir irgendwann – hoffentlich bald – wieder das Leben führen können, das wir

vor Beginn der Pandemie geführt haben. Manche Dinge werden sich nach überstandener Krise womöglich sogar zum Besseren wenden. In diesem Sinne: Halten wir Abstand, halten wir zusammen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lediglich eine Stunde hat es am Sonntag gedauert, bis das Schicksal von Einzelhändlern, Gastronomie, Friseursalons und vielen Millionen weiteren Opfern der sogenannten härteren Vorgehensweise beim Lockdown besiegelt war. Wie oft haben wir gehört, es gehe nicht anders – nicht nur im November, als der Wellenbrecher-Lockdown stattfand, und nicht nur jetzt kurz vor Weihnachten, als man uns eigentlich versprochen hatte, dass zu Weihnachten wieder Normalität herrscht.

Die CSU und ihre Mehrheitsbeschaffer im Landtag bezeichnen einen harten Lockdown in ihrem Dringlichkeitsantrag als unvermeidbar. Doch nichts ist bekanntlich alternativlos. Viele Länder Europas haben einen anderen Weg gefunden, mit der Krise umzugehen, haben bewusst die Parameter anders gesetzt und haben keine Politiker, die nur noch von Todeszahlen sprechen, um die Panik in der Bevölkerung zu schüren. Den Bürgern fehlt mehr und mehr der Glaube an die Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen,

(Beifall bei der AfD)

weil diese Menschen einfach durchschauen, dass es nicht sein kann, dass das Virus im Bus auf dem Weg zur Arbeit oder im Großraumbüro mit zwanzig und mehr Kollegen weniger ansteckend ist als beim Weihnachtessen im Kreis der Familie, weil die Leute kein Verständnis mehr dafür haben, dass PCR-Stäbchen in die Nasen ihrer dreijährigen Kinder gesteckt werden und gleichzeitig die älteren Geschwister im Klassenzimmer bei dauergeöffnetem Fenster frieren.

(Zurufe: Oh!)

Doch, meine Damen und Herren, es geht anders. Mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag der AfD möchten wir Ihnen zehn Punkte präsentieren, in denen wir eine Alternative zur Corona-Politik des Herrn Söder in Bayern vorschlagen. Der Leitgedanke dabei ist, Risikogruppen zu schützen, allen anderen Menschen aber wieder ein geregeltes, normales Leben ohne Panik, ohne Angstmacherei und ohne unnötige Zwänge zu ermöglichen. Wir fordern die Staatsregierung daher auf, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen wiederherzustellen und die beschlossenen Maßnahmen, die im CSU-Antrag gefeiert werden, sofort aufzuheben bzw. zu unterlassen.

(Beifall bei der AfD)

Ebenfalls wichtig ist das Weihnachtsfest. Was maßen sich eigentlich der Staat bzw. die Regierung an, den Bürgern vorzuschreiben, wer am Weihnachtstisch sitzen darf und wer nicht? Auch bei den Gottesdiensten wird bei jeder noch so unwichtigen Gelegenheit die Religionsfreiheit – besonders von Minderheitsreligionen – hochgehalten. So soll jetzt ausgerechnet an Weihnachten in den Kirchen nicht wirklich gefeiert werden. Die Teilnahme am Gottesdienst ist nur mit Voranmeldung möglich, wobei große Teile der Gemeinden ausgeschlossen werden. Dazu gibt es eine Ausgangssperre ab 21 Uhr usw. Wie groß wäre der Aufschrei, wenn diese

Maßnahmen zum Zuckerfest getroffen würden? Bei der christlichen Mehrheit im Lande aber ist das für die Staatsregierung kein Problem. – Streichen Sie, werte Kollegen von der CSU, endlich das "C" aus ihrem Parteinamen!

(Beifall bei der AfD)

Geht es nach Herrn Söder, soll man Ältere in Alten- und Pflegeheimen – wenn überhaupt – nur sehr spärlich besuchen. Die Lebensrealität im Lande ist, dass die Eltern bzw. Großeltern oft im Heim wohnen und die Familien, zerstreut über die ganze Welt, an Weihnachten zueinanderfinden. Gerade hier treffen die Kontaktbeschränkungen unverhältnismäßig. Gleichzeitig ist es natürlich wichtig, Risikopatienten zu schützen. Hierzu sehen wir vor, in ausreichender Zahl und nach Bedarf schützende FFP2-Masken an Risikogruppen kostenfrei für die Bezieher auszugeben. Geschützt und trotzdem Kontakt zu den Liebsten – das ist wohl das schönste und größte Geschenk, das wir zu Weihnachten bereiten können.

Besonders vom Lockdown betroffen sind die Veranstaltungsbranche und die Gastronomie. Nachdem die versprochenen Hilfen bekanntlich mit deutlicher Verspätung ausgezahlt werden, gilt es auch hier, Schaden von der zu Unrecht in ihrem Wirtschaften behinderten Branche abzuwenden. Entsprechend den Hygienekonzepten vom Sommer 2020, die sich bewährt haben, sind die Gastronomie und die Veranstaltungsbranche umgehend von den unverhältnismäßigen Maßnahmen zu befreien.

Der Einzelhandel leidet im Jahr 2020 besonders unter der Regierung Söder. Nicht den Supermärkten, sondern eher den kleinen Geschäften für Bekleidung, typische Geschenkartikel etc. wird kurz vor Weihnachten noch einmal "der Saft abgedreht". Davon profitieren Amazon und Co., die in Deutschland bekanntlich kaum Steuern zahlen. Wir wollen die Leistungsträger vom Corona-Wahn befreien. Wie wäre es damit, die Ladenöffnungszeiten sogar zu erweitern und im Einzelhandel Umsätze zu sichern sowie die Kundenströme zu entzerren?

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte gar nicht auf unseren Chaosminister Prof. Piazzolo eingehen. Selbstverständlich sollten für uns Schulen für den Präsenzunterricht geöffnet bleiben, genauso wie die Kindertagesstätten. Sie sind weder ein Herd von Infektionen, noch beherbergen Sie eine Risikogruppe. Gerade jetzt, wenn es um das Homeoffice geht und wenn in den Krankenhäusern jede helfende Hand benötigt wird, brauchen wir eine zuverlässige Kinderbetreuung in Bayern.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht umgehend erfüllt werden muss, ist die sofortige Beendigung der Diskriminierung von Menschen, die keine Maske tragen können. Auch diese Menschen haben das Recht, ohne Gängelung einkaufen zu gehen, im Bus zu fahren oder in sonstiger Weise am öffentlichen Leben teilzunehmen. Der sonst so hoch geschätzte Datenschutz wird hier massiv unterlaufen, da die Diskriminierten jedem Supermarktverkäufer per Attest jegliche Diagnose mitteilen müssen. Dies sind Informationen, die den Kassierer im Supermarkt definitiv nichts angehen.

(Beifall bei der AfD)

Beenden Sie dieses Schauspiel in den Supermärkten! Beenden Sie auch endlich die unselige PCR-Testung für jedermann. Schaffen Sie Testressourcen für diejenigen, die die Tests wirklich benötigen. Testen Sie so, wie es die Wissenschaft für angemessen hält, und nicht mit einem künstlich erhöhten Ct-Wert. Lassen Sie die Getesteten nicht tagelang im Unklaren, ob sie das Virus auf ihrer Schleimhaut tragen, sondern geben Sie Rückmeldung innerhalb von 24 Stunden. Entlasten Sie die

Gesundheitsämter und konzentrieren Sie sich bei der Kontaktnachverfolgung auf die Risikogruppen, anstatt ganze gesunde Schulklassen zum Massentest antreten zu lassen. Verhindern Sie die missbräuchliche Verwendung von Antigen-Schnelltests in Supermärkten, Kinos oder im Flug- und Bahnverkehr. Dies würde unser Land endgültig zum Erliegen bringen! Diese Tests sind sinnvoll zum Schutz von Risikogruppen in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, aber auch nicht irgendwann, sondern unmittelbar vor dem Besuch.

Insofern fordere ich Sie auf und ermutige ich Sie, unserem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen. Ich wünsche frohe Weihnachten. Bleiben Sie gesund.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich dem Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Winhart, heute haben wir gehört, dass bundesweit 500 Menschen an Corona gestorben sind. In Bayern sind es 126. Ich möchte Sie fragen: Wie viele Tote möchten Sie und Ihre Gesinnungsfreunde im Rahmen Ihrer Verhältnismäßigkeitsprüfung akzeptieren? Wie viele Tote halten Sie für verhältnismäßig? Glauben Sie ernsthaft, dass die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen eine geeignete Reaktion auf die Pandemie sind? Ich glaube, Sie sind damit auf einem gefährlichen Holzweg, weil Sie Menschenleben gefährden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Winhart, bitte.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Prof. Bausback, ich frage Sie, wo Ihre Abwägung im März stattgefunden hat, als man die Kommunalwahl durchgeführt hat, als man gerade in Rosenheim noch Starkbierfeste erlaubt hat und sich im Wahlkampf mit allem Drum und Dran hat blicken lassen. Wo war da Ihre Abwägung? Damals hätte man die Pandemie zumindest in Teilen noch aufhalten können. Wo sind damals die Grenzen geschlossen worden, wie wir gefordert haben? Wir wurden belächelt und ausgelacht, als wir gefordert haben, nicht mehr jeden chinesischen Flieger in München landen zu lassen. Wo waren da Ihre Bedenken? Da hat man gesagt, erst einmal machen wir die Türen auf, jeder rückt weiter rein. Wo war da Ihre Abwägung?

Jetzt haben wir diese Studie erhalten. Sie haben sie sicherlich auch gelesen. Natürlich hat sich das bestätigt, was wir vermutet haben. Die Kommunalwahl hat massiv zur Verbreitung beigetragen. Auch die Starkbierfeste, bei denen sich Ihre Parteifreunde in der Öffentlichkeit gesont haben, haben massiv zur Pandemie beigetragen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Volkmar Halbleib. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war wieder einmal ein bemerkenswerter Beitrag seitens der AfD. Sie haben von anderen Ländern gesprochen, aber kein einziges Land namentlich genannt, in dem es so viel besser läuft als in Deutschland und in Bayern. Offensichtlich können Sie das nicht nennen. Soweit der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Sie bleiben bei Ihrer unverantwortlichen Politik. Sie haben leider mit Ihrem Verhalten und mit Ihren kruden Thesen zum Anstieg der Pandemie beigetragen. Das war Ihr politischer Beitrag in diesem Hause. Der Punkt 10 Ihres Antrags steht auf der zweiten Seite. Dieser Punkt 10 macht deutlich, dass Sie mit

dem sehr ernstesten Thema Impfen nur politische Mätzchen auf Kosten derjenigen machen, die in diesem Land um Gesundheit ringen. Das ist ein absurdes politisches Kasperletheater. Zynismus kennen wir von der AfD. Sie sind unbelehrbar. Leider muss man dies an der Stelle wieder einmal sagen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich – das hat Kollege Horst Arnold in der Aussprache zur Regierungserklärung schon deutlich gemacht – stehen wir vor notwendigen weiterführenden Maßnahmen. Sie sind dringend notwendig, um die augenblickliche Entwicklung und den Infektionsanstieg der vergangenen Wochen möglichst rasch umkehren zu können. Wir haben in unserem Antrag viele bedeutende Punkte angesprochen, die uns wichtig sind und die bei diesem Lockdown nicht aus dem Blick geraten dürfen. Ich rate uns allen, vorher auch einmal einen Blick auf den bisherigen Verlauf der Pandemiebekämpfung in unserem Freistaat zu werfen, denn wir müssen aus den bisherigen Fehlern auch lernen.

Der Ministerpräsident kann jetzt nicht da sein, aber der Staatskanzleichef wird es ihm übermitteln: Einer der Hauptfehler waren die ständigen Fingerzeige auf andere Länder und andere Situationen mit der Konnotation, dass in Bayern alles besser läuft und dass wir viel bessere Entwicklungen und Möglichkeiten haben. Sie zeigten auf andere mit dem Finger, obwohl – das sehen wir jetzt – die Politik im Freistaat Bayern nicht zu besseren Ergebnissen als in anderen Bundesländern geführt hat. Im Gegenteil, Bayern steht bei den Infektionszahlen alles andere als gut da. Die Attitüde des Klassenprimus, immer mit dem Finger auf andere Länder zu zeigen, verhält sich leider umgekehrt proportional zur Erledigung der Hausaufgaben in Bayern. Man kann auch sagen: Jeder Fingerzeig des Ministerpräsidenten auf andere Länder erzeugt drei Fingerzeige zurück auf den Freistaat Bayern und die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Wir erwarten vom Bayerischen Ministerpräsidenten und der Staatsregierung, dass sie nicht nur Meister im Belehren anderer sind, sondern dass sie auch die Hausaufgaben zuhause so erledigen, wie es ihrem und unserem Anspruch entspricht.

Die Hausaufgaben sind schon vielfach benannt worden: Eine rechtzeitige gute Teststrategie mit gezielten Schutztestungen statt mit Schrotladungen von Massentests; der rechtzeitige effektive Schutz der vulnerablen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen; die rechtzeitige Ausstattung der Gesundheitsämter; ein rechtzeitiger effektiver Einsatz von effektiver Software. Viele Hausaufgaben des Freistaats Bayern sind bis heute nicht oder viel zu spät gemacht worden. Auch Ihre Entscheidungen oder nicht getroffenen Entscheidungen haben zum Infektionsanstieg beigetragen. Da hilft auch kein Grundsatzreferat über die Grenzkilometer des Freistaats. Die vulnerablen Gruppen wurden in Bayern viel zu schlecht vor den Folgen von Corona geschützt.

Ich darf an dieser Stelle auch aus meiner Heimatstadt berichten. Anfang April hatten wir in Würzburg zwei Heime, in denen Todesfälle leider massiv und in großer Zahl aufgetreten sind. Nun ist nach sechs Monaten der Pandemiebekämpfung in einem Pflegeheim in meiner Heimatstadt das gleiche Ergebnis wieder aufgetreten. Zwanzig Tote waren in den Monaten Oktober und November zu beklagen. Diese Menschen mussten auch deshalb sterben – das muss man hier auch einmal so deutlich aussprechen –, weil es die notwendigen Unterstützungen und die notwendigen Regularien und Maßgaben im Freistaat zunächst einmal nicht im Ansatz gab, und dann erst viel zu spät. Einrichtungen wurden alleingelassen und nicht aktiv unterstützt.

Natürlich hat der Ministerpräsident mit dem Hinweis auf die steigenden Todeszahlen recht. Kein Toter kann uns ungerührt lassen. Aber diese Zahl an Toten lässt doch die konkrete Frage aufkommen, ob die Staatsregierung in Bayern rechtzeitig alles getan hat, um diese Todesfälle zu vermeiden. Leider muss diese Frage aus meiner Sicht mit Nein beantwortet werden. Daher ist es angesagt, über die eigenen Fehler nachzudenken, bevor man sich mit den Fehlern anderer befasst. Das erwarten wir auch in dieser ernsten Stunde in diesem Haus.

In dem Antrag der Regierungsfractionen werden die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz und die Beschlüsse des Kabinetts begrüßt. Sie werden auch noch einmal einzeln aufgeführt und unterstützt. Dann kommen die Aufforderungen an den Bund, finanzielle Hilfen zu leisten. Das alles können wir unterstreichen. Eine politische Vermisstenanzeige muss ich an dieser Stelle aber schon aufgeben und fragen: Wo sind denn eigentlich die Forderungen an die eigene Staatsregierung? Wo werden bayerische Hilfestellungen angesprochen? Welche Maßnahmen sollen im Freistaat Bayern ergriffen werden? – Hierzu erfahren wir leider kein Wort. Das wäre aber auch in dieser Debatte dringend notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Von der angeblichen Herzkammer der CSU, der Landtagsfraktion, der angeblich so selbstbewussten Fraktion des so selbstbewussten stellvertretenden Ministerpräsidenten Aiwanger hören wir kein Wort dazu. Man belässt es beim Abnicken der Beschlüsse und bei einem weiteren Fingerzeig – drei Finger zeigen wieder zurück – auf den Bund. Damit werden Sie Ihrer Verantwortung in Bayern gegenüber den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern in keiner Weise gerecht. Leider sind die Defizite, die in Bayern anzusprechen waren, nicht von den Regierungsfractionen angesprochen worden. Vielleicht kann ich Ihnen an dieser Stelle nachhelfen.

Die Kulturhilfen des Freistaates Bayern wurden vom Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung am 21.10. hier angekündigt. Am 27.10. wurde im Kabinett ein neues Hilfsprogramm für die Kulturschaffenden, insbesondere für die Solo-Selbstständigen mit dem Versprechen eines fiktiven Unternehmerlohns beschlossen. Heute, am 15.12., acht Wochen nach der Ankündigung, gibt es weder Förderrichtlinien noch ein Antragsformular noch eine Ankündigung, wann beides vorliegen soll. Das ist die Regierungspolitik, die Sie hier in diesem Hause mittragen.

Mein zweiter Punkt sind Schule, Bildung und Betreuung. Tatsächlich – und das ist unstrittig – ist das Krisenmanagement von Kultusminister Piazzolo nicht anders als chaotisch zu nennen. Tatsächlich ist die Liste der Versäumnisse gravierend: Lehrermangel, die weitere Verwaltung von Mangel, Defizite bei der Digitalisierung, Kommunikationschaos. Die Bildungspolitik Bayerns krankt im Augenblick besonders am Missmanagement des bayerischen Kultusministeriums. Der letzte Akt in diesem Chaos ist die Ankündigung des Distanzunterrichts. Dann hieß es gestern Distanzlernen, heute doch wieder Distanzunterricht. Das Chaos ist bei Ihrem Agieren leider nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Das nehmen alle in der großen Schulfamilie so wahr. Ja, Herr Minister, Ihr Agieren lässt Wut, Frust und Verzweiflung bei allen Beteiligten in der Schulfamilie steigen. Herr Kultusminister, Sie sollten sich schon fragen, ob Sie der Richtige in diesem Amt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auch gespannt, wie lange Ministerpräsident Dr. Markus Söder noch zuschaut. Der Ministerpräsident ist doch für die Gesamtperformance der Staatsregierung verantwortlich. Er hat selbst durch manchen Aktionismus – das können die Koalitionäre mit Sicherheit hier noch einmal ausführen – zu diesem Chaos beigetragen, das der Minister allerdings noch steigern konnte. Natürlich – das sei an dieser Stelle auch deutlich gesagt – liegen viele Probleme im Agieren des Ministers

begründet. Aber das Hauptproblem liegt doch in der Performance des Kultusministeriums insgesamt. Die Struktur und Arbeitsweise des Kultusministeriums ist doch über lange Jahrzehnte fast ausschließlich durch die CSU, durch die CSU-Staatsregierung, durch ihre Verantwortung und Mitverantwortung geprägt worden. Deswegen kann man den Ministerpräsidenten nur auffordern: Herr Söder, drücken Sie den Reset-Knopf für das Kultusministerium, sorgen Sie für einen personellen, organisatorischen und strukturellen Neuanfang im Interesse der Schüler, der Eltern, der Lehrer und der Bildungsgerechtigkeit im Freistaat Bayern!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht noch einige Punkte: Neben dem wichtigen Punkt, die physische und psychische Not zu lindern, sind das der Schutz für verwundbare Gruppen, der Schutz für die Heime, für die Krankenhäuser und die Unterstützung der Krankenhäuser. Auch dazu habe ich im Antrag der Regierungsfractionen nichts gefunden.

Ein weiterer Punkt, den wir wirklich ansprechen müssen und den wir nicht weiterlaufen lassen sollten, ist immer der Versuch oder das schwer einzudämmende Verlangen, bei der Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Maßnahmen auch dort einen draufzusetzen, wo es in Bayern nicht erforderlich ist, wo es regional nicht geboten ist, wo es keiner zusätzlichen Maßnahmen bedarf. Das führt zu Kurzatmigkeit. Das führt zu Dingen wie dem Ausschluss von Abholdiensten. Das führt zu sehr kruden Ausgangssperren, auch dort, wo die Inzidenzzahlen ganz anders sind. Das führt zur kruden Situation, dass gerade im Freistaat Bayern der Heilige Abend ein schwieriger Balanceakt wird: Kurz vor der Ausgangssperre sind die Messen zu beenden, um dann noch heimzukommen und nicht am Heiligen Abend einen Bußgeldbescheid über 500 Euro zu kassieren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit, Herr Halbleib!

Volkmar Halbleib (SPD): Das ist schon eine spezielle bayerische Vorstellung.

Wir glauben, dass wir heute auch über die Perspektiven reden sollten. Dazu bleibt keine Zeit. Ich darf vielleicht ganz kurz der CSU und den FREIEN WÄHLERN zuzurufen: Ich darf Ihnen mehr Mut, mehr Kraft und mehr Selbstbewusstsein als Parlamentsfractionen wünschen. Deshalb haben wir in diesem Parlament eigentlich den Antrag mit den wichtigen und richtigen Punkten gestellt. Wir bitten –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Volkmar Halbleib (SPD): – entsprechend dem Stellenwert des Parlaments um Zustimmung zu unserem Antrag. Heute können Sie das noch bekräftigen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank!

Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen danke. Zusammenhalt, Zuversicht und Zukunft sind in unserem Antrag enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Halbleib, vielen Dank. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Christian Klingen. Bitte bleiben Sie am Mikrofon.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann hätte ich mich gar nicht so beeilen müssen!)

Christian Klingen (AfD): Herr Halbleib, Sie haben der AfD ja vorgeworfen, wir wüssten nicht, welche Länder ohne Lockdown oder ohne harten Lockdown besser

sind als Bayern. Die gibt es. Sie wollten drei Länder hören: Finnland hat 5,5 Millionen Einwohner. Bayern hat mit etwas mehr als doppelt so vielen Einwohnern zehnmal so viele Corona-Tote. Aktuell stirbt in Finnland fast keiner mehr an Corona. Das zweite Land ist Japan. Es hat zehnmal so viele Einwohner wie Bayern, aber nur halb so viele Corona-Tote. Aktuell liegt die Zahl der Corona-Toten im niedrigen zweistelligen Bereich. Das dritte Land wäre Thailand mit circa 70 Millionen Einwohnern, bislang 60 Corona-Toten und aktuell null Corona-Toten. Was sagen Sie dazu? – Sie haben ja behauptet, das wären alles Lügen, was die AfD sagt.

Volkmar Halbleib (SPD): Das habe ich nicht behauptet.

(Zuruf von der AfD: Doch!)

Sie haben keine Länder genannt. Es bleibt bei dem Vorwurf. Ihre Zwischenbemerkung macht das ja noch mal deutlicher: Finnland als Referenz zu nennen, ist bei der Weiträumigkeit des finnischen Staates und der geringen Bevölkerungsdichte ja geradezu lächerlich.

(Widerspruch bei der AfD)

Japan zu nennen, einen Inselstaat, bei dem der Ein- und Ausgang ganz klar kontrollierbar ist, ist ja geradezu lächerlich.

(Widerspruch bei der AfD)

Das beweist, dass Sie nicht sachlich orientiert argumentieren, sondern hier an den Haaren herbeigezogene Vergleiche predigen. Das ist Ihre Art, Politik zu machen: unverantwortlich und der Situation in keiner Weise gerecht werdend.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Halbleib. – Nächster Redner ist Herr Kollege Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

– Herr Winhart war bereits dran, Herr Fraktionsvorsitzender. Das haben Sie vielleicht auch mitbekommen. Ihr Redner war bereits dran. Jetzt ist Herr Fischbach dran. – Herr Fischbach, bitte sehr.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Die Lage ist ernst, die Politik muss unverzüglich handeln." – So haben wir schon am 30. Oktober in unserem Dringlichkeitsantrag seitens der FDP-Fraktion geschrieben. Wir haben damals eine evidenzbasierte Strategie gefordert, weil es uns darum ging, die Prioritäten richtig zu setzen; nämlich dort, wo das gefährlichste Infektionsgeschehen zu vermuten und zu befürchten war.

Ob es jetzt um Distanzunterricht in oberen Jahrgangsstufen ging, um FFP2-Masken für vulnerable Gruppen oder andere Punkte, die inzwischen auch teilweise aufgegriffen worden sind: Ich glaube, es ist aus heutiger Sicht müßig, darüber zu diskutieren, wer damals richtiger lag. Das eigentliche Problem ist eben, dass wir aktuell eine sehr bedrohliche Entwicklung haben, die aus meiner Sicht heute noch ein bisschen zu kurz gekommen ist.

Es geht nicht nur um die allgemeinen Infektionszahlen. Schauen wir uns doch gerade einmal an, was wir im Infektionsumfeld der Alten- und Pflegeheime seit Mitte Oktober erleben: Die Zahlen schießen dort durch die Decke. Das ist inzwischen das häufigste zurückverfolgbare Infektionsumfeld, noch vor den Privathaushalten. Übrigens gilt das auch für die Inzidenz bei den über 80-Jährigen in Bayern. Das

kann man auf der Homepage des LGL sehen: Inzwischen ist das von allen Altersgruppen die Gruppe mit der höchsten Inzidenz. Das macht mir noch größere Sorgen als die Seitwärtsbewegung der letzten Zeit und die jüngsten Ausschläge nach oben. Denn diesen Menschen droht am Ende ein schwerer Verlauf.

Das wissen wir übrigens nicht erst seit den letzten Wochen, sondern es war von Anfang an klar, dass der Schutz der vulnerablen Gruppen ganz vordringliche Aufgabe des Staates ist, gerade um diese schweren und tödlichen Verläufe zu verhindern.

(Beifall bei der FDP)

Aber wenn das so klar sein müsste, ist es mir umso unverständlicher, dass das beim jüngsten Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz erneut nur an elfter Stelle mit einem schmalen Absatz gewürdigt wird. Auch in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung der Staatsregierung ist es § 11. Das darf bitte nicht wieder repräsentativ für die Prioritätensetzung sein. Ich hoffe, das ist es nicht.

Wir haben heute viel über faktenbasiertes Vorgehen gesprochen. Dann müssen uns eben gerade auch diese extremen Ausbrüche bei den über 80-Jährigen alarmieren. Es ist unbestreitbar, dass das Pandemiegeschehen hier von uns allen unterschätzt wurde und nicht ausreichend und vor allem nicht rechtzeitig gehandelt wurde. Wenn sich das Virus in Alten- und Pflegeheimen offensichtlich wie ein Lauffeuer verbreiten kann, dann sollten wir deutlich mehr Anstrengungen darauf verwenden, diese zu schützen.

Wir begrüßen es daher, dass es da inzwischen auch Bewegung gibt. Wir sehen auch die Ankündigung, allerdings, wie gesagt, an nachgeordneter Stelle. Deswegen ist das aus unserer Sicht noch unbefriedigend. Wir brauchen zum Beispiel häufigere und engmaschigere Testungen, sowohl der Bewohner als auch der Besucher als auch des Personals. Nur allein mit einer Vorschrift wird es nicht getan sein. Die Heimbetreiber brauchen auch Unterstützung, Hilfestellung, zum Beispiel von der Bundeswehr, vom Medizinischen Dienst der Krankenkassen und anderen Organisationen. Das ist jetzt gefragt, und zwar proaktiv und nicht erst, wenn es zu spät ist, im neuen Jahr.

Wir machen in unserem Antrag auch eine ganze Reihe weiterer konstruktiver Vorschläge für flankierende Maßnahmen zum Schutz der Risikogruppen: zum Beispiel, die Riegelungsimpfung in Heimen zu prüfen. Vielleicht hilft das noch, vielleicht kann man damit das eine oder andere noch eindämmen. Rücküberweisungen von Personen aus Krankenhäusern in Heime, die nicht negativ sind, sondern bei denen man nicht ausschließen kann, dass eine Infektion vorliegt, sollte man vielleicht verhindern. Dazu sollte man vielleicht gerade auch die Reha-Kliniken nutzen, um Kapazitäten für den Übergang zu haben, mit denen man Sicherheit gewährleisten kann. Nicht zuletzt sollte man schauen, wie man auch den Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten in Heimen weiter fördern kann.

Ich finde: Statt Ausgangssperren für jedermann sollten wir auf Sicherheitsschleusen für die gefährdeten Bereiche setzen.

(Beifall bei der FDP)

Das heißt jetzt nicht, wie es vorhin beim Ministerpräsidenten ein bisschen angeklungen ist, dass wir die Alten einsperren und alle anderen Maßnahmen ignorieren wollen. Im Gegenteil. Wir tragen deshalb ja auch einen Großteil des Beschlusses aus Berlin mit. Nur kommt es eben ganz klar auf die Zielgenauigkeit an. Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist das Entscheidende, nicht die Härte allein. Nirgendwo zeigt sich das übrigens deutlicher als bei diesen nächtlichen Ausgangssperren.

Dass die ursprüngliche Rechtsverordnung jetzt schon angepasst werden musste, damit sich zum Beispiel Paare nachts nicht trennen müssen, wenn sie nicht verheiratet sind, zeigt, dass Sie zumindest einsichtsfähig sind. Aber es zeigt eben auch, dass Sie sich bei diesem Verbot grundsätzlich erst mal verrannt haben.

Wenn wir jetzt an Weihnachten denken, muss ich schon wirklich fragen: Gibt es hier vonseiten der Koalition einen, der jetzt fehlerfrei wiedergeben kann, wie die Besuchsregelung ist und was dann noch vernünftig zu machen ist und was nicht? – Da müssen wir schon sagen: Es ist doch absurd, dass jemand im Zweifel lieber in einer fremden Wohnung übernachten soll, als in die eigene Wohnung nach Hause zu fahren, wo nachts sowieso fast keiner auf der Straße unterwegs ist.

(Beifall bei der FDP)

Das kann nicht das Ergebnis sein, das Sie bewirken wollen. Es zeigt sich eben auch: Die Ausgangssperren sind unverständlich, lebensfremd, überzogen und deswegen auch unverhältnismäßig. Wir werden deshalb dem Dringlichkeitsantrag und allen Anträgen, die das unterstützen, nicht zustimmen können, weil wir eben die Notwendigkeit dafür nicht sehen und die Priorität an anderer Stelle setzen.

Nun aber zum Schluss der kritischste heute diskutierte Punkt – Sie ahnen es -: die Schulen. Ich muss ja sagen: Ich schätze unseren Kultusminister, Herrn Piazzolo, und seine ruhige und freundliche Art sehr. Herr Söder – er ist abwesend – hat heute Mittag gesagt, dass Herr Piazzolo auch redlich bemüht ist. Aber mit Verlaub: Sehen Sie sich an, was da vonseiten der Regierung aufgeführt worden ist. Das spottet jeder Beschreibung. Erst verbietet der Ministerpräsident quasi den Präsenzunterricht, dann sagt der Kultusminister den Distanzunterricht mehr oder weniger ab. Damit gäbe es de facto gar keinen Unterricht. Lehrer, Eltern und Schüler mussten sich dann darauf vorbereiten und ihre Pläne über den Haufen werfen, die Videosessions und alles, was für die nächsten Tage geplant war, wurden abgesagt. In manchen Orten wurden schon wieder Arbeitsblätter verschickt.

Nach der großen Aufregung rudert der Kultusminister wieder zurück und sagt kleinlaut, dass das alles nicht so gemeint war; ein bisschen Distanzunterricht ginge schon, aber nicht richtig, zumindest nicht so, wie in der Schulordnung vorgesehen, also nicht unbedingt mit Prüfung und so weiter und so fort. Das ist ja alles schön und gut. Jetzt sollen alle noch einmal umplanen. Damit ist doch das Chaos, das man mit dieser eigentlich laxen Regelung verhindern wollte, perfekt geworden, und zwar durch Ihr eigenes Handeln, durch das Hin und Her. Wir können uns keinen Schlingerkurs-Minister mehr leisten.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

– Das ist alles in Ordnung, Herr Streibl – Sie hatten das angesprochen. Wenn das nur einmal der Fall gewesen wäre, könnte man sagen: Fehler passieren überall einmal. Dem ist aber nicht so. Die ständigen mebis-Zusammenbrüche und das Kommunikationschaos mit KMS von Piazzolo begleiten uns seit neun Monaten durch die Krise im Schulwesen – immer wieder, immer wieder. Sorry, aber so kann es nicht weitergehen.

(Beifall bei der FDP)

Als vor einigen Wochen aus der CSU-Fraktion – Sie erinnern sich vielleicht – scharfe Kritik vom Kollegen Pschierer oder vom Kollegen Huber kam, haben wir uns sogar noch etwas zurückgehalten. Jetzt muss ich aber sagen: Langsam ist der Punkt erreicht, an dem der Geduldsfaden gerissen ist. Bei aller Liebe: Was ist es denn für ein Regierungshandeln, überhaupt in Erwägung zu ziehen, den in der Schulordnung ja extra für solche Fälle verankerten Distanzunterricht einfach abzu-

sagen? Ob das aus Angst vor technischen oder organisatorischen Problemen war, ist nicht entscheidend. Unter dem Strich ist das eine Kapitulationserklärung für unser Bildungssystem.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage es noch einmal: Wer aus Angst vor Versagen den gesamten Unterricht storniert, sollte sich überlegen, ob er im Amt des Kultusministers noch richtig ist. Das geht auch an den Ministerpräsidenten. Klar, es ist keine leichte Aufgabe, die für manche offensichtlich zu schwer ist. Ein guter Regierungschef erkennt das und verteilt dann die Aufgaben im Kabinett neu. Übrigens – das sage ich zum abwesenden Kollegen Aiwanger –: Auch ein Parteichef macht das.

Die neue Panne jetzt vor Weihnachten ist höchst bedauerlich. Insgesamt lautet meine dringliche Aufforderung: Die Regierung sollte nicht in den Winterschlaf verfallen. Wir sollten versuchen, dem Kultusministerium zu helfen, den Schulen vor Ort zu helfen, damit zum Feriende das klappt, was der Ministerpräsident angekündigt hat.

Es ist – das sollten wir uns auch für die Zukunft merken – skandalös, wenn Schulleiter schneller über die Presse als über den Dienstweg informiert werden. Deswegen gilt es, wirklich alles zu tun, damit wir am 11. Januar wieder handlungsfähig sind und damit zumindest mebis funktionstüchtig ist. Ich bin ja noch zurückhaltend. Ich spreche noch nicht einmal vom Digitalturbo, von dem eigentlich noch gar nichts angekommen ist. Nicht einmal die Dienst-E-Mail-Adressen wurden schon an die Lehrkräfte verteilt. Das ist über ein halbes Jahr her: Für die BayernCloud Schule waren 430 Millionen Euro angekündigt; Herr Finanzminister, Sie feiern jetzt 68 Millionen Euro im Haushalt. Das ist doch viel zu wenig.

Lassen Sie mich zu guter Letzt noch zusammenfassen, da ich nur noch 10 Sekunden habe: Wir brauchen eine verlässliche Perspektive für die Menschen. Das geht über den Bildungsbereich hinaus, umfasst ihn aber auf jeden Fall auch.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel von der CSU möchte Ihnen noch einmal eine Minute lauschen.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege, ich glaube, ich muss Ihr Wissen über die Schule ein wenig auffrischen; denn in diesen Tagen leisten Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten mit den Kindern, für die Kinder und im Kampf gegen die Pandemie Großartiges. Ich finde Ihre Aussage, die sicherlich für einige Bereiche zutrifft, gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülerinnen und Schülern eigentlich nicht sehr fair. Sie sind froh, dass die Kinder nicht mehr in die Schule müssen, sondern zu Hause sein können, sie haben sich auf Wechselunterricht eingestellt und erbringen vor allen Dingen eine großartige Leistung für unsere Kinder. Ich finde, das sollte an dieser Stelle auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Matthias Fischbach (FDP): Liebe Frau Kollegin, ich bin nicht dagegen, den Schulen und den Eltern Freiheiten zu lassen. Übrigens wird das in NRW so gemacht; dort ist die Präsenzpflicht aufgehoben und den Eltern ist es freigestellt, ihre Kinder in die Schule zu schicken.

Ich zitiere einmal:

Der bayerische Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazzolo ist für mich inzwischen eine klare Fehlbesetzung. Wir sind in Bayern – und dies zeigt die Corona-Krise mehr als deutlich – meilenweit von einem "digitalen Klassenzimmer" entfernt. Während in der mittelständischen Wirtschaft, in Vereinen und Verbänden schnell auf die Herausforderungen der Pandemie reagiert wurde, setzt der Kultusminister der FREIEN WÄHLER eindeutig die falschen Akzente. Statt sich um das Thema Digitalisierung und um einen maximalen Schutz von Schülern und Lehrkräften (Raumlüfter, Luftreiniger, FFP2-Masken etc.) zu kümmern, schlägt er eine Bonuszahlung für Schulleiter vor und streitet für eine höhere Besoldung von Grundschullehrern.

Früher hieß das: Note ungenügend und Versetzung stark gefährdet!

Ich würde das, was Ihr Kollege Pschierer hier geschrieben hat, nicht eins zu eins unterschreiben wollen, muss aber doch festhalten: Der Kultusminister steht nicht zu Unrecht unter Beschuss.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner für die FREIEN WÄHLER ist Herr Kollege Dr. Fabian Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Keine fünf Tage ist es her, dass uns unsere Landtagspräsidentin, Ilse Aigner, in die parlamentarische Weihnachtspause verabschiedet hat, und schon sitzen wir alle wieder hier im Maximilianeum. Corona lässt einfach nicht locker. Wir bleiben im politischen Sinne ein gutes Stück weit Getriebene eines galopierenden Infektionsgeschehens.

Als ich vor geraumer Zeit an gleicher Stelle eine Zwischenbemerkung des von mir hoch geschätzten Markus Rinderspacher, der jetzt hinter mir sitzt, zu beantworten hatte, sorgte dies – so steht es wenigstens im Protokoll – noch für allgemeine Erheiterung im Hohen Haus, als ich ausführte, dass wir uns nun einmal in einer dynamischen Pandemielage befinden und Politik deshalb gar keine andere Wahl habe, als sich als lernendes System zu erweisen, ja sogar sich entlang des dynamischen Infektionsgeschehens immer wieder neu auszurichten, sich darauf einzustellen und dort, wo es möglich ist, auch zu korrigieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich meine, aus heutiger Sicht wird an dieser These niemand mehr den geringsten Zweifel haben. Der Agenda-Setter der Politik nicht nur in Bayern, nein, in ganz Deutschland, in Europa, ja auf dem gesamten Erdball ist längst dieses Virus. Wir sind an die Agenda dieses Virus gebunden. Dieses Virus verstärkt seinen Würgegriff in diesen Tagen einmal mehr. Der Spielraum für wünschenswerte Entscheidungen ist in den letzten Tagen und Wochen immer und immer kleiner geworden, während die unerfreulichen, am Ende des Tages dann doch unausweichlichen Entscheidungen zwischenzeitlich unabwendbar sind. Man sieht dies schon auf der höchsten Ebene unserer Bundesrepublik bei der Ministerpräsidentenkonferenz. Wie war das denn noch vor wenigen Wochen, als stundenlang gestritten und beraten werden musste, und wie war es am vergangenen Sonntag, als man sich nach 45 Minuten einig war, nicht weil irgendjemand seine Sichtweise geändert hätte, sondern weil durch den Agenda-Setter COVID-19 einfach glasklar ist, was zu tun ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wer jüngst noch versucht hat, die steigenden Infektionszahlen mit einer gesteigerten Testkapazität zu rechtfertigen, wer in der Vergangenheit noch nicht bereit war, sich um die Auslastung des medizinischen Systems in unserer Heimat Sorgen zu machen, ja, wer versucht war, mit Blick auf die Übersterblichkeit die Todeszahlen

kleinzureden, der, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss spätestens heute leider anerkennen, von der Realität überholt worden zu sein.

Ich hatte gehofft, dies nie vor dem Hohen Haus in dieser Deutlichkeit sagen zu müssen, aber heute gilt es leider zu konstatieren, dass italienische Verhältnisse, dass das, was wir im März dieses Jahres mit Bildern aus Norditalien übermittelt bekommen haben, in Bayern leider näher ist, als uns lieb ist. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist fünf vor zwölf. Wenn wir Triage auch in Bayern, wenn wir den vermeidbaren Tod von Menschen in unserer Heimat verhindern wollen, dann müssen wir jetzt entschlossen handeln.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich mache an dieser Stelle in dieser Parlamentswoche wie auch in der Vergangenheit, in den letzten Wochen zuvor, aus meinem Herzen keine Mördergrube, wenn ich zum Ausdruck bringe, wie schwer das auch und vielleicht sogar gerade uns FREIEN WÄHLERN fällt.

Selbstverständlich: Wir stellen den Kultusminister in Bayern. Ohne jede Frage hätten wir die Schulen gerne offen gehalten. Ja, wir stellen den bayerischen Wirtschaftsminister. Natürlich wäre es uns lieber gewesen, hätten wir auch jetzt noch die Chance, den Einzelhandel als Teil der Lösung begreifen zu können, statt ihn als Teil des Problems zu sehen und ihn schließen zu müssen. Natürlich hätten wir noch gerne das Weihnachtsgeschäft mitgenommen, um die Kompensations- und Hilfszahlungen so gering wie nur irgend möglich zu halten und um eine Verdichtung des Weihnachtseinkaufsgeschehens – wie wir das heute und gestern erlebt haben – ein Stück weit zu verhindern. Nicht die Unwichtigsten von uns haben auch medienöffentlich kundgetan, dass sie sich darüber gefreut hätten, an Silvester die eine oder andere Rakete als Neujahrsgruß in den Himmel über Bayern zu schießen. Auch ich zähle zu diesen Personen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen aber angesichts eines eskalierenden Infektionsgeschehens und eines zunehmenden Kontrollverlusts, mit Blick auf 600 Tote pro Tag und alle damit verbundenen Schicksale anerkennen, dass all diese Diskussionen im Idealfall Diskussionen des nächsten Jahres sind.

Wer diese Diskussionen im nächsten Jahr überhaupt führen möchte, muss unser Land jetzt dazu in die Lage versetzen. Er muss sich jetzt hinter das stellen, was die Ministerpräsidentenkonferenz am Sonntag vorgeschlagen und das Bayerische Kabinett in gleicher Weise nachvollzogen hat. Ich gebrauche noch einmal das in der letzten Woche verwendete Bild des Fahrzeugs, das sich mit immer schnellerer Geschwindigkeit auf eine Wand zubewegt. Ich bin fest davon überzeugt: Wir müssen jetzt die Not- und die Handbremse ziehen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Handeln wir damit aber nicht zu spät? Hätten wir dies alles nicht schon früher machen sollen? – Unser Fraktionsvorsitzender Florian Streibl hat diesen harten Lockdown schon vor vier Wochen vorgeschlagen. Dies sind also durchaus berechtigte Fragen. Möchte man sie rein medizinisch beantworten, dann kann nach meiner festen Überzeugung die Antwort darauf gut und gerne "Ja" lauten. Am Ende des Tages geht es aber nicht ausschließlich um die Medizin, sondern um politische Entscheidungen, um Demokratie und das Zusammenwirken, um allgemeinverbindliche Entscheidungen für eine ganze Gesellschaft herzustellen. Es ist deshalb aus mindestens drei Gründen nötig gewesen, diese Entscheidung nicht schon in der Vergangenheit, sondern jetzt zu treffen.

Zum einen sage ich das deshalb, weil für mich einschlägig bleibt, was ich lamenthaft während vieler Wochen vor diesem Parlament zum Ausdruck bringe: Wir hängen nicht nur von klugen politischen Entscheidungen ab, sondern insbesondere davon, ob es uns gelingt, die Menschen mitzunehmen und sie davon zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, sich an die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen am Ende des Tages auch zu halten.

Vor drei, vier oder fünf Wochen befanden wir uns in einer Situation, die wir heute kaum noch vor Augen haben. Angesichts des Lockdown light hatten sich manche noch für Epigonen Sophie Scholls gehalten. Wenn wir damals die heute notwendigen Entscheidungen getroffen hätten, hätte das unsere Gesellschaft auseinandergerissen. Damals galt: There is no glory in prevention. Es galt, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren, so, wie es in einer Demokratie zu Recht sein muss.

Bei 30.000 Neuinfektionen pro Tag ist heute nicht mehr verhältnismäßig, was damals bei 10.000 Neuinfektionen und 200 Toten pro Tag sowie einer erst beginnenden Auslastung der Krankenhäuser verhältnismäßig war. Heute erliegt alle 17 Minuten ein Mensch in Bayern dem Coronavirus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ähnlich verhält es sich mit einem zweiten Punkt, der für mich entscheidend ist und einen bundeseinheitlichen Konsens betrifft. Wir müssen uns ehrlich machen. Wir könnten heute nicht beschließen, was wir heute beschließen wollen, wenn es dafür keinen bundespolitischen Konsens gäbe. Allein wegen der Schließung des Einzelhandels sind 11 Milliarden Euro nötig. Bayern könnte dies nicht alleine leisten, zumindest nicht ohne die Wirtschaft an die Wand zu fahren.

Dies kann erst jetzt geschehen, da der bayerische Weg, den wir schon letzte Woche gegangen sind, mal wieder – wie schon im März – zur Benchmark geworden ist. Jetzt sind auch die anderen Bundesländer bereit, diesen Weg gemeinsam zu gehen. Damit ist auch die Bereitschaft sichergestellt, dass uns der Bund auf genau diesem Weg unterstützt. Dies ist nötig, um genau so handeln zu können, wie wir das jetzt richtigerweise tun.

Drittens und letztens, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nun der richtige Zeitpunkt für richtiges Handeln, weil uns jetzt die Gunst des Kalenders in die Karten spielt. Das ist ein Aspekt, von dem ich wirklich überzeugt bin. Alle Maßnahmen, die wir auf den Weg bringen und die eine positive Wirkung gegen COVID-19 haben können, haben auch immer Nebenwirkungen. Sie haben Nebenwirkungen für Wirtschaft, Kunst, Kultur, Sport und all die Themen, die wir seit Wochen landauf, landab in der Mitte der Gesellschaft miteinander diskutieren.

In der kalendarischen Phase über Weihnachten sind die Nebenwirkungen schlichtweg geringer als zu jedem anderen Zeitpunkt im Jahr; in anderen Phasen des Jahres fährt unser Land unter Vollast. Die Wirkung kann jetzt aber gleich groß sein. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Perspektive für das neue Jahr zu geben und in dieser ohnehin "staaden" Zeit die Infektionszahlen zu drücken.

(Zuruf)

Die Einschränkungen sind jetzt am geringsten und die Chancen, die wir damit fürs neue Jahr eröffnen können, am größten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb handeln wir heute nicht nur richtig, sondern auch zum richtigen Zeitpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich will abschließend die Gelegenheit nutzen, auf etwas hinzuweisen, das mir schon im Rahmen unserer letzten Plenarsitzung ganz besonders am Herzen lag.

Wir müssen uns die Zeit des kontrollierten Herunterfahrens von Wirtschaft und Gesellschaft auch jetzt zunutze machen. Wir müssen in dieser Zeit einerseits – davon sprach ich letzte Woche – einen Bayernplan für den Exit entwickeln, weil nicht Angst und Depression die Motivation der Menschen sein kann, sondern eine Perspektive die Motivation für Menschen sein muss. Wir müssen klar aufzeigen: Wenn unsere gemeinschaftliche Anstrengung dazu führt, dass Infektionszahlen sinken, dann gehen die Einschränkungen zurück, und dann geht unser Leben zurück in Richtung Freiheit und Normalität. Das ist eine Baustelle.

Es gibt noch eine andere Baustelle: Wir sind dazu gezwungen, in dieser Zeit unsere Hausaufgaben mit Blick auf FFP2-Masken, Raumlüftung an den Schulen, Konzepte in Alten- und Pflegeheimen und vieles mehr zu erledigen. Davon bin ich überzeugt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Blick auf die Corona-Warn-App will ich einen Punkt ganz besonders herausheben. Das betrifft etwas, was mich zunehmend ärgert. Wir wägen Gesundheitsschutz gegen unsere Wirtschaft ab. Wir wägen Gesundheitsschutz gegen Sport, Kunst und Kultur ab. Aber wir sind bis heute nicht bereit, Gesundheitsschutz gegen Datenschutz abzuwägen. Auch hier müssen wir uns noch ein Stück weiterentwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lassen Sie uns jetzt nicht die Geduld verlieren! Es gibt zum ersten Mal Licht am Ende des Tunnels. Der Impfstoff steht bereit. Das Dummste, was wir jetzt tun könnten, wäre, uns auf den letzten Metern zu verheddern, bevor wir den Weg aus dieser Pandemie finden können. Lassen Sie uns deshalb noch einmal Umsicht und Vorsicht üben. Lassen Sie uns aber auch mit Blick auf den Impfstoff und all die angesprochenen Maßnahmen zuversichtlich sein. Wenn die Bayern-Gleichung "Umsicht, Vorsicht und Zuversicht" lautet, dann ist unser Land bestens aufgestellt, um gut durch diese Pandemie zu kommen. Das wünsche ich von Herzen.

Darüber hinaus wünsche ich Ihnen und euch allen von Herzen ein gesegnetes Weihnachtsfest. Lassen Sie uns alle gesund bleiben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Es liegen drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung macht Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege Mehring, Sie sagen, es sei glasklar, was zu tun ist. War nicht glasklar, dass eine zweite Welle zumindest nicht auszuschließen war? War nicht glasklar, dass man darauf hätte vorbereitet sein müssen? War nicht glasklar, dass man rechtzeitig digitale Bildung hätte ermöglichen müssen? Wie sehen die Perspektiven aus? Wann wird digitale Bildung sowohl in der Stadt als auch im ländlichen Raum funktionieren, wo zum Teil die Breitbandanbindung fehlt? Im Stimmkreis, in dem ich und der Kultusminister leben, beschweren sich viele Schulen darüber, dass der Distanzunterricht seit Wochen überhaupt nicht funktioniert. Es gibt Beschwerden darüber, dass es außer in Physik und Informatik praktisch keinen Unterricht gibt, so keinen Unterricht in den Fächern Deutsch, Mathe oder Englisch.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Es ist eine Mär, zu behaupten, wir hätten den Sommer nicht zur Vorbereitung genutzt. Sie wird auch durch ständige Wiederholung nicht wahr. Wir haben uns mit Blick auf die Kapazitäten des medizinischen Systems, im Bereich der Digitalisierung und selbstverständlich auch im Bereich der Schulen in vielerlei Hinsicht vorbereitet. Nichtsdestoweniger gilt: In neun Monaten können nicht Dinge auf den Weg gebracht werden, die normalerweise eine Vorlauf-

zeit von fünf bis zehn Jahren benötigen. Hier wurde intensiv gearbeitet und das Beste getan.

Ich wundere mich aber insbesondere hinsichtlich einiger Einlassungen der FDP, die ich heute den Medien entnehmen konnte, über ein paar Dinge: Ich frage mich, ob der FDP überhaupt der Unterschied zwischen Distanzunterricht und Distanzlernen klar ist. Ich frage mich, ob zur Kenntnis genommen wird, dass Bayerns Kultusminister eins zu eins das umsetzt, was am Sonntag in Berlin beschlossen worden ist.

Ich habe zunehmend den Eindruck, dass bei der Art und Weise, wie jetzt agiert wird und wegen zwei oder drei Schultagen Rücktrittsforderungen laut werden, außer Acht gelassen wird, dass dort, wo die FDP die Kultusminister stellt, wie beispielsweise in NRW, komplettes Chaos ausgebrochen ist. Dort hat man nicht so besonnen gehandelt, wie dies Michael Piazolo getan hat. Dort hat man die Präsenzpflicht aufgehoben; Lehrer warten dort am Morgen in einem absoluten Chaos darauf, wer überhaupt zur Schule kommt. Das gleicht einer Wundertüte und ist unverantwortlich. Wir in Bayern machen es besser!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung macht der Kollege Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Kollege, wir GRÜNE wollen, dass der MPK-Beschluss umgesetzt wird, damit es bundeseinheitliche Regeln gibt. Sie weichen davon ab. Im Entwurf der Elften Infektionsschutzmaßnahmenverordnung steht in § 12 Absatz 1 Satz 1, dass auch Abholdienste untersagt sind. Im MPK-Beschluss steht drin, dass die Abholdienste von der Schließung ausgenommen sind. Im MPK-Beschluss steht auch drin, dass in den Supermärkten der Verkauf von Non-Food-Produkten, die in den geschlossenen Geschäften nicht verkauft werden können, beschränkt werden kann. Er darf auf keinen Fall ausgeweitet werden. Davon findet man in der Infektionsschutzmaßnahmenverordnung auch nichts. Warum weichen Sie hier ab, und warum bleiben Sie nicht auf Linie?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Schuberl, zwei Anmerkungen dazu. Zum einen gibt mir das die Chance, noch auf den Anwurf aus der Debatte zu reagieren, der immer heißt: Weshalb bringen sich die Regierungsfaktionen nicht kritisch ein? – Selbstverständlich tun die Regierungsfaktionen das. Wir tun das aber so, wie das bei konsequentem und verlässlichem Regierungshandeln, wie es jetzt in der Krise nötig ist, richtig ist: im Vorfeld. Selbstverständlich tragen die Beschlüsse des Bayerischen Kabinetts, die gestern so gefasst wurden, auch die Handschrift beider Regierungsfaktionen. Selbstverständlich waren wir da über das Wochenende intensiv eingebunden. Das führt dazu, dass wir uns heute hinter das stellen, was das Kabinett beschlossen hat. Sie haben das inhaltlich hinreichend beschrieben.

Allerdings darf ich darüber hinaus, um konkret auf die Frage nach dem Einzelhandel zu antworten, auch ausdrücklich sagen, dass es Wunsch unserer Regierungsfraktion ist, da zu Abhollösungen zu kommen. Wir wollen also, den Infektionsschutz während, die Chance haben, Abhollösungen auf den Weg zu bringen. Da gab es heute im Verlauf des Tages – alles natürlich mit heißer Nadel gestrickt; es geht angesichts des Pandemiegeschehens nicht anders – schon eine Reihe von Gesprächen. Ich hoffe sehr und bin zuversichtlich, dass wir da zu einer guten Lösung kommen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun die Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordnetem Ferdinand Mang, AfD.

Ferdinand Mang (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Mehring, Sie haben sehr viel davon gesprochen, das Virus würde Agenda Setting betreiben. – Agenda Setting betreiben ausschließlich die Massenmedien. Agenda Setting ist eine Manipulationsmethode, die die Massenmedien verwenden. Das herrschende Agenda Setting ist, dass wir uns alle impfen lassen sollen. Da möchte ich Ihnen ein Zitat von Bundesgesundheitsminister Spahn vorhalten – das finden Sie auch auf der Webseite des Bundesgesundheitsministeriums. Und zwar sagt Spahn: "Wir wissen nicht, welcher Impfstoff wirklich wie wirkt. Und wir wissen noch nicht, wie lange die Immunität anhält."

(Beifall bei der AfD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Mang, ich darf Ihnen als promovierter Politologe zunächst versichern, dass es sich beim Begriff "Agenda Setting" um einen Fachterminus aus der Politikwissenschaft handelt, der darauf verweist, wer die prioritär zu besprechenden politischen Themen setzt. Im Moment – darauf wollte ich hinweisen – haben darüber leider nicht wir das Primat. Das Primat darüber hat auf diesem ganzen Erdball für den Moment eine Pandemie. So war das gemeint, was ich zur Frage des Agenda Settings ausgeführt habe.

Ich persönlich bin sehr dankbar für die von Ihnen gescholtenen Massenmedien, weil wir – ich hatte das ausgeführt – die Menschen mitnehmen müssen. Ich finde die Art und Weise, wie uns Qualitätsjournalismus auf diesem Weg begleitet, in Bayern absolut vorbildlich. Ich freue mich auch nicht über jeden Bericht, den ich in der Zeitung lese; aber in Summe wird da mit großer Vernunft und großer Sachkenntnis argumentiert und Bericht erstattet. Das ist einer der Gründe dafür, warum unser Land besser durch die Krise kommt als andere Länder.

Zum Impfen noch mal die klare Aussage: Ich bin Gegner einer Impfpflicht. Ich persönlich habe einen 90-jährigen Großvater zu Hause und bin verdammt froh, wenn man mich endlich impfen kann, sodass ich sicher und gelassen zu ihm gehen kann, wenn ich aus München zurückkomme.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Warum bin ich über die heutige Pseudo-Debatte nicht verwundert? – Weil es wieder ein Scheingefecht der "CSU-genkonstruierten Parlamentsdemokratie" war – ohne echte Opposition, aber mit Schulterchlussdemokraten

(Zuruf)

zur Bestätigung der katastrophalen Söder-Corona-Politik. Von den Oppositionsthühlen kamen die üblichen Forderungen nach einer längst überfälligen Strategie; doch eine eigene Fantasie dazu, einen praktikablen Plan habe ich nicht gehört.

Wer behauptet, die Söder-Regierung habe keine Strategie, der ist ein Ignorant oder hat keine Ahnung, wie Strategie geht. An den Taten der "Christlichen Bayern Union" kann man das erkennen. Sie haben eine langfristig angelegte Strategie, einen Plan,

(Zuruf)

wie Sie die Corona-Krise lösen wollen: mit Impfungen. Begründung: Es gibt nichts anderes. Zwar gab es den Impfstoff auch nicht, aber es kam das "Impfwunder"! Was üblicherweise zehn Jahre dauert, schaffte man in weniger als einem Jahr: das neuartige, gentechnisch konstruierte Impferum, das das menschliche Immunsystem auf Abwehr gegen das Virus programmiert. Das ist eigentlich eine gute Sache und möglicherweise wirkungsvoll. Wenn das klappt, können viele gefährliche Krankheiten wie zum Beispiel Krebs mit Hilfe genmanipulierter Mittel geheilt werden. Aber das ist ein großes Vielleicht, und es gibt Impfskeptiker.

Nun wäre noch die Frage zu lösen: Wie bringt man die Bevölkerung auf Impfkurs? – Dafür hat man Visionen, Ziele und Maßnahmen.

(Zuruf)

Heute haben wir ein bisschen was davon gehört. Man macht das, wie man es immer macht: Horrorszenarien! Man schiebt Alte und Kranke vor; man gibt scheinbar Virusgefahr bekannt; Überlastung der Intensivmedizin wird beschworen; exponentielle Infektionsausbreitung; dann kommt schließlich noch die dritte Welle. Den erforderlichen Grundrechtsentzug kann man mit den Propagandamedien ganz klar in die Schädel der verängstigten Bevölkerung einbläuen.

(Zuruf)

Der Herr Söder hat diese Linie hervorragend verstanden. Das wird er auch weiterhin tun. Seine Devise: Es geht um Leben und Tod. Es geht um Solidarität mit den Schwachen. Es geht um Vorsicht und Einsicht. Es geht um Geschlossenheit durch Abstand. – Deshalb haben wir jetzt diese "Weihnachtsalbtraum-Abstandsphilosophie". Charles Dickens' – ich habe es vorhin schon mal erwähnt – Ebenezer Scrooge lässt grüßen.

(Zuruf)

Das Leben der Menschen wurde von dem starken CSU-Staat, Ihrem Staat, völlig auf den Kopf gestellt. Welch eine nie dagewesene Strategie wurde hier von Ministerpräsident Dr. Söder gefahren und auch durchgesetzt, und das bundesweit! Das soll Ihnen einmal nachmachen. Ich kenne da keinen, hier nicht und auf Bundesebene auch nicht, der das könnte. Söder kann es, und er kann mehr: Er kann auch Kanzler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erleben das gerade. Er setzt mit aller Macht auf den Quantensprung in der Humanmedizin. Er will den Einstieg in die genmanipulierte Impfung erreichen. Die Impfung wird kommen. Da bin ich mir sicher. Er will sie ja haben. Das Ergebnis ist allerdings ungewiss. Kollateralschäden sind nicht ausgeschlossen.

Mir kommt da ein bitterer Gedanke: Die Staatsregierung war in neun Monaten nicht in der Lage, den Mangel an Personal und Betten auf den Intensivstationen zu beheben, und heute hält sie hier im Parlament Trauerreden um die vielen Toten und über die Probleme in der Intensivmedizin – Welch eine Farce! –,

(Zuruf)

obwohl sie doch ganz genau wusste – horchen Sie zu, Frau Gabi Schmidt! –,

(Zurufe)

dass eine Lageverschärfung kommen wird. Keine Clusterbildung, keine Trennung der Infektionsmedizin von der allgemeinen Medizin, keine Vorsorge, keine getrennten Seuchenkliniken,

(Zuruf)

aber der Aufbau und die Ablauforganisation hochkomplex und kompliziert. Sie konnte die größte Impfkation aller Zeiten in Bayern aus dem Boden stampfen – von jetzt auf gleich. Die stehen alle Gewehr bei Fuß.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Swoboda, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Zuruf)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ein Schelm ist, wer dabei etwas Schlechtes denkt. Zum Schluss sage ich Ihnen: keine Zustimmung zu so einer Strategie!

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Aber jetzt bleiben Sie bitte trotzdem noch am Mikrofon. – Es gab gerade noch rechtzeitig eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Zuruf)

– Nein? Es war ein Versehen. Tut mir leid, Herr Swoboda. Das war voraussichtlich die letzte Rede in diesem Jahr.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sie entlassen mich zurück auf meinen Platz.

(Heiterkeit)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun hat Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als wir im Frühjahr den ersten Lockdown beschlossen hatten, hat die AfD die Maßnahmen der Regierung unterstützt, und zwar einfach deshalb, weil wir über das Virus nichts wussten. Da ist man mit Vorsicht einfach auf der sicheren Seite. Jetzt befinden wir uns mitten in der zweiten Welle, haben einen Impfstoff und wissen wieder einmal nichts.

Wir wissen nur, dass der deutsche mRNA-Impfstoff in das Erbgut eingreifen soll oder auch nicht. Wir wissen, dass er Frauen unfruchtbar machen kann oder auch nicht; denn dieser Impfstoff ist alles andere als hinreichend getestet. Erwiesen ist immerhin, dass er für Allergiker ungeeignet ist. Weitere Nebenwirkungen sollen sich im Laufe der Zeit herausstellen. Das bedeutet, wir schlittern hier sehenden Auges in ein bundesweites Experiment am lebenden Menschen. Auch wenn unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn beschwichtigend verkündet hat, mit ihm würde es keine Impfpflicht geben, hat unser werter Ministerpräsident bereits ein anderes Ansinnen bekundet. Markus Söder würde eine Impfpflicht befürworten. Wenn ich richtig informiert bin, laufen Medikamententests eigentlich auf freiwilliger Basis. Deshalb fordere ich sowohl die Regierungsmitglieder als auch die Landtagsabgeordneten auf, ihren freiwilligen Dienst am Volk zu leisten.

(Beifall bei der AfD)

Wer eine Impfung gegen COVID-19 befürwortet, sollte, sobald Impfstoffe verfügbar sind, beispielgebend vorangehen. Hier bin ich ausnahmsweise mit Wolfgang Schäuble einer Meinung, der Parlamentarier und Spitzenbeamte bei der Corona-Impfung vorrangig behandelt sehen möchte. Eine vertrauensbildende Maßnahme

ist auch dringend erforderlich; denn heute hat die Zeitung "DIE WELT" geschrieben, dass die Impfbereitschaft der Bürger jeden Tag ein Stückchen mehr sinkt. Mittlerweile soll sich nur noch jeder Zweite zur Impfung bereit erklären.

(Beifall bei der AfD)

Ich stelle mir vor, dass hier im Landtag, unter ärztlicher und notarieller Aufsicht, vor laufender Kamera diejenigen geimpft werden, die sich für eine Zulassung des Impferums einsetzen, selbstverständlich alles auf freiwilliger Basis. Die Impfstoffe sowie die Spritzen werden vorher stichprobenartig auf ihre Echtheit überprüft. Mitglieder von Parteien, die einem noch nicht hinreichend getesteten Impfstoff kritisch gegenüberstehen oder ihn ablehnen, können als ungeimpfte Kontrollgruppe fungieren.

(Beifall bei der AfD)

Die Auswirkungen in den jeweiligen Gruppen sollen dann monatlich überprüft und im Quartalsrhythmus anonym veröffentlicht werden. Hintergrund der Aktion: Viele Menschen fühlen sich in eine Zwickmühle gepresst. Die einen befürchten, ohne Impfung möglicherweise vom öffentlichen Leben bald ganz oder teilweise ausgeschlossen zu werden, die anderen scheuen sich vor einer Impfung mit einem unzulänglich getesteten Wirkstoff. Verschärfend wirkt hier, dass die Haftungsfrage laut Frau Gesundheitsministerin Huml noch nicht geklärt ist. Nachdem die Herstellerfirmen von der Haftung befreit sind, kann derzeit niemand für mögliche Nebenwirkungen oder Spätfolgen belangt werden. Meine Damen und Herren, Sie haben hier die einmalige Chance, Ihren Wählern zu zeigen, dass auch Sie bereit sind, ein Risiko einzugehen, und dass Sie das nicht nur von den Bürgern einfordern.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Klingen, bitte bleiben Sie noch am Mikrophon. – Wir haben jetzt tatsächlich zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von Herrn Kollegen Albert Duin von der FDP.

Albert Duin (FDP): Herr Kollege Klingen, das war ja wohl eine Unverschämtheit, was Sie jetzt wieder gebracht haben. Ich wäre der Erste, der sich hinstellt, wenn man mir sagt, ich könnte mich impfen lassen. Diese ganze Verweigerungshaltung ist eine Unverschämtheit. Meine Tochter und mein Sohn fahren im Rettungsdienst. Am 14. Dezember abends waren alle Krankenhäuser dicht! Sie waren alle auf Rot! Kein Krankenhaus hat noch aufgenommen! Das war irre! Alles ist mit COVID-19-Patienten überfüllt! Was soll diese Verleugnung? Natürlich werden wir uns alle impfen lassen! Davon bin ich überzeugt! So eine Frechheit!

(Lebhafter Beifall)

Christian Klingen (AfD): Das können Sie gerne machen. Das ist doch klasse. Dann sehen das alle Wähler. Von der AfD werden das wahrscheinlich nicht so viele Abgeordnete machen, weil diese Impfstoffe noch nicht getestet sind. Das ist die Sache jedes Einzelnen. Es gibt zum Beispiel keinen mRNA-Impfstoff gegen Tollwut. Im Jahr 2018 ist zwar einer herausgekommen, er ist aber nicht zugelassen. Deshalb kann man entweder abwarten, bis ein normaler Impfstoff kommt, oder man lässt sich auf dieses Experiment ein. Dann können wir vierteljährlich vergleichen.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nun zur Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Andreas Krahl vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Krahl (GRÜNE): Herr Kollege Klingen, jetzt muss ich auf Ihr Niveau herunterkommen. Das ist echt schwierig bei den abstrusen Dingen, die Sie hier verlauten haben lassen. Unabhängig davon, dass Sie sich noch nicht damit auseinandergesetzt haben, was ein mRNA-Impfstoff überhaupt ist, fehlt bei den ganzen Verschwörungstheorien, die Sie vorbringen, nur noch, dass Sie überprüfen möchten, ob in diesen Impfstoffen Mikrochips drin sind. Hat die AfD-Fraktion diese Verschwörungstheorie nicht googeln können, als sie diesen Antrag erstellt hat?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Christian Klingen (AfD): Sie können ja bei diesem Experiment mitmachen. Bisher ist es sehr umstritten. Das kann man heute in der "WELT" nachlesen. Hätten Sie zugehört, dann wüssten Sie, dass es noch keine zugelassenen mRNA-Impfstoffe gibt. Machen Sie bei diesem Experiment mit, dann werden Sie sehen, was dabei herauskommt. Wir können dann vierteljährlich in diesem Hohen Hause überprüfen, wer krank wird und wer nicht. Ich habe von vielen Krankenhausbediensteten gehört, dass sie diesem Impfstoff sehr skeptisch gegenüberstehen. Auch Ärzte gehören dazu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Klingen. Mir liegen keine weiteren Zwischenbemerkungen mehr vor. – Nun hat Herr Kollege Bernhard Seidenath von der CSU-Fraktion das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Dringlichkeitsantrag der CSU und der FREIEN WÄHLER bringt es klar zum Ausdruck: Die Maßnahmen der Staatsregierung sind richtig. Wir stehen voll hinter diesen Maßnahmen. Es geht darum, Menschenleben zu retten und die Grundrechte "Leben" und "Gesundheit" zu schützen. Wir sehen die Belastungen der Menschen, wir halten aber die Maßnahmen angesichts der Schwere der Bedrohungen durch das Virus für geeignet, für erforderlich und für verhältnismäßig.

Zu den Dringlichkeitsanträgen: Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gibt sich heute staatstragend. Ohne den zweiten Absatz könnten wir diesem Antrag zustimmen. Damit hätte ich kein Problem. Ich muss heute sogar Frau Kollegin Schulze loben, weil sie sich gegen die despektierliche Äußerung gegen Corona-Tote, sie seien eben alt gewesen, gewandt hat. Sie haben das zu Recht gebrandmarkt. Eine solche Aussage ist in der Tat menschenunwürdig und inhuman. Was Frau Schulze nicht gesehen hat, ist der Umstand, dass wir uns in der CSU-Fraktion seit Langem für den Öffentlichen Gesundheitsdienst einsetzen. Ich darf daran erinnern, dass wir als Fraktion die Amtsarztquote im Medizinstudium eingeführt haben. Diese Maßnahme wird ab dem Herbst 2021 erstmals greifen. Das war eine kleine Nachhilfestunde.

In Ihrem zweiten Absatz, mit dem wir Probleme haben, haben Sie erklärt, dass wir eine Corona-Kommunikationsoffensive bräuchten. Ich würde Ihnen recht geben angesichts der Fake News, die wir gerade von Herrn Klingen gehört haben, dass eine Impfung das menschliche Erbgut beeinflussen würde. Das ist völliger Nonsens. Auch die Feststellung, dass der Ministerpräsident eine Impfpflicht befürworte, ist nicht zutreffend. Das hat er auch immer wieder betont. Diese Behauptung darf sich hier gar nicht einschleifen.

Im Internet kursiert ein Fahrplan, mit dem aufgezeigt wird, dass die Freiheiten der Menschen mehr und mehr beschnitten werden sollen. Das soll dann schließlich zu einer Versklavung der Menschen führen. Wer sich ein bisschen auskennt, weiß, dass ein solcher Fahrplan nicht existiert. Das ist bewusst übelwollend platziert wor-

den von Menschen, die unser Land destabilisieren und der Gesundheit der Menschen schaden wollen. In den letzten Tagen wurde das Foto der Ministerpräsidenten lanciert, die gut gelaunt gemeinsam und ohne Maske Plätzchen essen. Dieses Bild wurde im Advent 2019 aufgenommen und ist nicht aktuell. Das sind Fake News par excellence. Man darf nicht alles glauben, was vermeintlich zur Aufregung Anlass gibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auf dieser Basis noch einmal zu der Forderung der GRÜNEN nach einer Info- und Aufklärungskampagne. Fakt ist doch: Keine Katastrophe und keine Krise wurde so gut erklärt wie diese. Über keine Katastrophe konnten sich die Menschen so gut informieren wie über die Corona-Pandemie. Fast täglich gibt es Pressekonferenzen. Jeder ist bestens informiert. Ich frage mich, was Sie da noch draufsetzen wollen. Wollen Sie eine Einschaltpflicht bei Pressekonferenzen unseres Ministerpräsidenten? In jedem Fall ist es allgemeinbildend, Markus Söder zu lauschen und seinen Pressekonferenzen zuzuhören. Ich kann das wirklich nur empfehlen. Wir brauchen aber keine eigene Info- und Aufklärungskampagne. Das passiert schon.

Sie werfen uns ein ständiges Hin und Her vor. Meine Damen und Herren, für Corona gibt es nun einmal keine Blaupause. Sie fordern vorausschauendes und planbares Handeln. Das geht ja gar nicht. Wir können nun mal keinen Fahrplan aufstellen, wann was zugemacht wird. Wir müssen das doch von der Entwicklung abhängig machen. Es geht um Verhältnismäßigkeit. Wir brauchen ein geeignetes und erforderliches Vorgehen. Es darf kein milderer Mittel zur Verfügung stehen. Das muss ständig überprüft werden. Deswegen geht das so nicht. Wenn Sie den zweiten Absatz streichen würden, könnten wir Ihrem Antrag zustimmen, ansonsten nicht. Ein Absatz ist schlecht, alle anderen sind gut.

Dasselbe gilt für den Dringlichkeitsantrag der SPD, nur andersherum. Da ist ein Absatz zustimmungsfähig, alle anderen sind nicht zustimmungsfähig. Sie fordern uns zu Dingen auf, die allesamt schon erfüllt sind, lieber Herr Kollege Halbleib. Mit diesen Aufforderungen erwecken Sie den Eindruck, dass die Staatsregierung das versäumt, gar geschlafen habe. Das stimmt nicht. Sie garnieren das auch noch mit harschen Worten, ohne dass wir für Ihre Kritik eine sachliche Grundlage erkennen können. Wir müssen Ihren Dringlichkeitsantrag deshalb ablehnen.

Zum Dringlichkeitsantrag der AfD: Wie wollen Sie Risikogruppen in den Alten- und Pflegeheimen, aber auch die, die zu Hause leben, schützen, wenn Sie dem Virus bei allen anderen freien Lauf lassen? Es gibt Verschränkungen durch Pflegerinnen und Pfleger sowie ambulante Pflegedienste. Ihr Vorschlag ist ein Irrsinn, Ihr Vorschlag ist ein unethischer Menschenversuch.

(Beifall – Zuruf)

Ihr Antrag ist alles in allem verquer. Genauso verquer war die Rede des Kollegen Winhart. Herr Kollege Winhart, ich kann nicht beurteilen, ob Sie selbst glauben, was Sie da von sich gegeben haben. Auch die Antwort auf die Zwischenbemerkung des Kollegen Bausback war bezeichnend. Sie haben uns vorgeworfen, was Sie selber fordern. Ihr Dringlichkeitsantrag ist also ein Irrsinn. Ihr Reden und Ihr Denken ist alles in allem verquer. Da fehlt es am kleinsten gemeinsamen Nenner.

Die FDP mäandert in ihrem Antrag wie immer. Ich habe auch diesmal keine klare Linie erkennen können. Der Antrag wird zwar immer länger, aber keineswegs besser. Dass er länger wird, liegt wohl daran, dass Sie Ihre Anträge Woche für Woche stetig weiter ergänzen, auch dann, wenn Sie mal die Meinung ändern. Deshalb kommt ein Gebilde wie mit archäologischen Schichten und mit Widersprüchen heraus. Sie wollen mehr Schärfe, aber gleichzeitig Lockerungen in Aussicht stellen.

Sie wollen bürgerliche Freiheiten zurückgewinnen, aber eine Reservierungspflicht für den Regional- und Fernverkehr. Das passt nicht zusammen. Der Lockdown light sei zu schwach, bei "Jetzt red i" sagen Sie, er sei zu hart gewesen. Sie fordern wieder Massenschnelltests wie in Österreich.

(Zuruf)

Dort hat sich aber gezeigt, dass das Mittel verpufft, weil sich nur 13,5 % der Menschen beteiligt haben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch ein persönliches Wort. Ich bin seit 2008 Abgeordneter. Seitdem mache ich Weihnachtsbesuche bei Institutionen, die rund um die Uhr, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, 365 Tage im Jahr für uns da sind. Das sind die Menschen in den Pflegeheimen und Krankenhäusern, die Mitarbeiter in den Rettungswachen, die Busfahrer, die Polizei.

Ich gehe da am Heiligen Abend hin, um im Namen der Gesellschaft ein Dankeschön für den Dienst an der Gemeinschaft zu sagen. Dieser Dienst an der Gemeinschaft fällt an Heiligabend, wo alle bei der Familie sind, besonders auf. Deswegen sage ich im Namen der Gemeinschaft ein herzliches Dankeschön.

Ich habe das zwölf Mal gemacht. In diesem Jahr wird es coronabedingt nicht möglich sein. Deswegen bitte ich darum, die Zeit hier an dieser Stelle dafür nutzen zu dürfen, diesen Menschen im Namen der gesamten Gesellschaft ein "Vergelts Gott" zu sagen.

Ich möchte Dr. Björn Johnson und seinem Team im Krankenhaus Markt Indersdorf Danke sagen, Thomas Rauscher und Stefan Priller mit allen Beamten der Polizeiinspektion Dachau, die ich sonst immer pünktlich zur gleichen Zeit besucht habe; dieses Jahr geht das leider nicht. Ich möchte Reinhold Dippold und allen Fahrerinnen und Fahrern der Stadtbusse Dachau und Frau Marie Praß Cuenca vom BRK Dachau und Timo Weiersmüller stellvertretend für alle Notfallsanitäter, Rettungsassistenten und Rettungssanitäter in der Rettungswache des Roten Kreuzes in Gröbenried danken. Außerdem danke ich den Diensttuenden des Krisendienstes Psychiatrie in Oberbayern sowie Dr. Monika Baumgartner-Schneider und allen Mitarbeitern des Gesundheitsamtes in Dachau.

Ich kann deshalb am Ende dieser meiner Rede, aber auch am Ende der heutigen Sitzung und am Ende des Jahres 2020 nur sagen: Halten wir bitte alle zusammen! Halten wir uns bitte an die ab morgen geltenden Regelungen, um die Grundrechte "Leben" und "Gesundheit" der Menschen in unserem Land effektiv zu schützen. An Weihnachten feiern wir, dass Jesus als das Licht der Welt auf die Welt kommt. Die Tage werden wieder länger, der Impfstoff kommt, und wir dürfen begründete Hoffnung haben, dass die Katastrophe irgendwann ein Ende hat.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Rede wird auch länger.

(Heiterkeit)

Bernhard Seidenath (CSU): Wir werden mit diesem Optimismus auch die schwere Zeit der nächsten Wochen und Monate überstehen. Das wünsche ich Ihnen allen und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Seidenath. – Wer gedacht hat, die Sitzung sei jetzt schon zu Ende, der unterschätzt den Kollegen Volkmar Halbleib. Eine Zwischenbemerkung!

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Kollege Seidenath, Sie werden sicher dafür Verständnis haben, dass ich im Namen der SPD-Fraktion all den von Ihnen genannten Kräften ganz herzlich danke.

(Heiterkeit)

– Das ist ganz ernst gemeint. – Ich glaube, wir sollten diese Stunde durchaus dazu nutzen. Ich nutze jetzt die parlamentarischen Möglichkeiten, die mir zur Verfügung stehen. Ich glaube, der Dank, den Sie den Akteuren in der Region ausgesprochen haben, ist berechtigt; ich möchte ihn im Namen der SPD-Fraktion auf alle bayernweit ausweiten, die in diesen 365-Tage-Einrichtungen tagtäglich und stündlich Dienst tun. Ich wollte die Gelegenheit dazu nutzen, diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, das ist in unser aller Sinne. Ich denke, ich habe auch in Ihrem Namen gesprochen. Natürlich freue ich mich vor allem darüber, ein herzliches Dankeschön an die unterfränkischen Kräfte hinzuzufügen.

(Heiterkeit – Beifall)

Bernhard Seidenath (CSU): Vielen Dank für diese Zwischenbemerkung. Es herrscht ja weihnachtlicher Friede. Ich habe eine andere Zwischenbemerkung erwartet, Herr Kollege Halbleib. Ich freue mich aber natürlich.

Bevor sich jetzt andere melden und sagen, das gelte auch für ihre Region, kann ich nur sagen: Das war pars pro toto. Die Dachauer Kräfte stehen sinnbildlich für alle Kräfte in Bayern. Noch mal Vergelts Gott für dieses Wirken rund um die Uhr, gerade jetzt in dieser Zeit; erst recht deshalb, weil wir nicht hingehen können. Noch mal danke schön! Danke schön auch noch einmal für die Aufmerksamkeit. Uns allen ein frohes Weihnachtsfest!

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Seidenath. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/12042 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FDP, der AfD sowie der beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/12043 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der FDP. Damit der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/12044 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Bei Enthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/12045 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der

FDP sowie des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/12046 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP und die SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verbunden mit dem Dank an alle Ehrenamtlichen im Freistaat Bayern seitens des Hohen Hauses und aller Fraktionen wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr 2021 sowie einen guten Rutsch.

Die Sitzung ist geschlossen und damit hoffentlich auch das Sitzungsjahr.

(Schluss: 18:09 Uhr)